Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14, Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, 17. November 1931 | 11. Jahrgang Nr. 212

Revolutionäre Einheitsfront im Wachsen!

Massenversammlung in Zeitz wählt 20 Sozialdemokraten als Delegierte zur Berichterstattungskonferenz der SPD-Bezirksleitung Delegierten -- Nur die KPD führt die Einheitsfront gegen Faschismus und Elend, für Brot und Sozialismus!

(Eig. Ber.) Zeitz, 17. November.

In einer gestern stattgefundenen, von den roten Betriebsräten und den kommunistischen Stadtverordneten einberufenen, überfüllten Massenversammlung, an der zahlreiche Anhänger der SPD und der SAP teilnahmen, wurden 20 sozialdemokratische Arbeiter und Arbeiterinnen als Delegierte zu der am Sonntag, den 22. November stattfindenden Berichterstattungskonferenz in Zeitz gewählt. Auf dieser Konferenz werden die am 20. November aus der Sowjetunion zurückkehrenden sozialdemokratischen Arbeiterdelegierten Rechenschaft ablegen über das, was sie im Lande des Sozialismus gesehen und gehört haben. Die verschiedensten, gestern vertretenen Betriebe und Organisationen nahmen die Verpflichtung auf sich, ihre Delegierte zu dieser Konferenz wählen zu lassen. Auch die gestrige Versammlung, in der zahlreiche Eintritte und Uebertritte zur Kommunistischen Partei erfolgten, war ein Beweis dafür, wie stürmisch sich der Wille der Arbeiterschaft durchsetzt, die kämpfende Einheitsfront des Proletariats gegen Faschismus, Not und Elend, herbeizuführen. Die Konferenz am Sonntag in Zeitz wird eine neue Etappe auf diesem Wege in unserem Bezirk sein. Ueberall gilt es, sofort dazu Stellung zu nehmen, und sozialdemokratische Delegierte zu wählen. Die revolutionäre Einheitsfront marschiert unter Führung der Kommunistischen Partei!

Die rote Einheitsfront bildet sich unaufhaltsam. Ob so, wie sich das die Breitscheid und Konsorten vorstellen, nicht so, wie das die ihnen wesensverwandten Brüder der Kommunistischen Partei gerne unterschieben möchten, sondern in den täglichen Kämpfen des Proletariats und bei der Vorbereitung dieser Kämpfe. Die Versammlung in Zeitz diente nicht Verhandlungen über Ausschluß der Oeffentlichkeit zwischen Führern, sondern hier sprachen die Massen ohne Unterschied des Parteibuches darüber, wie das Proletariat allein die revolutionäre Einheit herstellen könne. Lohnraubmaßnahmen der Unternehmer, rigoroser Abbau der Wohlfahrtsunterstützungen durch den Zeitzer Magistrat, waren die Ursachen für diese Massenversammlung, und in der Diskussion über diese Frage schälte sich die Klarheit über die einzige Einheitsfronttaktik heraus.

Der Genosse Nelk zeigte auf, wie der neue Oberbürgermeister von Zeitz, genau wie sein sozialdemokratischer Vorgänger, rigoros alle sozialen Einrichtungen abbaue, ein roter Betriebsrat geißelte das verräterische Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie, und so wurden alle reformistischen Illusionen schon durch die harten Tatsachen vernichtet. Deswegen stieß auch der SAP-Redner Schmidt auf den heftigsten Widerspruch, als er seine „Partei" als den geeigneten Boden zur Schaffung einer Einheitsfront empfahl.

Dieser stürmische Widerspruch und die Erkenntnis, daß nur die Führung der Kommunistischen Partei imstande ist, das Proletariat in einheitlicher Front zu führen, kam in den zahlreichen Neueintritten in die Partei Lenins sowie in der Wahl der 20 sozialdemokratischen Delegierten zu der Konferenz am Sonntag klar zum Ausdruck.

Aus dem heutigen Inhalt

Kriegsgefahr in Ostasien steigt

Der Hallische Magistrat als Steuerdiktator (eine stürmische Stadtverordnetensitzung)

Was wir zum hundertsten Todestag Hegels zu sagen haben

Was will Breitscheid?

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Breitscheid, hat in Darmstadt in einer Wahlversammlung eine Rede gehalten, die ein neues betrügerisches Manöver der SPD-Führer gegenüber den Arbeitern darstellt. Breitscheid sagt in seiner Rede u. a., daß die SPD eine „ernste Mahnung an die Reichsregierung richten müsse, dem Terror der Nazis ein Ende zu machen, da sonst die Duldungspolitik der Sozialdemokratie gegenüber der Regierung unmöglich wäre." Breitscheids Rede ist das Eingeständnis des Bankrotts der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik. Die SPD hat die Politik der Unterstützung der Brüning-Regierung vor den Arbeitermassen damit begründet, daß diese Politik der einzig mögliche Weg wäre, den Vormarsch des Faschismus aufzuhalten. Die Brüning-Regierung, so erklärte die SPD, sei ein Schutzwall gegen den Faschismus.

Wenn jetzt Breitscheid erklärt, daß die Tolerierungspolitik der SPD nicht bedeutet, „daß die von uns tolerierte Regierung das Treiben der SA-Leute und der Nationalsozialisten sichert", so gibt er damit zu, daß die Brüning-Regierung nicht ein Schutzwall gegen, sondern ein Schutzwall für den Faschismus ist. Aber gleichzeitig bedeutet das auch, daß die Sozialdemokratie, indem sie die Brüning-Regierung stützt, auch den Faschismus fördert.

In der Tat, das ist die Rolle der Sozialdemokratischen Partei. Sie züchtet den Faschismus. Das Ergebnis der Politik der Sozialdemokratischen Partei ist das Anwachsen des Faschismus. In Hessen hat beispielsweise die Sozialdemokratie 13 Jahre als Regierungspartei die Politik bestimmt. Das Resultat: Die Nationalsozialisten sind die stärkste Partei des Landes geworden.

Warum macht Breitscheid ein solch offenes Ein-

600 Hafenarbeiter im Streik

Die Duisburger Hafenarbeiter kämpfen gegen einen fünfprozentigen Lohnraubschiedsspruch

(Eig. Drahtm.) Duisburg, 16. November.

Am Montag traten in Duisburg unter Führung der RGO und des vorbereitenden Kampfausschusses die Hafenarbeiter gegen einen 5prozentigen Lohnraubschiedsspruch, der vor der Verbindlichkeitserklärung steht, in den Streik. Von insgesamt 600 Hafenarbeitern, unter denen sich ungefähr 250 sogenannte unständige Hafenarbeiter befinden, stehen 600 im Ausstand.

Die 250 unständigen Hafenarbeiter ließen durch die Streikleitung der Vermittlungsstelle der Hafenarbeiter die Erklärung abgeben, daß sie entschlossen den Streik der ständigen Hafenarbeiter unterstützen und keinerlei Streikbrucharbeit verrichten werden.

Streik gegen Lohnraub

(Eig. Drahtm.) Mittweida, 16. November.

Heute früh ist in der Baumwollweberei der Streik gegen Lohnraub eröffnet worden. Der Unternehmer wollte außer dem 5prozentigen Lohnraub einen weiteren Abbau der bestehenden Löhne um rund 30 Prozent durchsetzen. Ferner sollen die Akkord- und Stücklöhne außerdem um 10 Prozent abgebaut werden, so daß die Belegschaft insgesamt einen Lohnabbau von 40—50 Prozent hätte hinnehmen müssen.

Die Erbitterung der Belegschaft wurde noch durch die Tatsache verstärkt, daß der Unternehmer zwei Nationalsozialisten einstellte, welche noch nie in diesem Betrieb gearbeitet hatten, obwohl viele Arbeiter dieses Betriebes entlassen worden sind. Die Belegschaft in Stärke von 116 Mann legte den Betrieb still.

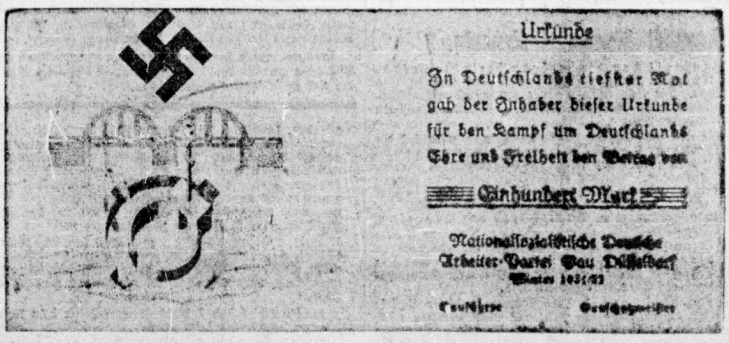
Der Streik der sächsischen Textilarbeiter

(Eig. Bericht.) Leipzig, 16. November.

Der Streik der Belegschaft der Leipziger Baumwollspinnerei hält unbeirrt weiter. Die Verbindlichkeitserklärung des neuen Lohnabbau-Schiedsspruches wurde von den Textilarbeitern mit großer Empörung aufgenommen. Die Belegschaft hatte noch bis in die letzten Tage behauptet, daß der Schiedsspruch nicht verbindlich erklärt werde und daß deshalb der Streik in den Streik nicht notwendig sei. Die Textilarbeiter sahen, daß die SPD-Presse nur frech gelogen hat, um die Gegenwehr gegen den Lohnraub zu verhindern.

In Chemnitz sind am 14. November die Arbeiterinnen der Firma Formertz im Betrieb Schettler & Haupt in den Streik getreten.

Das Judasgeld für die Nazis



Das ist die elegante Drucksache, die auf der „wirtschaftlichen Tagung" der Nationalsozialisten in Düsseldorf jedem großkapitalistischen Industrievertreter in die Hand gedrückt und im voraus quittiert wurde, daß er 100 Mark für den Kampfbund der SA. gegeben hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311117-13/fragment/page=0001

geständnis über den Bankrott der sozialdemokratischen Brüning-Politik? Darum, weil die SPD-Führer das betrügerische Argument, die SPD könnte durch die Unterstützung Brünings den Vormarsch des Faschismus aufhalten, nicht mehr anwenden können.

Worin besteht der Sinn der „ernsten Mahnung", die Breitscheid im Auftrage der SPD an die Brüning-Regierung richtet. Keinesweg darin, daß die SPD die Absicht hat, die Brüning-Regierung nicht mehr zu unterstützen und ihr den schärfsten Kampf anzusagen. Was Breitscheid zu seiner Rede veranlaßte, das ist die Tatsache, daß in vielen Fällen die sozialdemokratischen Arbeiter über die Köpfe ihrer Führer hinweg mit den Kommunisten eine Einheitsfront des Kampfes gegen den Lohnraub und gegen den Faschismus bilden. Die Rede Breitscheids ist nichts weiter als ein neuer Versuch, die sozialdemokratischen Arbeiter über den wirklichen Charakter der sozialdemokratischen Politik zu täuschen, sie vom Uebergang in das Lager des Klassenkampfes, in das Lager der roten Einheitsfront abzuhalten.

Der Reichsinnenminister und Reichswehrminister Groener erklärte vor kurzem, daß der Wert der sogenannten Wehrorganisationen, darunter auch der SA, darin bestehe, daß sie „die Jugend sportlich ertüchtigen". Ist es nicht klar, daß sich eine Regierung, die sich derart über die SA äußert, nichts gegen sie unternehmen wird? Wer trotzdem, wie es Breitscheid tut, an diese Regierung appelliert, „den Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen", der hat keine andere Absicht, als die Arbeiterschaft zu betrügen.

Die Rede Breitscheids erfolgte auch noch aus dem andern Grunde, die Position der Sozialdemokratie im kapitalistischen Staatsapparat zu sichern. Die Sozialdemokratie sieht diese Positionen durch das Anwachsen der Nazis bedroht. Sie „droht" daher der Bourgeoisie mit der „Einheitsfront mit den Kommunisten". Breitscheid erklärt in seiner Rede, daß „durch den Beschluß der Kommunistischen Partei, dem Terror einzelner Gruppen ein Ende zu machen, ein schweres Hindernis zwischen der Sozialdemokratie mit der Kommunistischen Partei gefallen" ist. Breitscheid versucht hier, den Sinn dieses Beschlusses zu verdrehen. Dieser Beschluß richtet sich in voller Schärfe gerade gegen die Sozialdemokratische Partei. Darum, weil der „individuelle Terror den notwendigen Massenkampf ersetzen will durch sinnlose Einzelaktionen". Indem die Kommunistische Partei den Kampf gegen solche linken, sektiererischen Auffassungen in der Arbeiterklasse aufnimmt, konzentriert sie die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf den Massenkampf nor allem auch gegen die Sozialdemokratische Partei als der sozialen Hauptstütze des Kapitalismus, der Wegbereiterin des Faschismus. Was die KPD und die SPD trennt, das ist nicht der „Terror einzelner Gruppen", sondern der prinzipielle Unterschied in der Politik beider Parteien.

Die Sozialdemokratische Partei betreibt eine Politik des Klassenverrats. Ihre Politik besteht nicht nur darin, daß sie die Brüning-Regierung „toleriert", sondern vor allem darin, daß die SPD- und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie die Lohnrauboffensive der Unternehmer unterstützen, daß sie die Streiks der Arbeiter verhindern, daß sie bei der Wegnahme der Erwerbslosenunterstützung für Millionen Erwerbslofer helfen, daß die SPD als Regierungspartei in Preußen die Politik der Brüning-Regierung aktiv durchführt, daß die preußische Regierung Braun-Severing und die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten die kommunistischen Zeitungen (in diesem Jahre allein 26 Zeitungen für 7000 Tage) verbieten, öffentliche Versammlungen der Kommunistischen Partei verhindern, den Roten Frontkämpfer-Bund verboten haben usw. mit einem Wort, daß die Sozialdemokratie als Regierungspartei die revolutionäre Arbeiterbewegung unterdrückt.

Breitscheids Rede ist ein Manöver gegen die sozialdemokratischen Arbeiter, die die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats zum Klassenkampf wollen. Sie ist der Versuch, die Aktivität der sozialdemokratischen Arbeiter im Kampfe gegen den Faschismus abzulenken. Die andere, zweifellos ebenfalls beabsichtigte „Einwirkung" auf die Brüning-Regierung, das Drohen mit der „Opposition", ist von vollkommen untergeordneter Bedeutung. Die Bourgeoisie wird vor dieser „Drohung" nicht erschrecken.

Aber das Drängen der sozialdemokratischen Arbeitermassen auf die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats ist eine Frage, die wir Kommunisten nicht ernst genug nehmen können.

Zawohl, wir sind bereit, mit den sozialdemokratischen Anhängern eine Einheitsfront zu bilden, eine Einheitsfront zum Kampf gegen den Lohnraub, gegen die Not der Erwerbslosen, gegen die Politik der Notverordnungen, gegen die Politik der Knebelung der revolutionären Presse und Organisationen, gegen den Faschismus. Wir knüpfen an die Herstellung dieser Einheitsfront keinerlei Bedingungen.

Aber wir sagen den sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären, die den Kampf gegen die Verelendung des arbeitenden Volkes wollen, klar und eindeutig, und wir werden nicht aufhören, das zu wiederholen: Mit euren Führern, mit den Wels, Breitscheid, Severing, Braun, Grzesinski usw. und uns kann es keine Einheitsfront geben. Die Einheitsfront kann nur im schärfsten Kampf gegen sie erstehen. Diese Einheitsfront wird sich bilden in den Betrieben bei der Organisierung und Führung von Streiks gegen den Lohnraub, auf den Stempelstellen im Kampf der Erwerbslosen um eine ausreichende Unterstützung der Opfer der kapitalistischen Mißwirtschaft, im gemeinsamen Kampf der Arbeiter und der anderen Werktätigen gegen das kapitalistische System der Ausbeutung und Unterdrückung.

Konflikt Braun — Severing?

Der Bankrott der bisherigen sozialdemokratischen Tolerierungspolitik wird von Tag zu Tag offensichtlicher. Die tiefe Gärung unter den sozialdemokratischen Arbeitern findet darum ihre Widerspiegelung in den Diskussionen sozialdemokratischer Führer.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, kam es bei der letzten Sitzung des erweiterten Parteivorstandes der SPD gerade in dieser Frage zu außerordentlich scharfen Auseinandersetzungen. Auf der einen Seite stand eine Gruppe von Führern, die einen schärferen Kurs gegen die SA verlangte und sich gegen ein Verbot der KPD wandte. Zu dieser Gruppe gehören u. a. Breitscheid und Severing.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident Preußens, Otto Braun, vertrat dagegen den Standpunkt der entschiedenen Beibehaltung der bisherigen Tolerierungspolitik. Auch ein Verbot der KPD dürfe kein Hindernis für die Fortsetzung der Tolerierungspolitik sein.

Wenn auch der Standpunkt Otto Brauns in dieser Schärfe von der SPD-Führung vor den Arbeitern nicht vertreten wird, weil die Arbeiter jeden Führer, der etwas Derartiges sagte, zum Teufel jagen würden, so ist doch die praktische Politik der SPD-Führung ganz auf der Linie der Ausführungen Otto Brauns. Wir registrieren darum auch nur diese Auseinandersetzungen als ein Zeichen des zunehmenden Zerfalls der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Unverschämte Nazischwindler!

Wie die Bauern von der Lügenpresse der Hitlerbanditen gegen die Kommunisten aufgehetzt werden

Mit den infamsten Methoden will die Nazipresse die Bauern zu feindseligen Taten gegen die Kommunisten aufhetzen. Ungehindert durch Notverordnungen kann die Nazipresse in tausendfältiger Form die freche Lüge verbreiten, daß die Kommunisten den Bauern die Höfe in Brand stecken.

Der „Völkische Beobachter" vom 14. November veröffentlicht das Gedicht eines anonymen Naziführers, in dem es heißt:

„Wo rote Mordgesellen streichen
hin über deutsches Ackerland,
da stecken sie als Werbezeichen
der Bauern Hab und Gut in Brand!

Und wo sie herrschen, ragen Trümmer!
Sie wühlen in der Dunkelheit!
Der rote Hahn im Feuerschimmer
verkündet ihre ‚neue Zeit'!"

In derselben Nummer des „Völkischen Beobachters" heißt es in einem Artikel wörtlich:

„Rotes Untermenschentum rast durch deutsche Lande! Tag für Tag fließt das Blut der Besten unseres Volkes. Nacht für Nacht gellt das Feuerhorn durch stille Dorfgassen, lodern Feuergarben erntegefüllter Scheunen gen Himmel! In den Zeitungen liest man dann: Es wird Brandstiftung vermutet. Wir Nationalsozialisten wissen, wo die Täter zu finden sind! Wir kennen die Befehle der Kommunistischen Partei, die da lauten:

Legt Feuer auf dem Lande! Plündert die Dörfer!

Deutsche Bauern, jetzt wird es Zeit! Reiht euch ein in die braunen Sturmkolonnen der deutschen Freiheitsbewegung!"

Aber nicht nur der „Völkische Beobachter" Hitlers kann, ohne ein Verbot befürchten zu müssen, solche ungeheuerlichen Hetzlügen in die Welt setzen. Auch die in Preußen erscheinenden Nazizeitungen stehen dem „Völkischen Beobachter" in nichts nach. So schrieb der nationalsozialistische „Niedersachsen-Stürmer":

„Bald hier, bald dort künden verkohlte Balken und Fensterhöhlen von der geheimnisvollen Tätigkeit der kommunistischen Mordbrenner. Der rote Hahn geht ungeschlattert eines Tages ingendeinem Bauer eine Karte auf den Tisch:

Der rote Hahn kommt. KPD! Wache wird erschossen!

Trotz größter Wachsamkeit liegt dann dort, wo sich eine blühendes Anwesen befand, eine rauchende Trümmerstätte."

Mit solchen eisenen Verleumdungen wollen die Nazis erreichen, daß irregeführte Bauern tätlich gegen kommunistische Arbeiter vorgehen. Die Naziführer wollen die Einheitsfront von Arbeiter und Bauern verhindern. Aber die Kommunisten werden unerschrocken die Aufklärung der Kleinbauern fortsetzen und ihnen zeigen, daß allein auf dem Wege, den die Kommunisten zeigen, das ungeheuere Elend herauskommen können. Schon in zahlreichen Fällen haben Kommunisten und Kleinbauern gemeinsam den Kampf gegen das System der Zwangsversteigerungen geführt und in Lüneburg, in Oldenburg, in Schlesien, in Brandenburg, im Erzgebirge und anderen Gegenden konnten auch zahlreiche Erfolge erzielt werden. Es hat keine andere Partei den Kleinbauern irgendwelche Hilfe gebracht, am wenigsten die Nazifführer. **Die Nazifführer nehmen das Maul voll und vertrösten die Bauern auf das „Dritte Reich". Aber wo sie an der Macht sind, wie in Braunschweig und Oldenburg, wird genau so gepfändet und zwangsvollstreckt wie in Baden, Hessen oder in Preußen.** In Schlesien und Oldenburg haben Nazifführer es ausführlich abgelehnt, am Kampf gegen das System der Zwangsversteigerungen teilzunehmen. Kein Wunder, denn die Nazifführer werden ja gerade von den Großspekulanten von den Bank- und Börsenfürsten, finanziert, sie sind ja die Schutztruppe für die großen Geldsäcke, **Beschützer der Großkapitalisten, die überall durch die rücksichtslose Zinspolitik die kleinen Bauern ins tiefste Elend gebracht haben.**

Kein Einbruch in die Arbeiterklasse

Alle bürgerlichen Zeitungen stellen als Ergebnis der hessischen Landtagswahlen fest, daß es den Nazis nicht gelungen ist, in die Reihen der Arbeiter einzubrechen. Gleichzeitig wird in der Rechtspresse an das Zentrum die offene Aufforderung gerichtet, die Konsequenzen aus den Wahlen zu ziehen und mit den Nazis eine Regierung zu bilden. Nachstehend einige wichtige Pressestimmen:

„Restlos auf Kosten des Bürgertums"

„B. Z. am Mittag": „Ueberhaupt ist es den Nationalsozialisten wiederum nicht gelungen ist, in die „marxistische" Front einzubrechen . . . Die hemmungslos Agitation, mit der die Hitlerpartei ihre Siege erficht, geht **restlos aus Kosten des Bürgertums"**

Dem „Marxismus kein" Abbruch getan

„Berliner Börsenzeitung": „Die Sieger der hessischen Wahlen, die Nationalsozialisten, haben mithin ihre Erfolge auf Kosten der bürgerlichen Parteien und durch die Erfassung der Nichtwähler beziehungsweise Jungwähler errungen, dem hessischen Marxismus aber keinen wesentlichen Abbruch getan. Jetzt muß es sich zeigen, ob das Zentrum soviel staatspolitisches Verantwortungsbewußtsein besitzt, um auf sein — ohnehin aussichtslos — Bündnis mit der Sozialdemokratie zu verzichten und eine Gemeinschaft mit den aufbauwilligen Kräften der Rechten den Staat Hessen die einzige stabile Regierung zu geben, die möglich ist."

„Das soziale Moment hat den Ausschlag gegeben"

„Vossische Zeitung": „Wenn man die Zahlen aus Hessen genauer prüft, dann findet man, daß alle jene Parteien gewonnen oder sich behaupten, die sich zum sozialen Gedanken bekennen. Nicht das nationalsozialistische Moment hat den Ausschlag gegeben, sondern das soziale . . . Die Protestwahlen in Hessen entspringen wirtschaftlichen und sozialen Motiven."

Für die rote Einheitsfront!

11 Braunschweiger SPD-Arbeiter gegen die SPD-Führerschaft

11 Braunschweiger SPD- und Reichsbannerarbeiter haben an die Braunschweiger Leitung der SPD ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Wir unterzeichneten Mitglieder der SPD und des Reichsbanners verurteilen alle Versuche zur Zerschlagung der roten Einheitsfront. In den Kämpfen gegen den Faschismus standn wir Schulter an Schulter mit kommunistischen und parteilosen Klassengenossen. Auf dieser im gemeinsamen Kampf geschaffenen Grundlage gilt es weiter zu bauen. Wir protestieren aufs schärfste gegen die Versuche der Führung der SPD und des Reichsbanners, sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter unter Hinweis auf die Organisationsstatuten zum Austritt aus den Schutzklassen zu bewegen. Höher als die Paragraphen dieser Statuten, höher als die Interessen der Bürokratie steht uns Arbeitern die Einheit unserer Klasse. Solange sich die

Paragraph 218!

Furchtbare Verzweiflungstat einer Arbeiterfamilie in Dölau.

Halle, 17. November.

In der vergangenen Nacht hat sich der Arbeiter Fode aus Dolau in seiner Wohnung erhängt, nachdem er seine beiden Kinder im Alter von 5 und 13 Jahren mit Gas vergiftet hatte. Der Anlaß zu dieser furchtbaren Tat war die Verzweiflung des Arbeiters darüber, daß seine Frau an den Folgen einer Abtreibung im Krankenhaus gestorben war; sie ist gestern tot aus dem Krankenhaus zurückgebracht worden. Fode wurde heute früh von Nachbarn abgeschnitten. Er zeigte noch Lebenszeichen und wurde ins Krankenhaus gebracht.

Fort mit dem § 218, der bisher schon so unendliches Leid über Millionen gebracht hat: das muß anläßlich dieses traurigen Falles der Ruf jedes anständigen Menschen sein!

aktivsten, kampfbereiten Arbeiter nicht die Hände reichen zum gemeinsamen revolutionären Kampf, solange wird nicht die gesamte Arbeiterklasse in den Kampf geführt werden können und solange wird der vom Kapital organisierte Terror wüten und neue Opfer fordern. Wir erklären, solchen Aufforderungen zum Austritt aus den Schutzklassen nicht Folge leisten zu können, weil wir wissen, daß sie ein Schritt auf dem Wege zur Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse sind.

Karl Lüttgau (SPD), Fritz Bock (SPD), Rud. Staak (SPD), Heinr. Henje (RB), Kurt Starke (RB), Ernst Stäber (RB), Schreiber (SPD), Otto Führ (parteilos), Richard Meyer (parteilos), Elisabeth Sperfeldt (parteilos), Heinrich Schwanz (RB)."

In Helmstädt sind 7 Reichsbannerarbeiter dem Kampfbund gegen den Faschismus beigetreten.

In Gandersheim waren zu einer roten Volksentscheidsversammlung auch über 100 Reichsbannerarbeiter erschienen. 10 Reichsbannerarbeiter erklärten ihren Eintritt in die KPD. Es wurde eine Ortsgruppe der KPD neu gegründet.

Die rote Einheitsfront marschiert!

Wird die KPD verboten?

Heute treten die Innenminister der deutschen Länder unter dem Vorsitz des Generals Groener zu einer Beratung in Berlin zusammen. Die Konferenz dient der Ausarbeitung der von Groener seit Wochen angekündigten „drakonischen Ausnahmebestimmungen". Seit Tagen wird in der bürgerlichen Presse die Frage diskutiert, ob auf der Konferenz ein Verbot der KPD beschlossen werden soll oder nicht. Bisher wurde von allen Seiten energisch bestritten, daß die Absicht eines Verbotes der KPD bestehe.

Nach dem Ergebnis der hessischen Landtagswahlen fordern nunmehr die Nazis als Konsequenz des Wahlergebnisses die schärfsten Maßnahmen gegen die KPD. Der gestrige „Angriff" schreibt:

„Angesichts dieser Frontenversteifung kommt der morgigen Konferenz der Polizeiminister unter Groeners Vorsitz erhöhte Bedeutung zu ... Die Konferenz der Innenminister der deutschen Länder kann einen innerpolitischen Wendepunkt ersten Ranges bedeuten..."

Das ist die offene Aufforderung zum Parteiverbot. Wird die Konferenz der Polizeiminister diesen Schritt machen?

Gegen kapitalistischen Wahnsinn

Halle, 17. November.

Eine Belegschaftsversammlung der Grube Klara und des Werkes in Gröbers hat am Montag Stellung genommen zu der Betriebsstillegung. In einer von der RGO eingebrachten Entschließung wird von den Kreisbehörden und von der Preußischen Bergbehörde die weitere Aufrechterhaltung der Betriebe verlangt.

Auch die anwesenden sozialdemokratischen Arbeiter stimmten dieser Entschließung zu und begrüßten die Einberufung der Bergbauindustriearbeiter-Konferenz Mitteldeutschlands. Die Versammlung wählte zwei Delegierte zu dieser Konferenz.

Die Belegschaften fordern alle Arbeiter, Angestellten und Kleingewerbetreibenden auf, die heute Dienstag, 20 Uhr, stattfindende öffentliche Versammlung in Gröbers, Lokal Kranz zu besuchen, um gemeinsam den Kampf gegen die Betriebsstillegungen, gegen den Abbruch des Betriebes zu führen.

Ein nationalsozialistischer Feuerüberfall auf kommunistische Arbeiter spielte sich in Saarlois im Saargebiet am Sonntag ab. Zwei Arbeiter wurden verletzt. Die Nazis mußten schließlich das Feld räumen.

Ein neuer Nazi-Fememord steht in Düsseldorf kurz vor der Aufklärung. Aehnlich wie bei der Ermordung des SA-Führers Ehrhardt soll auch der SA-Mann Hülmerich durch die Nazifeme beseitigt worden sein.

Wegen antimilitaristischer, kommunistischer Propaganda wurde im 73. polnischen Infanterieregiment in Kattowitz 6 Rekruten haftet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311117-13/fragment/page=0002

Der Weg Brünings und der Weg der KPD.

„Prawda" über die französisch-deutschen Verhandlungen

In einem Artikel über die französisch-deutschen Verhandlungen schreibt die „Prawda" u. a.:

„Es wird sich nicht nur um die Lösung des reinen Wirtschaftsproblems handeln, ob Deutschland Reparationen bezahlen kann oder nicht. Die Vertreter des französischen Imperialismus wissen ausgezeichnet, daß Deutschland gegenwärtig nicht imstande ist, die Reparationen in dem Umfang zu bezahlen, wie dies der Youngplan vorsieht. Die französischen Imperialisten wollen die schwierige Lage Deutschlands ausnutzen, um politische Zugeständnisse zu erhalten und ihren alten Traum von der französischen Hegemonie in Europa zu verwirklichen und das Versailler Raubsystem gestützt, mit Hilfe ihrer Kriegsvorräte und ihres Militarismus wollen sie diese Hegemonie endgültig verankern.

Die Annahme der französischen Forderungen würde die vollständige wirtschaftliche und politische Unterwerfung Deutschlands unter den französischen Imperialismus bedeuten und wäre gleichbedeutend mit dem Anschluß Deutschlands an den sowjetfeindlichen Block. Die Brüning-Regierung verhandelt mit Frankreich und bekämpft doch ihre Innenpolitik den entsprechenden Boden für diese Verhandlungen vor. Die sogenannte nationale Opposition um Hitler und Hugenberg ist bereit, den französischen Imperialismus insbesondere in seinem Kampf gegen die Sowjetunion zu dienen. Die Sozialfaschisten treten warm für die Unterwerfung unter Frankreich ein, indem sie dabei nicht allein vergessen, daß das französische Finanzkapital ihren Kampf gegen die deutsche Revolution unterstützen kann, sondern auch daß die Beschleunigung und Erleichterung der Intervention gegen die Sowjetunion hoffen, die den internationalen Sozialfaschismus an sein langersehntes Ziel bringen würde."

„Es handelt sich darum, daß die Frage, ob man Deutschland auf den Weg der Kapitulation vor dem französischen Imperialismus führen und Deutschland dem sowjetfeindlichen Block wird anschließen können, durchaus nicht allein durch diplomatische Kombinationen entschieden wird. Diese Frage wird zu guter Letzt von den deutschen Werktätigen entschieden. Die Millionenmassen Deutschlands erheben sich zum Kampf um die nationale und soziale Befreiung ihres Landes, zum Kampf gegen die Versailler Ketten. Sie kämpfen um die nationale und soziale Befreiung unter Führung der Kommunistischen Partei.

Der deutsche Faschismus konnte die Kleinbourgeoisie und teilweise auch die Bauernmassen durch seine nationale Demagogie verwirren. Der Sinn der französisch-deutschen Verhandlungen besteht gerade darin, die nationale Knechtung des deutschen Volkes und die soziale Knechtung der werktätigen Massen zu verstärken. Die Faschisten verzichten schon auf die soziale Demagogie und werden immer mehr gezwungen, auch auf die nationale Demagogie zu verzichten, wodurch sie sich selbst vor den Massen entlarven.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist die einzige Kraft, die fähig ist, die werktätigen Massen Deutschlands unter der Hegemonie des Proletariats gegen die neue Knechtung des Landes, gegen die Verstärkung der nationalen und sozialen Unterdrückung aufzuklären, zusammenzuschweißen und zu organisieren. Die KPD. erfüllt auch diese Aufgabe. Die KPD. Frankreichs stellt sich ihrerseits die Aufgabe, die Mobilisierung der Arbeiter und werktätigen Massen ihres Landes gegen die Raubpolitik der französischen Imperialisten durchzuführen."

Der französische Botschafter in Moskau

Paris, 16. November. Der neue französische Botschafter in Moskau, Graf Dejean, ist zur Uebernahme seines Postens nach Rußland abgereist.

Schwere Kämpfe um Tsitsikar

Das japanische Oberkommando erhält freie Hand — Mandschukaiser von Japans Gnaden — Japan beschlagnahmt Eisenbahn Taonan—Angantschi

Peking, 16. November. Nach Meldungen aus Charbin wurde die Stadt Tsitsikar am Sonnabend und Sonntag nach der Ablehnung des Ultimatums durch General Ma erneut von japanischen Fliegern bombardiert. An verschiedenen Stellen sind Brände ausgebrochen.

Am Sonntag fanden bei der Nonni-Brücke schwere Kämpfe statt. Der Kommandeur der japanischen Truppen hat unter Einsetzung von Infanterie, Kavallerie, Artillerie und Flugzeugen in der Nähe des Nonni-Flusses die chinesischen Truppen angegriffen. Im Verlaufe des Gefechts schlugen die Japaner 4000 Mann chinesische Kavallerie in die Flucht und besetzten das Dorf Tschienhuanti nordöstlich der Nonni-Eisenbahnbrücke. Ueber 200 Chinesen wurden nach japanischen Berichten getötet.

Wie weiter gemeldet wird, hat der japanische Kriegsminister dem Ersuchen des Oberbefehlshabers der japanischen Truppen in der Mandschurei, ihm für seine Tätigkeit freie Hand zu lassen, entsprochen. Das Oberkommando erklärt, daß die Lage sehr kritisch sei.

Die Kämpfe japanischer Truppen gegen die Truppen des Generals Ma bei Tsitsikar dauern an. Um das offensichtliche und zynische Bestreben Tsitsikar um jeden Preis zu erobern, irgendwie zu verschleiern, schlug der Kommandierende der japanischen Okkupationsarmee in der Mandschurei, General Hondzio, dem General Ma vor, „Verhandlungen" unter solchen Bedingungen aufzunehmen, deren Annahme die vollständige Unterwerfung des Generals Ma unter die japanischen Okkupanten bedeuten würde.

Die Japaner fordern unter anderem offen die Uebergabe der Direktion der Eisenbahnlinie Taonan—Agantschi und die Unterstellung der Eisenbahndirektion dem Japaner Fuswar. Die Japaner stellten dem General Ma für die Annahme dieser Bedingungen eine Frist von zehn Tagen.

Hondzio forderte vom chinesischen Generalstab telegraphisch die Einräumung vollständiger „Aktionsfreiheit" in der Nordmandschurei, da „der Lauf der Ereignisse die Lage in der Nordmandschurei vertiefe". Japanische Blätter schreiben davon, daß in der Nordmandschurei „in Verbindung mit der Ankunft der am 14. November abgesandten 8. Division große Veränderungen vor sich gehen werden".

Die Japaner überführten den ehemaligen chinesischen Kaiser Pu aus Tientsin nach Dairen, um ihn nach Mukden weiterzuschaffen und dort die mandschurische Dynastie wiederherzustellen.

Nach einer Beratung Hondzios mit dem Vorsitzenden der Direktion der Südmandschurischen Eisenbahn, Utsida, wurde die Eisenbahndirektion aus Dairen nach Mukden verlegt.

Kommunistische Partei Kanadas verboten

Die Parteiführer zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt — Verbot des Zentralorgans — Terrorfeldzug gegen den Kommunismus

Toronto, 16. November. Der Prozeß gegen neun leitende Funktionäre der Kommunistischen Partei Kanadas wurde beendet. Die Genossen Tim Buck, Sekretär der KP., Tom Evand, Sekretär der Liga für Gewerkschaftseinheit, Malcoln Bruß, Redakteur des Zentralorgans der KP., John Boitchuk, Amos Hill, Mawew Popowitsch und Carz wurden zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Genosse Tom Kassi erhielt eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren.

Das Gericht verfügte weiter die Beschlagnahme des gesamten Vermögens der Kommunistischen Partei. Die Kommunistische Partei wurde für vogelfrei erklärt. Auch das Organ der Partei, „Worker", wurde verboten. Als Hauptbelastungszeuge trat der Spitzel Esselwein auf. Die bürgerliche Presse begrüßt mit Begeisterung das Gerichtsurteil.

Die Namen der 4000 Parteimitglieder sind durch Spitzel dem Staatsanwalt bekannt, so daß auch in anderen Provinzen Verhaftungen zu erwarten sind.

Das Vorgehen des Gerichts von Toronto, durch das die Kommunistische Partei für vogelfrei erklärt wird, ist ein weiteres Kettenglied in der Terrorpolitik, die die Bourgeoisie Kanadas gegenüber den revolutionären Arbeiterorganisationen betreibt. Hier liegt wiederum ein Musterbeispiel für den Uebergang der bürgerlichen „Demokratie" zu den Methoden des offenen Faschismus ohne das Feigenblatt „verfassungsmäßiger Garantien" und des „Rechtes" vor.

Die wachsende Krise veranlaßt die kanadische Bourgeoisie, einen „Ausweg" auf dem Wege zu suchen, den die Machthaber in Polen, in den Balkanländern, in den Baltischen und anderen kapitalistischen Ländern längst erprobt haben. Das kanadische Proletariat wird sich angesichts dieses Angriffes noch energischer um die Kommunistische Partei scharen, die ihm den einzigen Weg des Kampfes gegen den kapitalistischen Druck und Terror weist.

Grandi flüchtet aus Neuyork

Große antifaschistische Demonstrationen

Neuyork, 16. November. Gegen den Besuch des italienischen Außenministers Grandi, der heute in Neuyork eintrifft, haben die antifaschistischen Organisationen eine solch starke Protestbewegung entfaltet, daß die amerikanische Regierung in letzter Minute das gesamte Empfangsprogramm abändern mußte. Der Aufenthalt Grandis in Neuyork ist vollkommen abgesagt worden. Grandi muß, um den geplanten antifaschistischen Demonstrationen zu entgehen, vom Dampfer aus mit dem Flugzeug Lindberghs direkt nach Washington weiterfliegen.

Politische Gefangene im Hungerstreik

Breslau, 16. November. In Kletschkau (Schlesien) sind 20 proletarische politische Gefangene, die dort Gefängnisstrafen abbüßen, in den Hungerstreik getreten. Die Streikenden kämpfen gegen den Entzug von Literatur und gegen das Rauchverbot.

K. OLECTIV — Die letzten Tage von...

Copyright by „Die Rote Fahne".

(Nr. Fortsetzung)

Dann saß sich Alsthe, weil die Karte von Ostasien gerade einmal aufgeschlagen war, auch einmal China an. Sie konnte in wenigen Sekunden mit dem Finger hindurchreisen. Aber Fritz sagte ihr, daß dieses Riesenreich zweiundzwanzigmal so groß sei wie Deutschland. Da fing sie doch an, zu staunen und zu begreifen, warum China so wichtig ist. Um einige Stücke war mit Rotstift eine Grenze gezogen. Das waren die chinesischen Provinzen, die rote Volksarmeen ausgerüstet und sich freigemacht hatten. Täglich mußten sie allerdings gegen die imperialistischen Generalsheuchlern kämpfen. Der japanisch-chinesische Konflikt gab ihnen größere Bewegungsfreiheit. Sie sowjetchinesischen Gebiete verbreiteten sich jetzt täglich.

Fritz erläuterte: „Peinlich für die Imperialisten. Sie wollen die Sowjetunion treffen. Die steht aber fest. Und während sie dorthin ihre Kräfte konzentrieren, wächst noch ein Stück Sowjetland aus dem Boden. Die armen Kerle können machen, was sie wollen — was sie anfassen, läuft schlecht ab. Man möchte direkt Mitleid mit den Kapitalismus kriegen."

„Ja, und was tun wir, wenn Japan wirklich direkt gegen die Sowjetunion vorgeht?", fragte Käte.

„Das wird sich schon ergeben. Im Augenblick kommt es für uns in Deutschland darauf an, die revolutionäre Bewegung immer stärker, immer mächtiger zu machen."

„Ja, und was kann ich zum Beispiel dafür tun?", fragte Käte.

„Arbeite in deinem Betriebe! Da sind doch Hunderte von Mädels, mit denen du über all diese Dinge sprechen kannst. Ich werde dir morgen mal Material für Angestellte mitbringen. Lies es ordentlich durch. Da wirst du genau sehen, mit welchen Tricks ausgebeutet werdet. Tricks, von denen ihr gar nichts oder nur wenig merkt..."

Auf dem Nachhauseweg dachte Käte darüber nach, wie sie im Betriebe diskutieren soll und was sie überhaupt tun kann. Sie möchte mal mit den Mädels sprechen, die mehr davon verstanden als sie. Da war die rote Frieda, die Parteimitglied war. Die wurde was gehetzt. Aber entlassen war sie bisher noch nicht. Ja, mit der wollte sie mal darüber sprechen.

Schon der nächste Morgen zeigte Käte einen Weg, wie sie mitarbeiten könnte.

Als sie bei Pinke und Panke vorbeikam, steckte ihr der eine einen Zettel zu. Noch war kein Kunde an ihrem Platz, und so konnte sie den Zettel schnell durchlesen. Es war eine Aufforderung, zur nächsten Betriebsversammlung zu kommen. Betriebsversammlung — bis jetzt hatte sie sich immer davon gedrückt, weil das ja doch nur Zeit wegnahm, und außerdem wollte sie nichts von Politik wissen. Das war für Männer. Wählen? Ja, das war was anderes. Aber da diskutieren? Da konnte sie ihre Zeit besser verbringen.

Als sie den Zettel genauer besah, bemerkte sie, daß da nichts von Politik stand. Da standen ganz andere Dinge drauf, die sie ganz stark angingen. Sie las eine Reihe von Forderungen, die an die Geschäftsleitung gestellt werden sollten.

Zunächst über die Sitze. Ja, da konnte sie mitmachen, ohne zu überlegen. Irgendwo hinter dem Tisch stand ja ein Stuhl. Aber nicht zum draufsitzen. Wenn Kunden kamen, war das schon unmöglich. Denn Kunden durften nicht im Sitzen bedient werden. Und wenn keine Kunden da waren. Ja, da sollte man stehen, damit die Kunden jederzeit bedient werden können. Das nannte man Kundenbereitschaft. Und außerdem traute man sich sowieso nicht, sich zu setzen. Denn wenn man sich setzte, dann konnte Herr Schneidig denken, man wolle nichts tun, oder man sei überhaupt überflüssig und könnte „eingespart" werden. Wups saß man auf der Straße.

Das mit dem Essen war auch richtig, daß das endlich ernsthaft behandelt werden sollte. Seit Monaten schon war es so, daß die dritte Schicht in der Kantine immer nur kaltes Essen bekam, wenn überhaupt noch irgend etwas da war.

Gemein war das auch mit den Fahrstühlen. Da war ein Anschlag gemacht worden, in dem es dem „Personal streng verboten war, die Fahrstühle zu benutzen. Die Fahrstühle sind für unsere werten Kunden da. Das Personal hat die Treppen zu benutzen." So stand es in dem Anschlag. Und als eine Kollegin mit einem Haufen Pakete, die sie aus dem Keller schnell geholt hatte, den Fahrstuhl benutzte, da war sie entlassen worden, da „sie sich nicht in die Regeln des Geschäftsbetriebs einfügte".

Und dann die D-Kontrolleure. Zuerst hieß es, sie sollten die Kunden beobachten. Als Kunden verkleidet gingen sie durch die einzelnen Abteilungen. Aber einen Kundendiebstahl hatten sie bisher noch nicht festgestellt. Wohl aber hatten sie „das Personal" bespioniert. Das waren sicher die D-Kotrolleure gewesen, die für die letzte Entlassungsliste die „Roten" festgestellt hatten. Das waren sicher die D-Kontrolleure, die herausbekommen hatten, daß die Erna die Handzettel für die letzte Betriebsversammlung verteilt hatte. Ja, da war sie unbedingt dafür, daß diese Denunzianten endlich aus dem Betrieb entfernt werden.

Das sind wirklich vernünftige Forderungen, dachte die Käte. Da muß man hingehen. Wenn wir das durchsetzen! Am schönsten wär's, wenn wir auch den 1-Uhr-Sonnabend-Schluß durchbekommen, so wie es ja schon in den Banken ist. Gott, was kann man nicht alles an so einem Sonnabend machen. Die ganzen Flickarbeiten, so daß der Sonntag dann ganz frei ist. Oder man kann mal raus ins Freie für zwei Tage.

Aus ihren schönen Träumen, wie sie mit Fritz ein Wochenend verbringen würde, wurde sie durch die spitze Stimme einer Kundin aufgeschreckt...

In der Mittagspause redete sie ihre Nachbarin am Tisch, die Dora aus der Spielwarenabteilung, an: „Du, kommst du heute nach Schluß in die Versammlung?"

„Was für 'ne Versammlung?"

„Na Betriebsversammlung. Hast du nicht gehört? Wir wollen Forderungen aufstellen."

„Forderungen? Ach du meinst für Streik und für den Sozialismus und solche schönen Dinge. Nee, dazu hab ich keine Zeit."

„Nein, nein", ereiferte sich Käte. „Richtige Forderungen für uns. Vielleicht muß man auch streiken, wenn wir sie nicht durchsetzen. Aber richtige Forderungen."

„Was heißt richtige Forderungen? Laß mich jetzt essen. Du siehst doch, es ist schon wieder mal ganz kalt."

„Ja siehst du, das ist gerade eine unserer Forderungen. Wir wollen fordern, daß auch die dritte Schicht heißes Essen bekommt."

„Das ist ja ganz vernünftig", meinte die Dora. „Davon hat man wenigstens etwas. Und was fordert ihr weiter?"

„Ihr? Du meinst wohl, was wir alle zusammen fordern sollen!"

„Na ja, nun sag' schon."

„Zuerst wollen wir mal die Sitzfrage regeln, daß man nicht die ganze Zeit stehen muß, und dann die Fahrstuhlfrage, und dann die 1-Uhr-Schlußfrage und all das andere."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311117-13/fragment/page=0003

Rund um den Erdbal

Das bisherige Ergebnis des Lübecker Kindermordprozesses

Gerichtstribunal als Aerztekongreß

Gegen die Abwälzung der Mordschuld der deutschen Aerzte auf den „Franzosen" Calmette

Zahlreichen Anregungen aus dem Leserkreise zufolge haben wir unseren ärztlichen Mitarbeiter aufgefordert, das bisherige Ergebnis des bereits seit Wochen tagenden Lübecker Kindermordprozesses zusammenzufassen.
Die Redaktion.

Seit Wochen erregt der Prozeß gegen die Lübecker Aerzte Altstaedt, Deycke und Klotz, die Verantwortlichen am Lübecker Säuglingssterben des Frühjahres 1930, die Oeffentlichkeit. Die Fragen, die dort erörtert werden, sind kaum für die Sachverständigen verständlich. Erst vor ganz kurzer Zeit mußte der Berliner Stadtrat Dr. Schminke, der dort als Sachverständiger im Prozeß teilnimmt, sich dagegen verwahren, daß das Gerichtstribunal in einen wissenschaftlich-akademischen Demonstrationssaal umgewandelt wurde. Die wenigsten der Anwesenden verstehen die im Saal herumschwirrenden Fremdworte, mit denen sich Angeklagte und Sachverständige den bei der deutschen bürgerlichen Wissenschaft so beliebten mystischen Nimbus zu geben versuchen. Alle die Fremdworte, die dort im Saal herumgeworfen werden, können die Tatsache nicht hinwegleugnen, daß an 256 Lübecker Säuglingen, vorwiegend proletarischer Eltern lebensgefährliche Versuche unternommen wurden, daß 75 dieser Kinder an den Folgen dieser Versuche elend verreckt sind.

Die Frage der Verantwortlichkeit, die man in Lübeck mit nationalistischen Phrasen auf den französischen Forscher Calmette abzuwälzen versucht, wird in diesem Prozeß, vor diesem Gericht nicht geklärt werden. Das Urteil des Prozesses, ganz gleich wie es ausfallen mag, ist auch für die Oeffentlichkeit praktisch bedeutungslos. Die Heldenpose, die sich jeder der angeklagten Aerzte, Deycke, Altstaedt und Klotz zu geben bemühen, wird ihre Wirkung auf die Außenwelt verfehlen.

Entgegen den Vorschriften Calmettes . . .

Trotz aller Verschleierungsversuche haben die Untersuchungen des Reichsgesundheitsamtes, hat die Gerichtsverhandlung in Lübeck schon folgendes Resultat gezeigt: Unter Billigung der verantwortlichen Reichsbehörden wurde in Lübeck eine Impfung nach der von Calmette und seinem Mitarbeiter Guérin angegebenen Methode durchgeführt. Deycke ließ sich aus Paris den Stamm Nr. 734 der „BCG" (Bazillus Calmette-Guérin)-Kultur schicken, mit der in Frankreich eine große Anzahl Kinder geimpft wurden, ohne daß bisher bei diesen irgend eine Schädigung beobachtet werden konnte. In dem Deyckeschen Laboratorium wurde der Impfstoff, entgegen den Vorschriften Calmettes, nicht auf Galle-Kartoffel-Glyzerinnährboden, sondern auf Deyckeschem Eiernährboden fortgezüchtet. In demselben Raum, teilweise auch im selben Brutschrank, wurden hochgefährliche Menschentuberkelbazillen, die sich Deycke eigens aus Kiel kommen ließ, weiter gezüchtet. Die Beaufsichtigung und Pflege der gefährlichen wie der „ungefährlichen" Kulturen unterstand einer Schwester, die dafür nur nebenamtlich zuständig war. Sie konnte ohne die geringste ärztliche Aufsicht im Laboratorium schalten und walten.

Die in Deutschland geltenden Vorschriften für die Pflege und Wartung zu Impfzwecken bestimmter Seren und Kulturen, sehen ausdrücklich für diesen Zweck die Benutzung eines eigenen Raumes und die Beschäftigung eines eigenen Angestellten, der keinerlei Umgang mit virulenten (ansteckungsfähigen) Bakterien haben darf, vor. Diese Bestimmung wurde in Lübeck fahrlässig nicht eingehalten.

Rückschlag der BCG.-Kulturen bisher nur in Lübeck

Wie große Versuchsreihen und Experimente an Tieren, die in allen größeren Laboratorien der ganzen Welt erfolgt sind, einwandfrei ergeben haben, ist es bisher noch niemals geglückt, die BCG-Kultur, die aus lebenden, aber für Mensch und Tier unschädlichen Rindertuberkelbazillen besteht, für Mensch und Tier wieder gefährlich zu machen. Der erste und bisher einzige Fall eines solchen Rückschlages in die Virulenz hat sich in Lübeck ereignet. Die Erklärung für diesen Vorgang kann nur sein, daß entweder die Deyckesche Röhrmethode, die den Vorschriften Calmettes strikte entgegenläuft, die an sich ungefährliche Kultur wieder gefährlich gemacht hat, oder aber — und das ist das Wahrscheinlichste — daß im Deyckeschen Laboratorium eine verhängnisvolle Verwechslung mit menschlichen Tuberkelbazillen und eine Verunreinigung der BCG-Kultur mit diesen erfolgt ist. Entweder hat also das persönliche Ruhmesbedürfnis des Professor Deycke, der schon lange auf dem Gebiet der Tuberkuloseforschung herumexperimentiert, oder aber die rigorosen Abbaumaßnahmen, die der Lübecker Staat auch im Krankenhauswesen durchgeführt hat, den Mord an 75 Säuglingen verschuldet.

Alles zur „Ehre der deutschen Wissenschaft"

Wenn heute Gericht und Verteidiger die Angeklagten bei retten wollen, daß sie das Calmette-Verfahren an sich für gef lich und an dem Tod der Säuglinge schuldig erklären, so dem entgegengehalten werden, daß bisher 350 000 bis 4 Säuglinge geimpft worden sind, ohne daß nennenswe Schädigungen bekanntgeworden wären. Zwar muß allem Nachdruck festgestellt werden, daß die Statis Calmettes nicht immer einwandfrei sind. Jedoch eine größere Katastrophe, auch wenn sie lange nicht das A von Lübeck angenommen hätte, sicher bekannt geworden Die Beschuldigungen gegen Calmette und seine Mitarbeiter jetzt in Lübeck an der Tagesordnung sind, sollen die „Ehre deutschen Wissenschaft", das Ansehen der Reichsbehörden, auf Kosten der Verdammung des „französischen Erbfeindes" Calmette zu retten versuchen. Hier gibt es zu retten! Auch die Anpreisung derartig zweifelhafter Mittel des rein deutschen Friedmannschen Tuberkulosemittels, das jetzt durch die interessierte chemische Industrie größtem Maßstab erfolgt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, bei der Anwendung des BCG-Verfahrens in Lübeck die nötige Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit, die erste Grundbedingung des ärztlichen Berufes, außer acht gelassen wurde.

Dr. Sylvester

Orkan über die Küste Englands

Ueber dem Kanal tobt seit Tagen ein Orkan, teilweise mit einer Geschwindigkeit von 110 Stundenkilometern. Ueberall wurden schwerste Verheerungen angerichtet. Eine Vorstellung der Gewalt des Sturmes gibt unser Bild, das an einem solchen stürmischen Tage aufgenommen wurde.

Soldatenschinder findet milde Richter

Eine Stunde lang geschlagen, gestoßen und getre'en

So wird die Menschenwürde in den Dreck getrampelt

Mit einem ausgesucht boshaften und heimtückischen Soldatenquäler hatte sich das Schöffengericht Berlin-Lichterfelde zu befassen. Es verurteilte den Unteroffizier Kurt Klaffus von der Fahrabteilung der Reichswehr in Lankwitz wegen Mißhandlung und boshafter quälerischer Behandlung eines Untergebenen zu der außerordentlich niedrigen Strafe von fünf Wochen Festungshaft.

Dieser Schinder ärgerte sich am 18. September über den Fahrer G., weil dieser, als er eilig in die Kammer kam, seine Mütze aufbehalten hatte. Er schickte ihn wieder heraus und ließ ihn warten, bis die anderen Soldaten abgefertigt waren. Dann befahl er ihm, wieder in die Kammer zu kommen und stellte ihm ein Bein, so daß er zu Boden fiel. Dabei riß er den Aufsatz des Schreibtisches herunter. Nachdem Klaffus ihm noch einen Tritt in den Rücken versetzt hatte, befahl er dem G., den Schreibtisch aufzuräumen, und zwar in der Weise, daß er jeden einzelnen Gegenstand, Bleistifte, Gummi, Nadeln, Bücher und Blätter Stück für Stück im Laufschritt zu einem am Ende der Kammer befindlichen Regal tragen mußte. Lief G. ihm nicht schnell genug, dann half Klaffus mit Stöß in den Rücken nach. Er stellte ihm auch noch mehrmals ein Bein, so daß G. wiederholt stolperte. Diese Quälerei dauerte etwa eine Stunde. Am nächsten Tage mußte G. den Fußboden bohnern, wobei ihm Klaffus mehrfach Tritte ins Gesicht gab. Als sich G. bei der Paroleausgabe am nächsten Tage etwas verspätete, mußte er zur Strafe

vor der gesamten Mannschaft in Hockstellung hüpfen, wobei für Klaffus wiederum eine Gelegenheit war, den Mann mit Fußtritten zu traktieren.

Bezeichnenderweise stellte der Hauptmann diesem Unteroffizier ein gutes Dienstzeugnis aus, so daß das Gericht bei der Strafzumessung weit unter den Antrag des Staatsanwalts herabging.

Womit wieder einmal auf das eindeutigste bewiesen ist, daß die alte kaiserliche Armeetradition: „Die Kerls müssen gehorchen bis zum . . ." noch nicht ausgestorben ist.

Hundeschutz für Geld- und Landbriefträger

Die Post will allen Geldbriefträgern und den Landbriefträgern Schäferhunde zur Verfügung stellen, die in Fällen der Gefahr, also bei Ueberfällen, den Beamten beistehen sollen.

Einsturzkatastrophe in Neapel

Vier Kinder getötet — zahlreiche Schwerverletzte

Rom, 16. November. In Neapel stürzten zwei Stockwerke eines großen Hauses ein, in dem sich u. a. ein Privatkindergarten befand, wo sich etwa 40 Kinder aufhielten. Vier Kinder fanden den Tod. Fünf Personen wurden schwer und eine größere Anzahl leicht verletzt.

Während der Bergungsarbeiten erfolgte ein zweiter Einsturz, durch den einige Feuerwehrleute verletzt wurden. Man vermutet, daß der Einsturz durch die heftigen Regengüsse der letzten Tage herbeigeführt worden ist.

Zwei Dörfer überschwemmt

Die Orte Kaza und Pechlüge im Kreis Schwerin-Warthe sind seit dem Jahre 1922 durch ständig steigendes Grundwasser gefährdet. In Pechlüge wohnt nur noch der Gemeindevorsteher, alle anderen Einwohner haben dem Wasser weichen müssen. Die Felder stehen meterhoch unter Wasser.

Aus dem D-Zug gestürzt

Aus dem Schnellzug D 1 der Strecke Köln-Berlin stürzte am Sonntag ein Pole, der sich auf der Fahrt von Paris nach Warschau befand. Der Schwerverletzte verstarb im Kreiskrankenhaus in Gardelegen.

Mädchenmord bei Honnef aufgeklärt

Der Täter geständig

Köln, 16. November. Der auch von uns bereits gemeldete Mord im Walde bei Honnef ist nunmehr aufgeklärt. Der 19jährige Metzgergeselle Hermann Cönen aus Buisdorf bei Bonn hat nach zweitägigem Verhör eingestanden, die 20jährige Anna Fischer ermordet zu haben. Das Mädchen war bekanntlich an einer Bank erhängt aufgefunden worden. Die Lage der Leiche hatte sofort erkennen lassen, daß es sich nicht um einen Selbstmord, sondern um ein Verbrechen handelte.

Vier Personen durch Gas vergiftet

Einer Gasvergiftung fielen in Fürth der 63jährige verwitwete Anstreicher Kett und seine drei Töchter im Alter von 13 bis 18 Jahren zum Opfer. Die vier Personen wurden in ihrer Wohnung in der Gutenbergstraße tot aufgefunden. Es liegt angeblich ein Unglücksfall vor, der darauf zurückzuführen ist, daß sich der Gummischlauch von der nicht ordnungsmäßig gestellten Gasleitung in der Küche gelöst hatte.

Eben darum . . .

Auf Grund der Notverordnungen wurde ein Kommunist bei Haussuchung verhaftet. „Hier ist das Beweisstück für den Hochverrat", erklärte ein Kriminalkommissar seinem Vorgesetzten. „Aber das ist ja ein leeres 5 ad Papier", meinte der. — „Eben darum hab' ich den Mann ja verhaftet; sicherlich wollte er ein hochverräterisches Flugblatt darauf entwerfen."

Verantwortlich: Alfred Fendrich, Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311117-13/fragment/page=0004

Hegel – Feuerbach – Marx – Lenin

Zu Hegels 100. Todestag

„Die Philosophie stellt das höchste Ergebnis menschlichen Denkens einer gegebenen Entwicklungsstufe der Gesellschaft und Wissenschaft dar. Sie entwickelt jene Begriffe oder Kategorien, ohne die menschliches Wissen überhaupt undenkbar ist. Doch stellen diese Kategorien selbst wieder ein geschichtliches Produkt der Entwicklung des gesamten menschlichen Wissens und Handelns dar. Auf dem Boden veralteter und längst überwundener Methoden und philosophischer Systeme ist daher ein Fortschritt der Wissenschaft unmöglich."

(Engels, „Naturdialektik". Marx-Engels-Archiv, Band II.)

Hegel auf dem Katheder der Berliner Universität

Der große deutsche Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der vor hundert Jahren in der Blüte seines Schaffens von einem tückischen Tode überfallen wurde — er starb, ebenso wie zwei andere große Geister seiner Zeit, Clausewitz und Gneisenau, an den Folgen einer Cholera-epidemie —, war der geniale Vollender der idealistischen Philosophie. Er war es zugleich in doppelter Hinsicht: als Gipfel und als Endpunkt. Seine Lehre hat, wie die Lehre kaum eines anderen großen Denkers, ein ganzes Jahrhundert lang bis auf den heutigen Tag lebendig fortgewirkt. Sie ist in alle Gebiete des menschlichen Wissens eingeströmt und hat im dialektischen Materialismus, „aufgehoben und aufbewahrt", die der gegebenen Entwicklungsstufe der Gesellschaft und des Wissens entsprechende Um- und Fortbildung erfahren. Sie ist eingegangen in das gewaltige theoretische Arsenal des proletarischen Befreiungskampfes und der dialektischmaterialistischen Weltanschauung.

Die Bourgeoisie freilich hat Hegel nur damals „verstanden" und anerkannt, als seine Philosophie „das Bestehende zu verklären schien" und als preußische Staatsphilosophie die Universitätskatheder beherrschte. Aber schon mit dem Tode Hegels verblaßte der Heiligenschein, der seine Lehre umsponnen hatte. Die Periode der Vorbereitung der Revolution von 1848 erforderte eine Durchbrechung der durch die idealistische „Ideenmystik" gezogenen Schranken der philosophischen Erkenntnis.

Für die bürgerliche Philosophie in Deutschland brachte das Jahr 1848 „eine totale Umkehr" zustande: „Indem die Nation sich auf das Praktische warf, hier die Anfänge der großen Industrie und des Schwindels gründete, dort den gewaltigen Aufschwung, den die Naturwissenschaften in Deutschland seitdem genommen . . ., sagte sie der im Sande der Berliner Altegelei verlaufenden klassischen Philosophie entschieden ab . . . Mit der Hegelei warf man auch die Dialektik über Bord, gerade in dem Augenblick, als der dialektische Charakter der Naturvorgänge sich unwiderstehlich aufzwang." (Engels, „Naturdialektik".) Die Sturmglocken der Revolution von 1848 läuteten zugleich das Ende der bürgerlichen Philosophie in Deutschland ein.

Jahrzehntelang hat die deutsche Bourgeoisie Hegel als „toten Hund" behandelt. Die Hegelsche Philosophie wurde von solchen „Katzenköpfen" wie Schopenhauer und E. v. Hartmann unter dem Beifall der „geistigen Elite der Nation" als Unsinn verschrien und in den Staub getreten. Und erst in unseren Tagen erleben wir das ergötzliche Schauspiel, daß die Ideologen der faschistischen deutschen Bourgeoisie auf der Suche nach einem „Ausweg" aus dem politisch-ökonomischen und ideologischen Bankrott die Werke Hegels wieder aus der Rumpelkammer holen, um den Faschismus philosophisch zu „begründen" und den Untergang der bürgerlichen Gesellschaft mystisch zu verklären. Dabei ist ihnen freilich der ganze Hegel heute, wie seit hundert Jahren, ein Ärgernis und ein Greuel. Was sie brauchen, ist nur die reaktionäre, idealistisch-mystische, konservative Seite der Hegelschen Philosophie, die Gedankengänge Hegels, in denen er dem Wesen seiner Philosophie selbst untreu wird.

Es ist charakteristisch für den modernen Neuhegelianismus, daß er von den lebendigen Wirkungen und der Fortbildung der Hegelschen Philosophie, die in den vergangenen hundert Jahren bis auf den heutigen Tag sich fortsetzen, bewußt keinerlei Notiz nimmt. Daher ist er weder imstande, den wirklichen historischen Hegel, der erst aus der Perspektive seiner Wirkungen in seiner ganzen Tiefe verständlich wird, zu begreifen, noch auch die entwicklungsfähigen, lebendigen Seiten seiner grandiosen Idee für die Gegenwart fruchtbar zu machen.

„Der Traum der französischen Revolution"

Die Hegelsche Philosophie war ein Produkt der damals gegebenen Entwicklungsstufe der Gesellschaft und des Denkens. In Deutschland war die Entwicklung gegenüber dem allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt, der sich in Westeuropa mit elementarer Gewalt durchgesetzt hatte, zurückgeblieben. Und diese Rückständigkeit der deutschen Zustände drückte der Hegelschen Philosophie wie dem gesamten deutschen Idealismus ihren Stempel auf. Sie äußert sich in den reaktionären Zügen, die dieser Philosophie anhaften, in ihren Halbheiten und Widersprüchen, in ihrer gesamten idealistischen, ausgeprägt antimaterialistischen Grundeinstellung. Nichtsdestoweniger aber war die deutsche klassische Philosophie von Kant bei Hegel, trotz ihres idealistischen Charakters, eine Widerspiegelung der bürgerlichen Revolution, die sich in England und Frankreich auf dem Boden der Ökonomie und Politik vollzogen hatte.

Diese Tatsache hatte zuerst Heinrich Heine mehr instinktiv richtig als begrifflich erkannt und in der ihm eigenen plastischen Weise dargestellt: „Seltsam ist es, daß das praktische Treiben unserer Nachbarn jenseits des Rheins dennoch eine eigene Wahlverwandtschaft hatte mit unseren philosophischen Träumen im geträumten Deutschland. Man vergleiche nur die Geschichte der französischen Revolution mit der Geschichte der deutschen Philosophie, und man sollte glauben: . . . unsere deutsche Philosophie sei nichts anderes als der Traum der französischen Revolution." (Einleitung zu „Kahldorf über den Adel".)

Hegel gegen Kant

Der Idealismus war die Grundlage und der Rahmen der Hegelschen Philosophie. Innerhalb der idealistischen Philosophie aber ging ein Prozeß der Umformung und Weiterbildung vor sich. So unterscheidet sich auch der Idealismus Hegels wesentlich von dem Idealismus eines Kant oder eines Fichte. Der Hegelsche Idealismus ist objektiver Idealismus. Der Gegenstand der Philosophie, das „Wahre" ist bei Hegel im Gegensatz zum subjektiven, skeptischen Idealismus Kants die von der subjektiven Situation des einzelnen Menschen unabhängig existierende Wirklichkeit. Freilich ist diese Wirklichkeit im Sinne Hegels nicht die materielle, stoffliche Wirklichkeit, sondern die Wirklichkeit der „absoluten Idee" und ihres dialektischen Entfaltungsprozesses. Aber ungeachtet dessen ist das Moment der Objektivität in der Hegelschen Philosophie bereits eine wichtige Etappe auf dem Wege der Annäherung Hegels an den Materialismus, und von diesem Standpunkt des objektiven Idealismus konnte Hegel den Subjektivismus Kants und dessen unerkennbares „Ding an sich" erschöpfend kritisieren und widerlegen.

Das „Geheimnis" der Dialektik

Das wahrhaft Unsterbliche in der Philosophie Hegels ist aber die Dialektik. In seiner glänzenden Abhandlung über Karl Marx (Kleine Leninbibliothek, Band 1) sagt Lenin über die Dialektik Hegels:

„In der Hegelschen Dialektik als der umfassendsten, inhaltreichsten und tiefsten Entwicklungslehre sahen Marx und Engels die größte Errungenschaft der klassischen deutschen Philosophie. Jede andere Formulierung des Prinzips der Entwicklung, der Evolution, hielten sie für einseitig und inhaltsarm, für eine Entstellung und Verzerrung des wirklichen Verlaufs der (nicht selten in Sprüngen, Katastrophen, Revolutionen sich vollziehenden) Entwicklung in Natur und Gesellschaft."

Der „große Grundgedanke" der Dialektik besteht nach Engels (Ludwig Feuerbach) darin, „daß die Welt nicht als ein Komplex von fertigen Dingen zu fassen ist, sondern als ein Komplex von Prozessen, worin die scheinbar stabilen Dinge, nicht minder wie ihre Gedankenbilder in unserem Kopf, die Begriffe, die ununterbrochene Veränderung des Werdens und Vergehens durchmachen, in der bei aller scheinbaren Zufälligkeit und trotz aller momentanen Rückläufigkeit schließlich eine fortschreitende Entwicklung sich durchsetzt."

Bei Hegel steht freilich die Dialektik auf dem Kopf. Aber nichtsdestoweniger hat er nach Marx „ihre allgemeinen Bewegungsformen zuerst in einer zusammenfassenden und bewußten Weise dargestellt". Daher trifft die obige Charakterisierung der Dialektik durch Engels in vollem Maße nur auf die materialistische Dialektik zu.

Die Hauptmomente der Dialektik sind: 1. die Objektivität der Dinge und ihre Entwicklung, 2. die Betrachtung der Dinge in ihrer Totalität, in ihrem allseitigen Zusammenhang, in der Gesamtheit ihrer mannigfaltigen Beziehungen zu anderen Dingen, in ihrer allseitigen Abhängigkeit, 3. die Betrachtung und Untersuchung der Dinge in ihrer Entwicklung sowohl im Hinblick auf ihre Eigenbewegung als auf ihr Verhältnis zu anderen Dingen und zur Gesamtheit des Universums, 4. die Auffassung, daß die Entwicklung sich in Widersprüchen durchsetzt, daß die Entwicklung selbst nichts anderes ist als Kampf und Entfaltung der Widersprüche, 5. die Auffassung der Dinge als Summe und Einheit von Gegensätzen.

Die Einheit der Gegensätze, die Entwicklung als Kampf und Entfaltung der Widersprüche, die inneren Widersprüche als Triebkräfte der Entwicklung — das ist der Kern der Dialektik. Der Widerspruch im Hegelschen Sinne ist „die Wurzel aller Bewegung und Lebendigkeit, nur insofern etwas in sich einen Widerspruch hat, bewegt es sich, hat Trieb und Tätigkeit" (Hegels „Wissenschaft der Logik"). Die „Negation" und die „Negation der Negation", der Uebergang vom Negativen zum Positiven und ihr Zusammenhang, der Widerspruch in Tätigkeit, der sich bewegende Widerspruch ist „der immanente Quell aller Tätigkeit lebendiger und geistiger Selbstbewegung, die dialektische Seele, die alles Wahre an ihm selbst hat, durch die es allein Wahres ist". (Wissenschaft der Logik.)

Hegel und Feuerbach

Hier aber offenbaren sich zugleich mit der höchsten Reife des Gedankens die Einseitigkeit und die Schranken der Hegelschen Dialektik. Derselbe Hegel, der die Methode der Dialektik in ihrer ausgebildeten Form „entdeckt" hat und sie meisterhaft, wenn auch nicht ohne Willkürlichkeiten und Verzerrungen, dort wo ihm sein idealistischer Ausgangspunkt den Ausblick versperrte, anwandte, konnte den Zusammenhang von Materie und Bewußtsein, den dialektischen Uebergang von der sinnlichen objektiven Welt zum Gedanken, von der Materie zur Bewegung nicht begreifen. Die Einheit der Gegensätze ist der Kern der Dialektik. Die Einheit der Welt ist begründet in ihrer Stofflichkeit, in ihrer Materialität. Diese Einsicht blieb Hegel verschlossen. Als idealistischer Dialektiker zog er sich aus dem Dilemma, indem er die eine Seite des Gegensatzes: die Materie, aus der Welt hinausexpedierte und die „absolute Idee" in ihrer dialektischen Entfaltung als das Wesen des gesamten Weltprozesses proklamierte und zur Grundlage seiner Weltbetrachtung machte.

An diesem Punkte setzt die materialistische Kritik der Hegelschen Philosophie ein, die in Feuerbach ihren ersten bedeutenden Vertreter fand. In einer bisher unbekannten überaus wichtigen philosophischen Arbeit von Marx aus dem Jahre 1844, in der er sich unter Berufung auf die Hegelsche „Phänomenologie des Geistes" mit der „Hegelschen Dialektik und Philosophie überhaupt" auseinandersetzt, schreibt Marx über Feuerbachs Hegelkritik:

„Feuerbach ist der einzige, der ein ernsthaftes, ein kritisches Verhältnis zur Hegelschen Dialektik hat, überhaupt der wahre Ueberwinder der alten Philosophie ist . . . Feuerbachs große Tat ist: 1. der Beweis, daß die Philosophie nichts anderes ist als die in Gedanken gebrachte und denkend ausgeführte Religion . . ., eine andere Form und Daseinsweise der Entfremdung des menschlichen Wesens; 2. die Gründung des wahren Materialismus und der reellen Wissenschaft, indem Feuerbach das gesellschaftliche Verhältnis „des Menschen zum Menschen" ebenso zum Grundprinzip der Philosophie macht; 3. indem er der Negation der Negation, die das absolut Positive zu sein behauptet, das auf sich selbst beruhende und positiv auf sich selbst begründete Positive entgegenstellt."

Bei Hegel bleibt die Negation der Negation im Abstrakten, Logischen, Spekulativen stecken, bei Feuerbach gründet sie sich auf den wirklichen Menschen und seine Geschichte.

Der dialektische Materialismus

Aber auch Feuerbach stößt auf seine Schranke. War das „Selbstbewußtsein" der Berliner Junghegelianer, diese erste unentwickelte Form der Hegelkritik auf dem Boden der Hegelschen Philosophie selbst, nach einem Ausdruck von Marx gewissermaßen die deutsche philosophische Uebersetzung des abstrakten politischen „Gleichheitsprinzips" der französischen Revolution, so entspricht der „wirkliche Mensch" Feuerbachs gewissermaßen dem abstrakten ökonomischen „Gleichheits"prinzip des vormarxistischen Kommunismus. Den gesellschaftlichen Gegensatz in seiner abstrakten Allgemeinheit hat Feuerbach begriffen, aber die bestimmte Stellung, die beide Momente des Gegensatzes zueinander in ihrer Einheit einnehmen, konnte er nicht erkennen.

Hierzu bedurfte es des konkreten Studiums der menschlichen Gesellschaft und ihrer Entwicklungsformen und -tendenzen. Diese umwälzende Arbeit bewältigten Marx und Engels, indem sie das ökonomisch-soziale „Naturgesetz" der kapitalistischen Gesellschaftsformation aufdeckten. Von diesem Boden aus gingen sie zugleich an die Kritik der Hegelschen Dialektik und des Feuerbachschen Materialismus, und das Resultat ihrer Kritik war der dialektische Materialismus, der „vollendete philosophische Materialismus", (Lenin), die größte Errungenschaft des menschlichen Denkens.

Der dialektische Materialismus, in dem die Hegelsche Philosophie im Sinne Hegels „aufgehoben und aufbewahrt" ist, hat seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts seine wissenschaftliche Fruchtbarkeit und seine historische Macht erprobt und bewiesen. Die revolutionärste Lehre der Geschichte des menschlichen Denkens ist zugleich die theoretische Waffe der Revolution geworden. Sie hat die Massen ergriffen und ihnen ein mächtiges Werkzeug der Erkenntnis und des Kampfes gegeben.

Lenin und Hegel

Die umfassendste, inhaltsreichste und tiefste Entwicklungslehre ist zugleich selbst fortschreitender Entwicklung und Vertiefung fähig. Das beweist die geniale Fortbildung, Vertiefung und Konkretisierung des dialektischen Materialismus durch Lenin, den größten modernen revolutionären Dialektiker. In seinen philosophischen Studien ist Lenin stets auf die Quellen der materialistischen Dialektik, vor allem auf die Hegelsche Philosophie, zurückgegangen. Sein philosophischer Nachlaß, der demnächst in deutscher Sprache veröffentlicht werden wird, enthält umfassendes Material für das von ihm geforderte materialistische Studium der Hegelschen Philosophie, für eine gründliche materialistische Bearbeitung aller Probleme der Dialektik. Das ganze politische Lebenswerk Lenins ist von seinem Studium der Dialektik durchdrungen.

Lenin ruft auf zum Studium Hegels, um die Probleme der revolutionären Politik zu vertiefen. Ein fruchtbares, weiterführendes Studium Hegels ist aber heute nur möglich auf der Grundlage eines umfassenden und gründlichen Studiums der leninistischen Politik und der philosophischen Arbeiten Lenins.

Dieser lebendige Zusammenhang zwischen dem genialen Lebenswerk Lenins und dem grandiosen Gedankengebäude Hegels ist das stärkste Zeugnis für die tiefe Aktualität und die revolutionäre Kraft der Hegelschen Dialektik.

Paul Braun.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311117-13/fragment/page=0005

PROLETARISCHES FEUILLETON

„So rum is dat!“ / Von Th. G. Ring

Jochen Lammers streift mit seinem breiten Handrücken die salzigen Tropfen von der Stirn. Seit zehn Stunden steht er im Moor. Ein langer Wall von aufgeschichteten Torfstücken türmt sich finster gegen den fahlen Abendhimmel. Das ausgestochene Heidestück, gähnend wie ein riesiges Massengrab, füllt sich langsam mit hervorsickerndem Wasser.

„Hol an, Jochen“, eine helle Frauenstimme schwingt über die braunen Flächen des abgeblühten Heidekrauts. Jochen blickt hin. „Is Tid, Stine?“ Er schultert den Spaten und setzt seine schweren Stiefel, bedächtig Schritt für Schritt überprüfend, auf die Rasenkuppen. Der Boden schwankt. Unter den Sohlen gurgelt Wasser hervor. Hinter ihm bleiben Löcher zurück, angefüllt mit blauschwarzem Wasser; wie tückische Augen. Jetzt macht er einen weiten Bogen um eine grundlose Stelle, dort stehen bleiben, hieße für immer versinken. Er holt zu einem mächtigen Satz aus — vor ihm der Abstichgraben —, mit einem Sprung verläßt er den schwammigen, weichen Untergrund und steht auf fester Erde.

Stine hebt ihre Graslast auf den Rücken und ruft die Kinder. Die drei Flachsköpfe hocken auf einem Erdhügel und starren mit weit geöffneten Augen in den rotvioletten Saum nach Westen. Dort liegt Schneverdingen. Ganz leise dringt der aufrüttelnde Ton von Trommelschlägen herüber. Die Kinder ziehen die nackten Beine an sich, sie frieren. Jochen klopft ihnen leicht den Rücken und horcht mit. „Da marschiert die SA., Jungs!“ Seine sechseinhalb Fuß lange Gestalt reckt sich auf. Stine feucht unter ihrem Bündel. Sie gehen nach Hause.

Der Hof der Lammers liegt unter breitästigen Eichen verborgen, die man von weither sieht. Hier haben die Freibauern seit Jahrhunderten gesessen, am Türbalken ist die Jahreszahl 1586 eingekerbt. Die Urenkel der Lammers sind stolz auf ihren Besitz, sie klammern sich an den Hof, auch wenn er sie kaum noch ernährt.

Jochen, Stine und die Kinder gehen an einem Gestrüpp von Birken und Erlen vorbei, das gegen die Heide zu von einem Bienenzaun abgeschlossen ist. 24 uralte Bienenkörbe stehen in einer Reihe, verwittertes Stroh, bunte Fluglöcher, aber die meisten sind leer. Nur fünf Völker hat Jochen behalten, voriges Jahr hat er noch schleudern können, und der goldgelbe Honig brachte etwas Geld nach Osterloh, um die Steuern zu zahlen. Diesmal ist der Zucker, den die Bienen für den Winter brauchen, so teuer, daß es sich nicht verlohnt, ihnen den Honig wegzunehmen. Stine hat gerechnet und gerechnet, aber der Honigpreis, den der Händler bot, war immer noch um Pfennige geringer als der Zuckerkauf ausgemacht hätte. Jochen schüttelt den Kopf, als sie an den Bienenständen vorbeikommen. „Dat lohnt nix mehr!“ Stine seufzt auf.

Der Schafstall ist leer. Früher war hier ein lustiges Gewimmel, wenn Ebbo, der älteste Sohn und Erbe von Osterloh, die Heidschnucken eintrieb. Jetzt liegen abgefallene Planken herum, das Moosdach hat Löcher, hält sich nur noch durch Stützbalken von außen. Und Ebbo ist tot. Die Kugel des Försters hat ihn beim Wildern niedergestreckt. Das war im vorigen Dezember, und auf Osterloh gab es keinen Weihnachtsbraten. Die Heidschnucken sind fort, an einem heißen Tag im August erschien der Gerichtsvollzieher mit dem Landjäger und riß das Stalltor auf. Als sie im Jahr davor die Kuh geholt hatten, ist Jochen noch wortlos und in verbissenem Trotz in den Wald hinausgelaufen, hat alles Stine überlassen und wollte nichts damit zu tun haben. Aber als das letzte Vieh weggetrieben werden sollte, packte ihn der jähe Zorn. Der Erlös der Wolle wurde nötig gebraucht für Stiefel, Hemden, Seife und Petroleum. Was sollten sie ohne diese Dinge im Winter anfangen? Jochen nahm den Dreschflegel und ging auf die uniformierten Männer los. Weit holte er aus zum Schlag — da winkte der Landjäger Hinnerk, er solle sich den Kopf kühl halten, bald ständen in Deutschland Männer an der Spitze, die dafür sorgen würden, daß der Bauer wieder zu Rindern, Schweinen und Schafen käme. Ungläubig stierte ihn Jochen Lammers an, aber er ließ den Dreschflegel sinken.

Ehe Hinnerk mit den Heidschnucken abzog, schrieb er auf einen Zettel Ort und Stunde, wo Jochen hingehen solle, um zu erfahren, wie er wieder zu seinen Schafen, den Kühen und dem Pferd käme. Das war eine Versammlung der NSDAP im Schneverdinger Hof. Vieh gab es dort nicht zu sehen, aber viel Bier und Tabaksqualm und Heilrufe. Der Gutsbesitzer von Böhrde führte den langen Lammers selbst zur Tonbank, bestellte einen doppelten Korn, redete und redete, bestellte wieder Schnaps und Bier, und nachher setzte Jochen seinen Namen auf ein vorgedrucktes Papier. Auch Hinnerk war unter den Versammelten und sang am lautesten „Die Fahne hoch“. Als Jochen nach Mitternacht der Tür zuwankte, reichte ihm Hinnerk die Hand und sagte: „Reck deine Brust, du Hitlermann, in sechs Wochen marschieren wir!“ Ganz im Tran fragte ihn Jochen: „Und dann kommen auch meine Schafe?“ „Im Dritten Reich wird alles glatt gemacht!“ „Sechsunddreißig Stück waren es und ein schwarzer Schnuckenbock, merk dir das, Hinnerk!“ „Du kriegst, was du willst, wir haben dann so viel Schafe und Rinder.“

Lallend zog Jochen den Fahrweg herunter nach Osterloh: „So viel Schafe und Rinder ...“

Mit Träumen ist einem Bauern nicht geholfen. Als Jochen heute so am Tisch dasitzt und die Kinder in der Buchweizengrütze löffeln, macht er ein böses Gesicht. Stine sieht ihn beängstigt an. Jochen sinnt und sinnt. So geht's nicht weiter. Er muß ein Stück Heidkrume umbrechen und frisch bepflanzen. Einen kargen Winter und einen dürren Sommer werden sie sich durchhungern, dann wird neue Frucht stehen. Das Dritte Reich ist immer noch nicht da, und wer weiß, wann es kommt. Aber Oedland anbrechen, ist eine schwere Arbeit! Einen Dampf- oder Motorpflug gibt es bei ganzen Osterheide nicht. Man braucht einen tiefgehenden Pflug mit vier oder sechs Pferden bespannt, aber auch das ist erreichbar. Er, Jochen Lammers, wird den Boden mit einfachen Eisenpflug urbar machen, und sein Parteigenosse, der Gutsbesitzer von Böhrde, wird ihm ein Pferd leihen.

Am andern Morgen zieht Jochen die Windjacke über und die Hakenkreuzbinde an. Stolz aufgerichtet steht er vor Stine. „Gift dat Todslag, Jochen?“ Ihre blauen Augen haften auf dem Parteiabzeichen. „Ne, Stine, ick will mi'n Pferd leihen!“ „Ja, denn man tau.“

Der Herr von Böhrde empfängt den langen Lammers mit Wohlwollen. Ja, er greift sogar in den Schrank, holt eine Flasche und zwei Gläser heraus. Dann legt er los. „Das Bolschewikenpack macht uns noch viel zu schaffen, Lammers. 20 000 Stoßtrupp haben sie organisiert, die aufs Land hinausziehen, dem Bauern die Maschinen zerschlagen und das Vieh wegtreiben.“ „Ick hev ja wegtotreiben“, sagt Jochen, und denkt an die Ställe voll blökender Viehs, die er auf dem Gutshof gesehen hat. „In Dithmarschen haben sie schon angefangen, fünf Höfe standen auf einmal in Flammen, aber wir haben ein Bündnis mit dem Stahlhelm geschlossen, bald geht's aufs Ganze!“ „Dat hätt mi Hinnerk all vertellt!“ Jochen blickt hinüber zum Pferdestall. Der Gutsherr bringt er klipp und klar sein Anliegen vor. Der Herr von Böhrde setzt die Flasche ab, mit der er eben eingießen wollte. „Was, ein Pferd? Und zum Roden? Ja, denken Sie, ich bin in der NSDAP, um mir meine Pferde zu ruinieren? Nein, mein lieber Lammers, noch sind wir nicht im Dritten Reich, wo die Hengste springen. Opferwille, Selbstverleugnung, Mut brauchen wir!“ Ohne ein Wort zu sagen, geht Jochen hinaus und knallt die Tür zu.

Mit breiten Schritten und heißem Kopf rennt er über die Heide. Ein Knecht treibt ihm eine Schnuckenherde entgegen. Jochen bleibt stehen und besieht sie sich Stück für Stück. Dann springt er auf den schwarzen Bock los, kniet hin und krault mit seinen Fingern in dem dicken, wolligen Fell. „Min Snuckenbock, min Snuckenbock.“ Der wilde Herdbock streicht sein Gehörn an der Brust des Bauern und leckt ihm die Hände. Die ganze Herde schart sich um die Bock, die Ewen und die Fante drängen sich dicht heran. „Dat sind min Snucken!“ Jochen streckt dem Knecht wütend seine Faust entgegen. „Dat glöw ick di“, sagt der Knecht ganz ruhig und zeigt auf Jochens Armbinde. „Dat Dings moken se di um und köpen sich dine Snucken for'n Butterbrod.“ „Wer hat dat mokt?“ „Na, de oll Böhrde de Blutsauger!“ Jochen reißt mit einem Griff die Armbinde herunter. Bleich, mit zusammengekniffenen Lippen, steht er vor dem Knecht. „Wo bist her?“ „Us Dithmarschen.“ „So, us Dithmarschen. Is dat wohr, det de Roten da fif Höfen anstecht hebben?“ „Jo, det is wohr, fif ganze grote, so wie den Böhrde sin. Dat ment ornlicher Root. Di Junkers hebben de Knecht und Heuerlinge geschunden und bedrogen, dat se Schluß mokt hebben.“ „Ick, ick rum ist dat“, Jochen pfeift durch die Zähne. Dann greift er an seinem Stock und treibt die Herde von Böhrde weg. Der Knecht schmunzelt. „Wat gift dat?“ „Segg de oll Böhrde, dat sin min Snucken, und wenn he wat will, ick bün de Herr von Osterloh.“

Rußland damals und Japan heute

Eine Serie billiger, kleiner Bücher, die „Rote Reihe“, hat im Mopr-Verlag zu erscheinen begonnen; es sind Ausschnitte aus den Kämpfen der Arbeiterklasse und aus dem Leben ihrer Führer, bunte Hefte für 20 Pfennig, von denen die ersten zwei jetzt vorliegen.

„Mit Lenin in Sibirien“ heißt das eine. Es sind Aufzeichnungen des alten Bolschewiken Schapowalow, dessen Erinnerungen „Auf dem Wege zum Marxismus“ im gleichen Verlag erschienen sind. Auf dem Wege zum Marxismus — das ist auch die Richtung, die in diesem ersten Heft der Roten Reihe eingeschlagen wird. Schapowalow, der sich von den unklaren sozialen Schwärmereien der Narodowolzen zu der alten, revolutionären Sozialdemokratie hinüberbewegt, wird Ende der 90er Jahre wegen politischer Betätigung für zwei Jahre in den Kerker der Peter-Pauls-Festung und für weitere drei Jahre in die Verbannung nach Sibirien geschickt. Dort, in Tessj, trifft er mit dem nach dem Nachbardorfe Schuschenskoje verbannten Lenin zusammen. Die Gruppe der im sibirischen Exil lebenden Genossen beginnt unter Führung Lenins den wichtigen und unerbittlichen Kampf um die ideologische Klarheit, um den unverfälschten Marxismus. Lenins Zähigkeit und Einfachheit, sein stählerner Wille und sein nicht minder stählerner Haß gegen die Unterdrücker des Volkes werden in den Taten und Gesprächen, die das Heft wiedergibt, lebendig.

Das zweite Heft dieser Roten Reihe stellt Lenin, seine Lehre und die Befreiung des russischen Proletariats unter seiner Führung sozusagen unsichtbar in den Mittelpunkt der Ereignisse. „Der 15. März 1928“ heißt die Erzählung Kobanai über aus den Tagen des großen Unterdrückungsfeldzuges gegen das japanische Proletariat. Die Polizei überfiel und verwüstete damals mehr als 300 Partei- und Gewerkschaftsräume und schleppte über 1000 revolutionäre Arbeiter und Bauern in die Gefängnisse. So wird es auch gemacht mit den etwa zehn Genossen, die in der Stadt Otaru im nördlichen Japan die legale und illegale Bewegung leiten. Da ist Kudo, der Sekretär der Gewerkschaft, ein kampferprobter Arbeiter; die Polizei drang im Dunkeln in seine Wohnung ein, er weiß, daß seine Verhaftung für Onoibi, seine tapfere Frau und die drei Kinder Hunger und Entbehrung bedeutet. Da ist Ryutitji, der durch seine Bewegung anschloß und seinen Lehrerposten verlor; seine kleine Tochter Pujiko hörte nachts die Polizisten in die Wohnung eindringen, die ihren Vater wegschleppten, während die Mutter, die den großen Schritt in die revolutionäre Bewegung noch nicht getan hat, zitternd an der Treppe steht. Da ist der Angestellte Ssata, dessen kleinbürgerliche Mutter nur für die Karriere ihres Sohnes lebte; als er nach beendetem Studium sein erstes Gehalt nach Hause brachte, da „brannte auf dem Hausaltar ein neues Licht und die Lebensmittel lag auf dem Altar“ — und nun hat ihr Sohn sich doch den Revolutionären angeschlossen und wird verhaftet. Nach tagelanger Qual werden die Verhafteten nach Saporro abtransportiert — „nach Saporro bedeutete, daß die Lage ziemlich hoffnungslos war ...“

Diese Erzählung aus den Tagen einer Hetzjagd auf das revolutionäre Proletariat — die in allen Ländern wütete und wütet heute und morgen auf fünf Sechsteln der Welt wütet — geht den Spuren des unerbittlichen Klassenkampfes in den Köpfen und Hirnen der Menschen nach. Die Welt der Demonstrationen und Streiks widerhallt fast unmerklich in den Gängen und Zellen des Gefängnisses. Aber sie ist eingefangen in den Gedanken und Reden ihrer Besten, die gegen den Klassenfeind unmittelbar und gegen die aus der Welt des Klassenfeindes mitgebrachten Vorurteile und Schwächen in sich selbst zu kämpfen haben. Sie führen auf einsamen Posten und sind dabei, sich die Tatsache und das Bewußtsein der weltumspannenden proletarischen Solidarität zu erkämpfen.

Das Oktoberheft der Zeitschrift „Die Form“ (Verlag Bedendorf) bringt interessante Aufsätze über Werbung mit zeitgemäßen technischen Mitteln. Lehrreich eine polemische Auseinandersetzung mit dem Luxushaus Tugendhat des Architekten Mies von der Rohe.

Das Buch von Ludwig Renn, „Krieg“, das neben Remarque das erfolgreichste deutsche Kriegsbuch darstellt, ist soeben in einer gebundenen Volksausgabe zu 2,85 Mark erschienen. Die deutsche Gesamtauflage beträgt 155 000. „Krieg“ liegt heute in 21 Sprachen vor.

Die Teertonne

Im Felde hatten wir allerhand Latrinen. Von der Liliputausgabe, die man mit kühnem Spatenschwunge über die Brustwehr dem Feinde als Gasangriff servierte, hochlein in Papier gewickelt, bis zur hochherrschaftlichen Ausgabe mit einer Querstange als Stütze für den müden Korpus. Diese Stange gab Gelegenheit zu einem herrlichen Scherz. Wenn man sie ein bißchen einfügte und sich dann auf die Lauer legte, dann konnte man feststellen, was für ein Gesicht ein entrüsteter Zeitgenosse machte, der sich zwar nicht mit Ruhm, sondern mit — na, sagen wir, mit Schönheit bekleckert hatte.

Genau so ein Gesicht, wie es Direktor Schmutzer kürzlich machte. Eigentlich schändlich, sich solche Scherze mit einem Ehrenmann zu erlauben!

Hatte man nicht alles seiner Tüchtigkeit — Brust raus! — zu verdanken? Hatte man sich nicht schon anstrengen müssen bei der Geburt, damit man sich die richtigen Eltern heraussuchte? Und auf der Schule, um Papas Groschen alle zu machen? Versteht das Pack überhaupt, wie sich ein Aufsichtsrat plagen muß für lumpige 5 Mille pro Sitzung? Arbeiterschweiß!? So stehste aus! Lungert am Schraubstock und auf dem Pau rum, langweilt sich, spuckt große Bogen und hat die unerhörte Frechheit, 47 Pfennig als Hungerlohn zu bezeichnen.

Na, ärgern wir uns nicht weiter!

Aber Herr Direktor Schmutzer hatte allen Grund zum Aerger und das kam so:

Die Aktiengesellschaft mußte bauen. Tja, die Zeiten sind eben schlecht! Direktor Schmutzer zeigte gern sein gutes Herz für die Arbeiter. Teils in Lohnreduzierungen, die vor Fettsucht vortrefflich schützten, teils auch in mancher Rede an sein Volk.

Polier Wampe hatte sich den Kopf zerbrechen müssen, damit die Sache ja ganz „zufällig“ aussah mit der Anwesenheit des Gewaltigen beim Richtfest. Die große Teertonne war doch gewiß eine nette „zufällige“ Rednertribüne! Möglich, daß der Unhold, der das Brett anlägte, derselbe war, der damals mit der Latrine so schändlich manipulierte. Rausgekommen ist es nicht.

Die Bande hielt trotz der Belohnung wie Pech und Schwefel zusammen.

Genau wie die unteren Extremitäten des Herrn Direktors, als man ihn mit erheblicher Kraftanstrengung aus dem Pfuhl der Hölle zog.

Mit viel Tränen und fürchterlichen Hustenanfällen.

Lux.

Verantwortlich: Alfred Hendrich, Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311117-13/fragment/page=0006

Aus der Arbeit der R.G.O.

„5000 erhalten Arbeit . . .“

Das große Betrugsmanöver der Bonzen

„Fünftausend erhalten Arbeit“, so schrieb im Mai dieses Jahres die RGO. und die Gewerkschaftspresse, als die Arbeitszeitverkürzung im Braunkohlenbergbau ohne Lohnausgleich durchgeführt wurde.

Jetzt soll ein neuer Betrug, nämlich die Einführung des Krümper-Systems, an den Bergarbeitern begangen werden. Der „Bergbau-Industrie“ Nr. 46 vertritt Husemann in seinem Artikel. Es geht ums Ganze“ die Einführung des Krümper-Systems. Schon führt Schmidt aus der Sachsenburg, Bochum, im Kreise Reviers Versammlungen durch, wobei er die Arbeiter auf die Einführung des Krümper-Systems vorzubereiten gedenkt. Er sagt dabei fest, daß seit dem 1. Mai 5000 Kameraden Arbeit erhalten hätten, daß also die damalige freie Vereinbarung zwischen Gewerkschaften und Unternehmern durchgeführt worden sei.

Wir stellen demgegenüber fest, daß dies eine unwahre Behauptung ist. Nicht 5000 wurden eingestellt, sondern tausende entlassen.

Beispiele:

Auf der Grube Golpa	700
Auf der Grube Leopold	250
Auf der Grube Elisabeth	180
Auf der Grube Leonhardt	240
In den Bubiak-Betrieben	550
Insgesamt	**1920**

In diesen wenigen Betrieben sehen wir schon, daß keine Kameraden in den Produktionsprozeß eingereiht wurden, sondern daß der Lohnabbau in den Betrieben mit Hilfe eines erbärmlichen Betruges durchgeführt wurde.

Man will man mit Hilfe des Krümper-Systems Erwerbslose ausbeuten. Dabei geht es den Bonzen um möglichst widerstandslose Einführung neuen Lohnraubes und um Säuberung der Betriebe von klassenbewußten Elementen.

Kameraden deshalb sofort zu diesem neuen Betrugsmanöver Stellung. Berichtet uns über die Entlassungen seit dem 1. Mai 1931 in jedem Betrieb und wählt Delegierte zur Bergbau-Industriearbeiterkonferenz Mitteldeutschlands.

Die Kumpels mobilisieren

Kein Schacht darf auf der Kampfkonferenz fehlen

Eine Belegschaftsversammlung der Grube „Riefer“ bei Amsdorf hat nach einem mit Beifall aufgenommenen Referat eines RGO-Vertreters einstimmig folgende Entschließung an:

„Die Belegschaftsversammlung der Grube „Riefer“ hat nach einem Referat eines RGO-Vertreters Stellung zum Lohn- und Unterstützungsabbau genommen. Der Kampf gegen weiteres Massenelend muß einheitlich geführt werden. Die Versammlung begrüßt deshalb die Einberufung der Kampfkonferenz der Bergbau-Industriearbeiter. Sie ruft alle Werktätigen auf, Delegierte zu dieser Konferenz zu entsenden. Rote Einheit führt zum Sieg.“

Die Versammlung wählte darauf drei Delegierte aus ihrer Mitte. Die Kollegen verpflichteten sich, die Finanzierung der drei Kollegen durch Sammlungen im Betriebe sicherzustellen. Dem Beispiel der Kollegen von Grube „Riefer“ müssen alle Kameraden in den Schächten folgen.

Kein Betrieb, kein Schacht darf auf der wichtigen Konferenz fehlen.

Eklatante Bonzenabfuhr bei den Eisenbahnern

„Ich komme nicht mehr hier her,“ schreit der Bonze Pinzlack aus Dessau!

L.A. Ein Gewerkschaftsbonze des Einheitsverbandes der Eisenbahner, der Herr Pinzlack, war aus Dessau nach Jeßnitz gekommen, um dort in der Bahnmeisterei eine Belegschaftsversammlung durchzuführen und nach reformistischer Art den Eisenbahnern den bevorstehenden unerhörten Lohnabbau schmackhaft zu machen. Die Kollegen waren alle zahlreich erschienen, aber nicht wegen dem Bonzen, sondern weil RGO-Vertreter zugegen waren und weil alle wußten, es gibt es entscheidende Auseinandersetzungen. Die Ausführungen der Bonzen wurden interessellos entgegengenommen. Ein Kollege rief, dem sein Schmutz hängt uns lange zum Halse heraus.

Der gute Besuch der Versammlung war durch eine sorgfältige Vorarbeit oppositioneller Kollegen erzielt worden. Durch lebendige Diskussionen war alles an der Versammlung interessiert.

Gleich zu Beginn der Versammlung gab es ein Intermezzo. Der RGO-Vertreter meldete sich sofort zur Geschäftsordnung und beantragte eine Diskussion. Nach langem Zögern sahen sich die Bonzen gezwungen und der halbbeamtete Werner veranlaßt, eine Diskussion zuzulassen. Mit schlotternden Knien und bebender Stimme leierte er seine Ausführungen herunter. In der Diskussion sprach zuerst der RGO-Vertreter. Schon beim dritten Satz hatte der Bonze Pinzlack verloren. Wie ein geölter Blitz auf Kugellager sauste er von seinem Platz empor und schrie: „Hören Sie auf, das gehört nicht hierher.“

Der in aller Ruhe sprach der RGO-Vertreter weiter. Er brandmarkte die reformistische Politik und er zeigte den Weg der RGO. Weg des Kampfes auf. Gegen die Bonzen hagelte es Schläge auf Schläge. Einmal schrie Pinzlack wie ein Löwe auf: **„So etwas ist doch unerhört, ich komme nicht mehr hierher.“**

Geschlagen stand er am Fenster, er war am Ende seiner Kraft. Es ist in Dänemark, als er hörte: Ihr Arbeiter, Angestellten und Beamte, schließt die rote Einheitsfront. Wenn ihr gegen den Lohnabbau kämpft, dann müßt ihr gegen die Bonzenkratie kämpfen, denn beides der Barrikade auf Seiten des Klassenfeindes steht.

Es sprach dann noch ein weiterer Kollege. Der Bonze flüchtete. Der RGO-Vertreter forderte ihn noch einmal auf, sich zu verantworten und auf die Ausführungen der RGO einzugehen. Herr Pinzlack feige. Als er den Wartesaal verließ, dröhnte ihm das Gelächter der versammelten Eisenbahner nach. Noch heute wird in der Versammlung diskutiert.

Die Kampfstimmung der Jeßnitzer Eisenbahner ist gut.

Chemieproleten von Ellenburg!

Am 18 November, vormittags 9.30 Uhr, findet im „Tivoli“ eine öffentliche Chemiearbeiterversammlung statt.

Thema: **Die neue Lohnabbauwelle und die Chemiearbeiterschaft. Sorgt für Massenbesuch**

Generalmobilmachung in Mansfeld

Appell der Schacht-Delegierten-Konferenz in Eisleben vom 15. November 1931 an alle Mansfeld-Arbeiter

Arbeiter und Arbeiterinnen der Mansfeld-AG!

Klassengenossen!

Die ständige Verschärfung der Wirtschaftskrise und die von Ostasien drohende Kriegsgefahr veranlaßt die Bourgeoisie und ihre geschäftsführenden Ausschüsse zu immer neuen und immer brutaleren Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen. Durch Lohn- und Unterstützungsabbau, durch Notverordnungen und faschistischen Terror sollen der Arbeiterschaft und den werktätigen Massen die Lasten der Krise des kapitalistischen Ausbeutungssystems und der Kriegspolitik aufgebürdet werden.

Den Armen und Ausgebeuteten alles zu nehmen und den Reichen alles zu geben, das ist auch das Ziel der Hitler und Hugenberg. Rund 5 Milliarden Mark Lohn sind der deutschen Arbeiterklasse in anderthalb Jahren, von 1930 bis 1931, schon genommen worden.

Allein den Mansfeld-Arbeitern wurden in einem Jahre 25 Prozent vom Lohn unter Durchbrechung ihrer Tarife abgezogen. Durch indirekten Lohnabbau, durch Herabsetzung der Akkordpreise und Prämien, durch Notverordnungen und Feierschichten steigt der Verlust des Einkommens der Mansfeld-Arbeiter noch ungeheuer.

Rund 45 bis 50 Prozent weniger Lohn als 1929 erhält der Mansfeld-Kumpel heute!

Die Folge dieses Lohnraubes der Mansfeld-Aktionäre ist eine ungeheure Verelendung der Arbeiter, und darüber hinaus der gesamten werktätigen Bevölkerung Mansfelds. —

Wie in allen anderen kapitalistischen Betrieben und Industrierevieren erweisen sich auch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die gelben, christlichen, Nazi- und Stahlhelmführer in Mansfeld als „Aerzte des Kapitalismus“ und als die getreuen Lohnabbauorganisatoren.

Sie fordern von der Arbeiterschaft ein Opfer nach dem anderen für die Erhaltung des kapitalistischen Profits!

Sie verhinderten durch ihren Stillegungsschwindel auch den Streik gegen den kürzlich beschlossenen zehnprozentigen Lohnabbau!

Sie unterstützen und verbreiteten den Schwindel der Generaldirektion und Behörden von der angeblichen „notwendigen Stillegung“ der Mansfeld-Betriebe, während gleichzeitig die Mansfeld-AG trotz der „Notlage“ und der „Schwierigkeiten“ der „deutschen Finanzen“ neue Millionensubventionen erhielt!

Die Schachtkonferenz stellt fest, daß eine dauernde Stillegung der Mansfeld-Betriebe aus wehrpolitischen und innerpolitischen Gründen nicht in Frage kommt, sondern daß nur eine Aussperrung beabsichtigt wurde, um den Widerstand der Mansfeld-Arbeiter gegen den Lohnabbau im Keime zu ersticken.

Der aktive Widerstand, der Streik, aber ist die einzige Rettung der Arbeiterschaft vor allen räuberischen Angriffen der Kapitalisten; die einzige Rettung vor dem Untergang der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes in Not und Elend.

Während in Mansfeld in diesen Tagen der zehnprozentige Lohnabbau durchgeführt wird, haben die Berliner Metallarbeiter gleichzeitig den gegen sie geplanten Lohnabbau erfolgreich abgewehrt.

Während die Arbeiter der kriegswichtigen Mansfeld-Betriebe bei zehn Prozent Lohnabzug kampflos kapitulierten, haben die Berliner Metallarbeiter nach Bekanntwerden der Unternehmerpläne mutig und entschlossen zum Widerstand gerüstet. Sie hatten keine Angst vor der Stillegung, sie machten ihre Betriebe und Belegschaften streikfertig. In 126 Betrieben wurde die rote Einheitsfront hergestellt und vorbereitende Kampfausschüsse gewählt. Die staatlichen Schlichter ließen es gar nicht erst zum Streik kommen; sie traten den Rückzug an und verzichteten diesmal auf den Lohnabbau.

Auch die Mansfeld-Arbeiter müssen die Einheitsfront aller Arbeiter in allen Betrieben und auf allen Stempelstellen ohne Unterschied des Parteibuches herstellen und ihre Betriebe streikfertig machen.

Nur durch die rote Einheit kann der Kampf gegen Lohnraub und Unterstützungsabbau und Notverordnungen siegreich geführt werden.

In roter Kampfeinheit wehrten die Braunschweiger Arbeiter die Angriffe der Nazimordstürme erfolgreich ab und führten ihren politischen Massenstreik gegen die Braunschweiger Nazi-regierung geschlossen durch. In ganz Deutschland ist die Herstellung der roten Einheit gegen Lohnraub, Faschismus und Kriegsgefahr notwendig.

Darüber hinaus muß die geeinte Arbeiterschaft das Kampfbündnis mit den werktätigen, ausgebeuteten Mittelschichten herstellen. Die unteren Angestellten, die kleinen Handwerker und Geschäftsleute, die Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern können und werden unter der Führung und mit der aktiven Unterstützung der einigen Arbeiterklasse gegen ihre und unsere Ausbeuter und Unterdrücker kämpfen.

Die Schachtkonferenz ruft die Mansfelder Bevölkerung zu einer gemeinsamen Volksdelegierten-Konferenz auf. Wählt in allen Kameradschaften und Abteilungen Delegierte. Führt betriebliche Delegiertenkonferenzen durch und wählt in allen Betrieben vorbereitende Kampfausschüsse und Vertrauensleute. Schafft in allen Orten rote Einheitsfront-Ausschüsse.

Wählt Delegierte für die für den 13. Dezember geplante große Volksdelegierten-Konferenz des Mansfelder Landes.

Jede Betriebsbelegschaft muß weiter Delegierte zu der am 29. November 1931 in Halle stattfindenden Mitteldeutschen Bezirkskonferenz der Bergbauindustriearbeiter schicken, damit weit über die Grenzen Mansfelds hinaus die kämpfende Einheitsfront aller Bergarbeiter gegen den Lohnraub geschaffen werden kann.

Die Schachtkonferenz ruft den gewerkschaftlich organisierten und unorganisierten Arbeitern, den sozialdemokratischen, nationalsozialistischen, den parteilosen und kommunistischen Arbeitern zu:

Schafft die rote Kampfeinheit gegen Faschismus, Notverordnungsdiktatur, Lohn- und Unterstützungsraub und Kriegsgefahr! Kämpft für ein freies sozialistisches Deutschland!

Das Geschäft geht gut

Trotz Wirtschaftskrise Riesengewinne der Chemiegewaltigen — Aber Lohnabbau droht den Proleten

In der „Deutschen Bergwerkszeitung“ wurde der Bericht des IG-Farbentrusts über das dritte Vierteljahr 1931 gegeben. Der Bericht sagt:

„Der Umsatz in Farbstoffen und Färbereihilfsprodukten weist gegenüber dem vorausgegangenen Quartal keinen wesentlichen Unterschied auf. Gewisse Rückgänge, die für verschiedene europäische Verkaufsländer zu verzeichnen sind, finden ihren Ausgleich in einem zum Teil saisonmäßig bedingten Anziehen des Ueberseegeschäftes.

In Düngemitteln ist der Auslandsabsatz gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gestiegen. Im Inland ist dagegen infolge der schwierigen Kreditlage der Landwirtschaft der Absatz im Vergleich mit dem des Vorjahres zurückgeblieben.

Das Leuna-Benzin findet weiterhin steigende Beachtung in den Abnehmerkreisen.

Chemikalien und Lösungsmittel zeigen keine Veränderungen der bisher noch verhältnismäßig befriedigenden Geschäftslage.

Photographika, vor allem Rohfilme, waren wie üblich saisonmäßig belebt.

In Kunstseide hatte das Bekanntwerden der im Vorquartalsbericht erwähnten Verständigung auf dem Gebiet der Viskoseseide zunächst die Abrufe verstärkt. Seit August wirkt aber auch hier die Wirtschaftskrise nachteilig. Vistrafaser ebenso wie Riechstoffe konnten wie bisher gehalten werden.

Das Geschäft in Pharmazeutika und Pflanzenschutzmitteln nahm in den meisten Ländern weiterhin einen stetigen Verlauf.

Bei ihrem großen Exportgeschäft ist die Gesellschaft durch die Entwertung des englischen Pfundes und der skandinavischen Währung ebenfalls betroffen. Die sonstigen Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise lassen sich in ihren ungünstigen Folgen noch nicht übersehen.“

Die IG-Gewaltigen geben zu, daß sich trotz der Wirtschaftskrise der Geschäftsgang dieser Betriebe nicht verschlechtert hat. Für alle Produktionsgebiete wurde festgestellt, daß die Entwicklung durchaus günstig war. Der zurückgehende Inlandsabsatz (infolge der schwindenden Kaufkraft besonders der bäuerlichen Abnehmer und der unerhörten monopolistischen Wucherpreise der IG) wurde durch Export ausgeglichen. Die Herren der IG haben die Errichtung hoher Zollschranken durchgesetzt, damit die Weltmarktpreise, die ständig sinken, für Deutschland nicht zur Geltung kommen. Die deutschen Bauern sollen weiter die Stickstoffwucherpreise bezahlen. Millionengewinne haben die IG-Gewaltigen wieder eingesteckt. Und sie versuchen weiter, die Kosten der Wirtschaftskrise auf die arbeitenden Massen abzuwälzen.

Die Aussperrung im Stickstoffwerk Piesteritz, die Verstöße der Ausbeuter in Griesheim, die Entlassungen, die die Leuna-Könige ständig durchführen, sind Maßnahmen, die die Giftkönige anwenden, um einen großen Schlag zum Lohnabbau durchzuführen!

Die Chemiebetriebe müssen streikreif gemacht, alle Kollegen müssen aufgeklärt werden über die unerhörten Gewinne der Chemiegewaltigen und über die Verräterpolitik der Gewerkschaftsführer, die jedem Kollegen zum Bewußtsein kommen muß, wenn er darüber nachdenkt.

In Leuna, in Piesteritz, in den Bitterfelder Betrieben, kurz überall haben die Burschen, Sozialfaschisten wie Brandler-Elemente, alles getan, um jeden Kampfwillen, jede Regung im Betriebe im Keime zu ersticken und den kapitalistischen Generalausbeutern den Profit zu sichern!

Deshalb, Chemieproleten, nur eins kann es jetzt geben: Kampf unter Führung der RGO. Schafft die rote Einheitsfront der hungernden Chemieproleten gegen die übersatten Millionäre der IG, schafft sie gegen ihre Lakaien, die Verbrecher an der Arbeiterklasse!

Warum müssen die Arbeiter streiken?

Von Friedrich Engels

. . . Einfach, weil sie gezwungen sind, die Herabsetzung des Lohnes und selbst gegen die Notwendigkeit dieser Herabsetzung protestieren müssen, weil sie erklären müssen, daß sie als Menschen, nicht nach den Verhältnissen sich zu schicken, sondern daß die Verhältnisse sich nach ihnen, den Menschen, zu richten haben, weil ihr Stillschweigen eine Anerkennung dieser Verhältnisse, eine Anerkennung sein würde des Rechts der Bourgeoisie, während guter Handelsperioden die Arbeiter auszubeuten und sie in schlechten Zeiten verhungern zu lassen . . .

Der tatsächliche Protest dagegen hat seine Wirkung, er hält die Geldgier der Bourgeoisie in gewissen Schranken und erhält die Opposition der Arbeiter gegen die gesellschaftliche und politische Allmacht der besitzenden Klasse lebendig, während er ihnen allerdings auch das Geständnis abzwingt, daß etwas mehr als Arbeiterverbindungen und Turnouts (Streik) nötig ist, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu brechen.

Aus dem in Kürze erscheinenden Band 22 der „Elementarbücher des Kommunismus“ Friedrich Engels.

Achtung, Metallarbeiter!

Die Fraktionssitzung für alle Kollegen in der Metallindustrie findet heute, Dienstag, 20 Uhr, im „Produktiv“-Gebäude statt. Keiner darf fehlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311117-13/fragment/page=0007

Staatskommissar regiert — Kommunisten rufen zum Kam

Das Ende der Selbstverwaltung in Halle — Oberbürgermeister Rive ruft aus: „Wir sind am Ende unserer K Magistrat in der Rolle des Staatskommissars — Bürgerblock, SPD und Nazis gegen das Notprogramm der K

Halle, den 17. November 1931.

Nach einer 9 Wochen langen Pause — die Pausen werden immer länger — fand gestern wieder eine Stadtverordnetenversammlung statt. Der entscheidende Tagesordnungspunkt war die letzte **Steuervorlage des Rive-Magistrats, die ohne Zustimmung der Stadtverordneten beireits seit dem 1. November in Kraft ist. Die Steuer- und Sparvorlage ist vom Magistrat diktiert worden.** Der Magistrat spielt, wie Oberbürgermeister Rive gestern selbst erklärte — die Rolle des **Staatskommissars. Der Staatskommissar ist da! Er diktiert — ohne die Stadtverordneten zu befragen. Die Stadtverordneten dürfen nur noch „zur Kenntnis nehmen". Im übrigen kann sich das Stadtparlament auflösen. Die Selbstverwaltung ist zum Teufel gegangen; die Kommunen sind zu ausführenden Organen der unverhüllten Diktatur des Finanzkapitals geworden, die durch die Notverordnungspolitik der Brüning- und Preußenregierung ihren entsprechenden Ausdruck findet.**

Not und Elend der werktätigen Massen wachsen weiter an. Der Rive-Magistrat aber diktiert: 300 Prozent Bürgersteuer — Einführung der Getränkesteuer. Wie lange soll das noch so weitergehen? Wann werden die unerträglichen Lasten für die Massen ein Ende haben?

Nur die Kommunisten waren in der Lage, auf diese Frage eine klare Antwort zu geben. Das Notprogramm der Kommunisten zeigt den Weg aus dem Elend: Für die Armen — gegen die Reichen! Her mit den finanziellen Mitteln für das notleidende Volk! Fort mit den Riesengehältern, mit den Ausgaben für Polizei, Flughafen und Kirche! Besteuerung der Besitzenden, der großen Vermögen und Einkommen! Dieses Notprogramm wurde gestern abgelehnt!

Abgelehnt vom Bürgerblock, von den Mathy, Hirsch und Konsorten!

Abgelehnt von den Sozialdemokraten!

Abgelehnt von den Nationalsozialisten!

Die Kommunisten aber riefen gestern allen Werktätigen zu: Ueberall in den Betrieben, auf den Stempelstellen in den Wohnvierteln gilt es die Werktätigen zum Kampf für die Forderungen des Notprogramms der KPD aufzurütteln! Nur durch den Kampf kann das werktätige Volk seine Lebensinteressen verteidigen und seine Freiheit erringen!

Sitzungsbericht

Nach Eröffnung der Sitzung verliest der Vorsteher Busse das Notprogramm der Kommunistischen Stadtverordnetenfraktion, das als Dringlichkeitsantrag vorlag. Vor Eintritt in die Tagesordnung protestierte Genosse Preßsch gegen die Nichtzulassung von einigen Vertretern städtischer Betriebe zur Fraktionssitzung der Kommunisten, die wegen einiger dringenden Betriebsangelegenheiten vor der Stadtverordnetensitzung im Stadthaus stattfinden mußte. Eine Vorlage zur Genehmigung der Mittel für den Ausbau einer Teilstrecke des Collenbeyer Weges wird angenommen. Der kommunistische Antrag, diese Arbeiten durch die Stadt in eigener Regie vorzunehmen, um den Arbeitern der Tiefbauverwaltung weiterhin Beschäftigungsmöglichkeiten zu geben, wird vom Bürgerblock und der SPD abgelehnt. Am 15. September hat die Stadt mit dem Reichsfiskus einen Vergleich abgeschlossen. 8 Wochen später, also am 16. November, wird die Stadtverordnetenversammlung „schon" um Zustimmung zu diesem Vergleich ersucht. Genosse Günther bezeichnet ein solches Verfahren des Magistrats als Lächerlichkeit.

Alsdann wird in die „Besprechung" des letzten Notverordnungsdiktats des Magistrats eingetreten, das der Hallischen Bevölkerung die Getränkesteuer, die 300prozentige Bürgersteuer und ungeheuerliche Abbaumaßnahmen beschert hat. Hierzu spricht als erster Redner Mathy, der Vertreter der Leuna-Gewaltigen. Mathy beriefsich auf eine bereits im Haushaltsausschuß angenommene lendenlahme Protestentschließung des Bürgerblocks. Dieser Bürgerblock-„Protest" ist ein erbärmliches Manöver. Es ist in der Tat das erstemal, daß der Bürgerblock gegen eine steuerliche Belastung der Bevölkerung „protestiert". Nun, die neuen Steuern sind ja schon längst beschlossene Sache, sind ja vom Staatskommissar: Magistrat — diktiert worden. Warum soll der Bürgerblock angesichts dieses „fabelhaften" Sachverhaltes nicht einen frisch-fröhlichen Protest loslassen? Mit diesem billigen Manöver werden die Mathy und Konsorten ihre Verantwortung und Beihilfe an allen Verschlechterungen der letzten Zeit gegenüber der werktätigen Bevölkerung Halles nicht verdecken können.

Herr Rive jammert: „Wir sind am Ende unserer Kraft!"

Als nächster Sprecher erhebt sich der Oberbürgermeister Rive. Man merkte es Herrn Rive während seiner klagenollen Rede an, daß ihm schwere Sorgen bedrücken. Allerdings keine persönlichen Sorgen, sondern Sorgen um jene Gesellschaftsordnung, deren Vertreter er ist und deren Zerfall immer katastrophaler wird. Aus dem Jahrhunderte alten Gebäude der Selbstverwaltung sei durch die letzten Notverordnungen Stein um Stein herausgebrochen worden. Wie ist das wohl gekommen? So fragte gestern Herr Rive und tat so, als wundere er sich darüber. Vor einigen Monaten habe man noch vor dem berüchtigten Staatskommissar gewarnt. Und heute? „Heute" — so erklärte Herr Rive —

„heute ist der Magistrat der Staatskommissar selber."

Rive versuchte das diktatorische Vorgehen des Magistrats mit dem Hinweis zu rechtfertigen, daß im anderen Falle die Mittel des Reiches dem Magistrat — es sollen jetzt 924 000 Mark sein — gesperrt worden sein. Schließlich machte Herr Rive den kühnen Versuch, die Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise aufzuspüren. Im Juni sei in der Stadtverordnetenversammlung das Wort gefallen: „Die Stadt Halle ist bankrott!" Am darauffolgenden Tage seien in Halle von den Sparkassen bedeutende Abhebungen zu verzeichnen gewesen. Heute ist die Stadt Halle nicht bankrott, denn sie habe die Zahlungen nicht einzustellen brauchen „und" — so rief Rive mit erhobener Stimme — „die Stadt Halle wird niemals bankrott machen!" (Großes Gelächter.) Wir wollen mit Herrn Rive nicht darüber streiten, ob er Recht hat oder nicht. Möge er mit seinen prophetischen Redensarten sich und seine Mannen beruhigen. Offenbar aber glaubt Rive selbst nicht an seine Prophezeiungen, denn nachdem er lange über die Tributzahlungen als Ursache der Krise gejammert hatte, rief er mit hoffnungsloser Geste und weinerlicher Stimme in den Saal:

„Aber wir können uns doch nicht dauernd mit Protesten begnügen! Wir sehen ja gar keinen Ausweg! Wir sind am Ende unserer Kraft angelangt!"

Zum Schluß rief er dann seinen Freunden die tröstlichen Worte zu: „Jetzt muß es besser werden." Erst sagte Rive, daß Halle niemals bankrott machen werde, dann jammert er, daß die Stadtverwaltung am Ende ihrer Kraft sei. Wie sich so etwas zusammenreimt, das überlassen wir der Beurteilung der Bevölkerung. Dem Genossen Behnke blieb es in einer glänzenden Kampfrede vorbehalten, die

völlige Ausweglosigkeit des Bürgertums

und der reaktionären Kommunalbürokratie zu beweisen. Die Kommunisten haben bereits im Frühjahr bei den Etatberatungen Vorschläge im Sinne der Linderung der Notlage der Werktätigen gemacht. Auch damals hat Herr Rive bereits seinen „goldenen Optimismus" zum besten gegeben und erklärt, daß es in absehbarer Zeit besser werden würde. Es wurde aber nicht besser, sondern immer schlimmer. Und selbst der Arbeitsminister Siegerwald hat jüngst in einer Rede zum Ausdruck gebracht, daß das Jahr 1932 in finanzpolitischer Hinsicht das schlimmste Jahr sein wird. Dieser Optimismus des Hallischen Oberbürgermeisters ist nichts als eine Selbsttäuschung. Die bürgerlichen Herrschaften wollen eben nicht zugeben, daß mit der bankrotten kapitalistischen Wirtschaft nichts mehr anzufangen ist (Sehr richtig!). Genosse Behnke nagelte dann die perlogene Demagogie des Bürgerblocks, der sich heute als Hüter der Selbstverwaltung aufspielen will, fest. Als im vorigen Jahre die kommunistischen Stadträte wegen ihres Kampfes gegen die Diktatursteuern ihrer Aemter enthoben wurden, da war der Bürgerblock selbstverständlich für die ungeheuerliche Maßnahme. Der Fraktionsführer Hirsch hat sich bereits bei der ersten Einführung der Negersteuer usw. grundsätzlich für diese Diktatursteuern eingesetzt. Der Bürgerblock ist also der Einpeitscher zur Aufhebung der Selbstverwaltung. Die Sparmaßnahmen, die der Magistrat jetzt vornimmt, erfolgen fast ausschließlich auf Kosten der ärmsten Teile der Bevölkerung. Wenn Rive erklärt hat, daß der Magistrat trotz der schweren Finanzkrise seinen Zahlungsverpflichtungen stets nachgekommen sei, so antworten wir Kommunisten:

Der Magistrat ist seinen Verpflichtungen gegenüber den Opfern der kapitalistischen Krise, gegenüber den Erwerbslosen, Rentnern und Invaliden nicht nachgekommen!

Die Politik des Magistrats ist eine Politik der Verantwortung gegenüber dem bankrotten Kapitalismus. Diese Politik hat zum Ziel, alle Lasten der kapitalistischen Krise den proletarischen Schichten aufzubürden. Die Kommunisten lehnen diese Politik ab. Die Kommunisten fühlen sich nicht verantwortlich gegenüber dem verfaulenden Kapitalismus. Sie fühlen sich nur verantwortlich gegenüber den Interessen der Notleidenden und Hungernden, gegenüber der gesamten werktätigen Bevölkerung.

Dem Steuerdiktat des Rive-Magistrats, der als „Filiale" — wie Rive selbst zugestand — des kapitalistischen Staates zum Werkzeug des Finanzkapitals geworden ist, stellen die Kommunisten das Notprogramm der Werktätigen entgegen. Dieses Programm der Kommunisten, das bereits in einer großen öffentlichen Einwohnerversammlung begeisterte Zustimmung fand, beruht auf dem Prinzip:

Hilfe für die Armen, alle Lasten für die Reichen!

Das kommunistische Notprogramm ist eine Kampfansage; es bedeutet, daß sich die notleidenden Massen zum Kampf für diese Forderungen zusammenschließen müssen. Die revolutionäre Einheit aller Unterdrückten wird auch diesen Kampf für Arbeit und Brot zum Siege verhelfen.

Nach seinen von den Kommunisten mit Beifall aufgenommenen Ausführungen verliest Genosse Behnke folgende

Entschließung der kommunistischen Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung erhebt schärfsten Protest dagegen, daß durch die preußische Notverordnung vom 12. 9. 1931 das Selbstverwaltungsrecht auch in seinen letzten Ueberresten für die Gemeinden aufgehoben ist. Ferner erhebt die Versammlung schärfsten Widerspruch gegen den Erlaß des Reichsministers der Finanzen vom 18. 9. 1931, welcher ein ständiges Steuerdiktat insofern festlegt, als die Reichshilfe für die Gemeindewohlfahrtsfürsorge von der Erhebung bestimmter neuer Steuern abhängig gemacht wird.

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt diese „Maßnahmen des Magistrats zur Sicherung einer geordneten Fürsorge und zum Haushaltsausgleich" ab, weil die Einsparungen, Lohnabbau, Gehaltsabbau, Fürsorgekürzungen und allgemeine Verschlechterung der Lebenslage der werktätigen Massen bedeuten.

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt auch aus dem Grunde ab, weil die neuen vorgeschlagenen Steuern für die Hallische tätige Bevölkerung unragbar sind.

Die Stadtverordnetenversammlung betont, daß in diesen Ablehnungen und Protesten gleichzeitig der schärfste Protest gegen die Notverordnungspolitik der Brüning-Regierung und der preußischen Regierung zu erblicken ist.

Genosse Kunz beantragte dann die Zulassung einer Delegation der Erwerbslosen. Busse lehnte Namens der Bürgerblock-Beifallsgejohle der Bürgerblockleute ab, weil dies nicht in Gepflogenheiten des Hauses" gehöre. Auf den Protest gegen Auffassung erhielt Genosse Kunz einen Ordnungsruf. Die Zulassung der Delegation wurde dann mit den Stimmen des Bürgerblocks abgelehnt. Die SPD-Fraktion entschied sich nach einigem Zögern für den Antrag auf Zulassung.

Bürgermeister Welthuysen gab folgende Erklärung: „Wenn nicht außergewöhnliche (!) Verhältnisse eintreten, hoffe (!) die Stadtverwaltung ohne weitere Kürzung (!) die Unterstützungen in diesem Winter auszahlen zu können." Die Kommunisten rufen dem Bürgermeister zu: Die Erwerbslosen fordern Erhöhung der Unterstützung"!

Der Fraktionsführer der SPD, Peters, schlug andere Töne an und tat so, als ob er den ganzen Bürgerblock entlarven wollte. Interessant in seinen phrasenreichen Ausführungen war die Bemerkung, daß die Aufhebung der Selbstverwaltung in bestimmten Situationen nicht zu umgehen sei.

Dann versuchte Herr Dr. Hirsch eine Rede herunterzuleiern. Nach einem kleinen Streifzug durch die Jahrhunderte erklärte dem Magistrat den väterlichen Rat, die Steuerzahler nicht zu verärgern anzufassen. Nach seiner Meinung müsse der gute Wille, die „Steuerfreudigkeit" des Steuerzahlers angeregt werden, denn mit dem Zwang sei heute nichts mehr zu erreichen. (Das hat Hirsch auch schon gemerkt.) Zum Schluß machte Herr Hirsch die interessante Mitteilung, daß die Arbeitslosigkeit „schwere Volkskrankheit" geworden sei. Die unglückliche Rede Herrn Hirsch wurde mit großem Gelächter quittiert. Das war auch der Grund, weshalb Busse den Genossen Kunz und Rohr und der Genossin Lehmann ohne jeden Grund Ordnungsrufe erteilte.

Der Ortsgruppenführer der Nazis, Czarnowski, der der Versammlung mit, daß der einzige, der den Laden kennen könne, Adolf Hitler wäre. Dann teilte er mit, daß die Nazifraktion an dem Wort „werktätige Bevölkerung" in der kommunistischen Resolution Anstoß nehme und deshalb nicht für die Resolution stimmen könne. Trotzdem aber wollen die Nazis „Freunde" der Werktätigen sein. Den Schwindel glaubte aber niemand.

Der Vizepräsident Barthel wünscht, daß Rives Optimismus Erfüllung finden möge. (Unseren Segen hat er.)

Genosse Lüttich entlarvte die Demagogie der SPD-Sprecher keinerlei Vorschläge machen konnte, um die Interessen der Werktätigen wahrzunehmen. Nach einer scharfen Polemik Genossen Paul Müller gegen den Magistrat stellte Genosse Helm-Pode den Antrag auf Schluß der Debatte und Abstimmungen wurde die Entschließung der KPD durch die Einheitsfront Bürgerblock-SPD und Nazis abgelehnt. Auch das Notprogramm der KPD wurde von den drei arbeiterfeindlichen Fraktionen abgelehnt. Die SPD stimmte mit den Nazis gegen die Forderungen der Kommunisten, mit Ausnahme der Streichung der Ausgaben für Museum und Kunstgewerbeschule. Dagegen stimmte die SPD dafür, daß der Kirche nach wie vor 29 000 Mark in den Hals geworfen werden. Die hungernden Erwerbslosen sollen ja versuchen, mit frommen Bibelsprüchen satt zu werden.

Die Bürgerblockfraktion hatte beantragt, für die Jugendherbergstätten 1000 Mark zur Verfügung zu stellen. Genosse Kunz begründete diesen Antrag in scharfer Form Stellung. Die, von der Bourgeoisie aufgezogenen Jugendwerkstätten sind nur eine Vorstufe der Arbeitsdienstpflicht und haben den Zweck, die werktätige Jugend unter den Einfluß der Reaktion zu bringen.

Die schwarzweißrote Pleite

Am Freitag sollte in einer Mitgliederversammlung der Deutschnationalen im „Nikolaus" der Landtagsabgeordnete Steuer-Kassel sprechen. Da er aber nicht erschienen war, versuchten drei andere Bannerträger der Hugenbergfront die „schwarzrote Pleite" des Brüning-Systems zu charakterisieren. Der erste Redner „von Schlaudendorf" warf sich in die Brust und erklärte: „Die Deutschnationalen haben es nicht nötig, ihre Gegner zu beschimpfen." (Er hat sicherlich dabei nicht an die brave Saaleiante gedacht!) Die Gegenüberstellung von Hugenberg und Brüning bildete den Inhalt seiner phrasenreichen Rede.

Als zweiter Redner produzierte sich der „berühmte" Hallische Stadtverordnete Poche, der an Hand eines sehr interessanten Zahlenmaterials „bewies", daß Brünings letzte Stunde kurz bevorsteht.

Der dritte Redner, ein gewisser Schwarz, holte sehr viele Tafeln und Statistiken hervor, um die Herrlichkeit des „glorreichen Wilhelm" und den Niedergang der jetzigen Republik zu beweisen. In Deutschland gibt es 200 pensionierte Minister und — 120 000 Gerichtsvollzieher sowie 90 000 Finanzbeamte. Im übrigen erzählte er dasselbe wie seine beiden tüchtigen „Vorbeter".

Etwa 80 Mann — ob das die ganze Deutschnationale Partei von Halle ist? — hatten sich im „Nikolaus" eingefunden und lauschten ergriffen den Worten ihrer Führer. Ja, es war eine ganz stattliche Zahl fetter Spießer, aber Proleten gabs keine im Saal. Anders kann es ja auch nicht sein!

Drescher mit dem Knüppel

In unserer Zeitung ist durch ein Mißverständnis am Telephon ein Satz in den Artikel „Mitteldeutsche Metallbetriebe bereiten Kampf gegen Lohnraub vor" gekommen, der berichtigt werden muß. Es muß heißen: „Bei Eberhard gelang es dem Bonzen Drescher, einen RGO-Vertreter mit dem Wirt (nicht mit dem Knüppel) aus der Versammlung herauszubringen." Der Wirt des Versammlungslokales pochte mit Drescher auf das sogenannte Hausrecht. Wir stellen das sofort richtig. Die Bonzokratie würde sonst ein halbes Jahr lang von falscher Berichterstattung das „Klassenkampf" schwafeln. Im übrigen könnte man sich den Bonzen Drescher mit dem Knüppel gegen einen RGO-Vertreter auch schlecht vorstellen.

Ansammlungen auf dem Marktplatz!

Der Polizeibericht meldet: Aus Anlaß der am 16. November abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung versuchte gegen 16.30 Uhr eine große Anzahl Personen auf dem Marktplatz Ansammlungen zu bilden. Mehrere Trupps wurden zerstreut. Zu besonderen Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Brunstzeit in den Berggehegen des Zo

Bei allen Tierarten, die in Gegenden leben, die ihnen zu gewissen Jahreszeiten besonders günstige Ernährungsbedingungen bieten, geschieht die Fortpflanzung so, daß die Jungen zur günstigen Zeit zur Welt kommen. Das bringt manchmal höchst eigenartige Verhältnisse hervor. So fällt das Brunstgeschäft der Kreuzschnabelarten fast immer in die Jahreszeit, in der sie wegen der ungünstigen Verhältnisse fast alles Leben in der Natur für erloschen hält. Mitten im Winter trifft man dann Kreuzschnabelnester mit junger Brut an. Beim Reh, aber auch bei Bär und dem ihm nahestehenden Marder macht das Jungen im Mutterleibe eine höchst eigenartige Ruhepause durch, um ja zur richtigen Zeit auf die Welt zu kommen.

Nachdem die Brunstzeit unserer Rothirsche, an welche ich des Damhirsches angeschlossen hat, zu Ende ist, treten jetzt die Bergziege in die Brunst, und man kann nunmehr auf dem Gemsbock mit gestrüubtem Bart — so nennt man bekanntlich die langen Haare des Rückens — und weit heraushängender Zunge laut „blädernd" seinen Auslauf durchstürmen hören. Aehnlich verhält sich auch unser prachtvoller Steinbock, der bekanntlich etwas später als unser Gemsbock mit der Brunst beginnen sollte. Beide Wildarten sind jetzt ständig in Bewegung und bieten nicht nur dem Jäger einen wundervollen Anblick.

Diebstähle auf dem Friedhof. Auf dem Diemitzer Friedhof haben in den letzten Tagen Diebe ihr Unwesen getrieben. Sie haben von einer Anzahl von Gräbern den frischen Grabschmuck, wie Kränze, Blumen usw. entwendet, und werden wohl versuchen, diese wieder zu verkaufen. Als Täter kommen drei Personen in Frage, die sich auf dem Friedhofe in verdächtiger Weise beschäftigen machten. Ihre Festnahme konnte bisher noch nicht erfolgen.

Rundfunk-Program

Mittwoch, 18. November

6.30 Uhr: Funkgymnastik. 7—8.15 Uhr: Frühkonzert. 8.30 Uhr: Gymnastik. 9—10 Uhr: „Die Talentsteuer". 11 Uhr: Große Neder, Friedrich Wilhelm macht: „Ueber die Religion". 11.30 Uhr: Hanns Johst liest seine Novelle „Begegnung". 12 Uhr: Mittagskonzert. 14 Uhr: Wetterverschlag und Börsenangabe. 14.15—15.45 Uhr: Kammermusik. Steffauer Streichquartett. 15.45 Uhr: Für die Jugend: „Die Sternsänger". 16 Uhr: Unterhaltungskonzert. 18 Uhr: Wettlesen und Musikshen. 18.30 Uhr: Die Kriegsgefangenen. 19 Uhr: Huttens letzte Tage. 20 Uhr: Buntes Konzert. 22 Uhr: Nachrichtendienst. Funkstille.

Wir wird das Wetter

Mittwoch: Ruhiges, diesiges, ziemlich trübes Wetter. Neigung zu Sprühregen, zu hohen Hartlagen leichte Schneefälle. Temperatur unverändert. — Donnerstag: Aufheiterung. Wetters und sinkende Temperatur wahrscheinlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311117-13/fragment/page=0008

23 Gräfenhainicher Arbeiter vor Gericht

Der Kampf der Gräfenhainicher Arbeiter im Mai dieses Jahres gegen den Abbau der Unterstützung

Am Montag früh, um 9 Uhr, fand im Schwurgerichtssaal des Landgerichts in Halle ein politischer Prozeß statt. Man hatte nur wenige Karten für Zuhörer ausgegeben, obwohl es 80 Plätze im Verhandlungssaum gibt. Die wartenden Zuhörer hören plötzlich im Saal ein donnerndes „Rot Front!" Sie wissen: Die 22 anwesenden Arbeiter aus Gräfenhainichen haben den 23. Angeklagten begrüßt, der schon im Gefängnis saß und den sie nun zum ersten Male wiedersehen. — Die mit Karten versehenen 25 Zuhörer werden eingelassen. Hinter dem grünen Tisch sitzen die drei Richter, 2 Schöffen, der Staatsanwalt und ein Urkundsbeamter. Rechts sitzen die 23 Angeklagten, ihnen gegenüber der Verteidiger. Zeugen sind erst für den 2. Verhandlungstag geladen. Nach dem Namensaufruf der Angeklagten und ihre Personalienfeststellung nimmt allein eine Stunde in Anspruch. Es wird festgestellt, daß ein Angeklagter den Zug aus Gräfenhainichen verpaßt hat und erst am Nachmittag eintreffen wird.

Nach der Personalienfeststellung beginnt die eigentliche Verhandlung. Aus der Verlesung der Anklageschrift und den allgemeinen Fragen des Vorsitzenden ergibt sich der Tatbestand: Den Arbeitern von Gräfenhainichen war die Unterstützung um 1 Mark pro Woche gekürzt worden. Auf Vorhalt des kommunistischen Funktionärs gegenüber dem Bürgermeister versprach dieser, für die Auszahlung des alten Satzes zu sorgen, nachdem er mit dem Landrat Rücksprache genommen hätte. Als wieder vergeßerte er die Verhandlungen, ließ sich nicht sehen und unternahm nichts. Am 21. Mai d. J. wurde durch Pfeifen auf der Straße zu einer Erwerbslosenversammlung am Nachmittag eingeladen. Um 2 Uhr fand diese Versammlung statt. Es wurde über die Gräfenhainicher Erwerbslosenfrage gesprochen. Anschließend an diese Versammlung zog die erregte Masse von 200 Mann zum Rathaus und verlangte, den Bürgermeister zu sprechen. Die Erwerbslosen gingen in das Rathaus und ließen den Wohlfahrtsdezernenten herbeiholen und verhandelten mit ihm. Dabei ist es zu Tätlichkeiten gegenüber dem Wohlfahrtsdezernenten gekommen.

Später wurde die Unterstützung in alter Höhe wieder ausgezahlt.

Als erster wird der Angeklagte Uhlig vernommen. Er sagt aus, in der Erwerbslosenversammlung gesprochen zu haben. Er erzählt, wie er den Wohlfahrtsdezernenten Schirmer geholt hat, mit anderen Genossen zusammen. Aber er bestreitet, den Schirmer zum Rathaus gestoßen zu haben. Er ist Kommunist und betont das mit besonderem Stolz und Klassenbewußtsein. Auch Genosse Schäffner gibt an, als Vorsitzender des Erwerbslosenrats in der Versammlung gesprochen zu haben. Auf besonderen Wunsch der Menge hat er mit dem Bürgermeister und dessen Stellvertreter verhandelt.

Der Vorsitzende behauptet, daß die Erwerbslosenversammlung politischen Charakter getragen habe, weil der Angeklagte Hugo Müller aufgefordert habe,

in die Kommunistische Partei einzutreten, da nur diese die Forderungen der Erwerbslosen vertritt.

Sämtliche Angeklagten widersprechen dem, da solche Aeußerungen in jeder Versammlung fielen. Außerdem hatte Genosse Müller nur in der Diskussion gesprochen.

5 Frauen sind unter den 23 Angeklagten.

Auch sie verhalten sich tapfer. Man hat sie und den größten Teil der übrigen Arbeiter angeklagt, am Zuge zum Rathaus teilgenommen zu haben und mit hineingegangen zu sein.

Um 2 Uhr werden wieder nur 25 Zuhörer hineingelassen. Der Presetisch ist stärker besetzt. Genosse Herter wird vernommen. Er soll vor das Rathaus gezogen sein und außerdem Schirmer beleidigt haben. Darauf wird der Zeuge Rieger vernommen. Es kommt zu erregten Debatten zwischen den Angeklagten und dem Zeugen, als der Zeuge behauptet, gesehen zu haben, wie Uhlig den Schirmer zum Rathaus geschleppt haben soll. Dazu will er noch einige Genossen im Zuge zum Rathaus erkannt haben. Aber dann widerspricht er sich; man muß ihm sein Protokoll dreimal vorlesen. Schließlich behauptet er nur noch, drei Angeklagte mit Bestimmtheit erkannt zu haben. Von den übrigen kann er nichts Genaues sagen. Die Verhandlung wurde dann auf Dienstag vertagt.

Sämtliche Angeklagten machten einen ausgezeichneten Eindruck. Ueber den Verlauf der weiteren Verhandlungen werden wir noch berichten.

Rote Jungsportler im Angriff

Große Aufregung herrscht bei den bundestreuen Sportlern. Mit trauriger Miene sehen die Festerling und Co. in Halle als auch im Bezirk, daß die Arbeitermitglieder ihre Reihen verlassen und zur roten Sportbewegung stoßen. Vor allem ist es die Jugend, die sich in Scharen von den Verrätern und Spaltern der Arbeitersportbewegung wendet und Kampfstellung bezieht. Mit Stolz können wir heute berichten, daß die Mehrheit der Jugend in unserem Lager steht, und die anderen werden den Weg zur roten Front auch noch finden. Wie sollte es auch anders sein. Soll die Jugend zu solchen Leuten stehen, die und deren Parteifreunde der Jugendlichen die Sportplätze, die Turnhallen, die Jugendheime um entziehen? Nein, niemals. Es ist noch nicht vergessen, daß der Parteigenosse Festerlings, der sozialdemokratische Regierungspräsident, der Herr von Harnak, uns die Heime und Plätze entzog, daß er es war, der Anweisungen an die Kommunen und Gemeinden ergehen ließ, die

Zuwendungen für Jugendpflege zu streichen.

Um den Schwund der Jugend in ihren Reihen einigermaßen aufzumachen, planen die Reformisten am Bußtag in Halle einen „eingelegten" Jugendwerbetag durchzuführen. Gemeinsam mit Alter und der Jugend der freien Gewerkschaften soll der Rummel „Volkssport" steigen. Wer dabei gewinnen soll, das soll die SAJ sein. Als man diesen Plan am 27. September in der Gemeinsitzung des ADGB, Bezirk Halle, ausheckte, war der Gedanke, wo an diesem Tage Jugend herbekommen, groß. Und

Städte-Fußballspiel
Stadt — Land
Mittwoch, den 18. Nov. (Bußtag)
14.30 Uhr
auf dem **Sportplatz Brandberge**

die sogenannte „bundestreue" Jugendvertreter erklärten, sich nicht zum Kakaien der Bürokratie und zum Büttel für die bankrotte SAJ herabwürdigen zu lassen. Gegen die Hetze gegen die roten Sportler, denen man zeigen müßte, daß auch noch Jugend da ist, setzten diese Genossen das Bekenntnis, mit den roten Brüdern zu kämpfen. Karl Schöne, seines Zeichens Bezirksjugendleiter bei den Reformisten ohne Jugend, wird am kommenden Bußtag, am Bußtag, allein mit drei oder vier Getreuen „Volkssport" sein und vergebens Ausschau nach der Jugend halten.

Die Jugend jedoch wird bei den roten Sportlern sein.

Die roten Jungsportler greifen an. Am Bußtag werden sie zahlreich auftreten, die wertätige Jugend für die rote Sportbewegung gewinnen und die Pleite der Reformisten besiegeln. Die roten Jungsportler aus dem Bürgerlichen und bundestreuen Lager, besucht am Bußtag unsere Veranstaltungen, meidet nicht das der Spalter, der Festerling, Schöne und Konsorten. Nach der Veranstaltung im „Volkssport", die man wegen des „großen Massenbesuches" wird abbrechen müssen, ist der Beweis erbracht, daß wertätigen Jugend am Bußtag. Treffpunkt aller roten Sportler, einerlei ob im bürgerlichen, bundestreuen oder Sportverein stehend, sind am Vormittag die Sportplätze der roten Sportler. Ueberall werden sie ihr Können unter Beweis stellen, das weit denn der Reformisten, auch von der technischen Seite gesehen, überlegen ist.

Auch unsere jüngsten Streiter wollen an diesem Tage des Kampfes gegen die Reformisten nicht zurückstehen.

Die Kinder treffen sich Bußtag vormittag auf dem „Sarrasani-Platz" (Alte Schloßter- und Merseburger Straße). Selbst sie wollen den Kindern ihr Können zeigen und so mit für uns werben für die Pleite der „Bundestreuen" vervollständigen. Unter Führung der Kinderabteilung des Zentralvereins treffen sich unsere Kinder und wir fordern alle Arbeitereltern auf, ihre Kinder dort zu entsenden.

Der Abend ist für alle Jungsportler — insbesondere sind die Jungsportlerischen Lager eingeladen — und die, die es werden wollen, Treffpunkt im Saale der Produktiv. Die Jungsportler wollen auch hier abermals ihr Können unter Beweis stellen und den geselligen Kreis nach des Tages Arbeit und Mühen in frohe Stunden verbringen. Das Programm sieht vor:

Lichtbildervortrag, Wehrsportübungen, musikalische Darbietungen.

Jungsportler, schließt die Einheitsfront der sporttreibenden Jugend. Besiegt den Verrätern und Spaltern der Arbeitersportbewegung den langverdienten Fußtritt. Heraus aus den Reihen der Arbeitsdienstpflichtvorbereiter. Kämpft mit uns gegen die Notverordnungspolitiker, gegen Arbeitsdienstpflicht und Faschismus, gegen imperialistische Kriegshetze. Schmiedet die eiserne Front und fordert mit uns:

1. Unentgeltliche Benutzung der städtischen Sport- und Spielplätze und Badeanstalten für alle Jugendlichen.
2. Unentgeltliches Benutzungsrecht der Jugendheime für alle Jugendlichen.
3. Jugendfahrscheine und Fahrpreisermäßigung für alle Jungwerktätigen und proletarischen Jugendorganisationen.
4. Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub.
5. Unterstützung aller Jungerwerbslosen während der ganzen Dauer ihrer Erwerbslosigkeit.
6. Für das Arbeitsbeschaffungsprogramm des KJVD.

Auf in den Kampf! Rote Jungsportler wollen und werden siegen.

Bezirk Halle, Fußballsparte

Spiele am Bußtag, dem 18. November

2682	1/13 Uhr	Erlas Jgd.—Minerva Jgd.	Königs. Sportbrüder
2683	1/14 „	Ammendorf Schüler—Bruchdorf Schüler	Hilbebrecht, Minerva
2684	1/15 „	Stadtmannschaft—Handmannschaft	R. Gerhardt, Gertitz

Alle Spiele werden auf dem Crölmitzplatz ausgetragen. Jeder Arbeitersportler hat zu diesem Spiel die Aufgabe, die Allgemeinbewegung durch sein Erscheinen zu unterstützen. Unsere eigenen Genossen müssen ihre Veranstaltungen stärker denn je besuchen und haben auf jeden Fall die Veranstaltungen der Gegner zu melden. Ein jeder hat noch am letzten Tage die Interessenkreise zu unterrichten. Propaganda zu machen und somit den Erfolg sicherzustellen. Dieses Spiel ist auch insbesondere darum wichtig, um zum 29. November eine vorbildliche Vertretung nach Berlin zu entsenden.

R. Seifkhe.

Alle Funktionäre des Bezirks treffen sich morgen Mittwoch, 12 Uhr, im Lindenhof (Größtig) Stehbierhalle. Beginn der Spiele 1. Klasse pünktlich 14.30 Uhr, 13.30 Uhr die Schüler und 12.30 Uhr die Jugend. Einlaßkarten sind einzuholen in Rietleben bei Kurt Müller und W. Kütter. In Lettin bei Hermann Eurhardt. In Zörbig bei Wolfert. In Pölsen bei Franz Schneider. In Friedrichsschwerz bei Karl Münnicke. In Teicha bei Thieme. In Lübejün bei J. Habel und bei allen Funktionären: Bahbel, Stadtgumeg 10, Schönfeld, Schwetzschestraße 11, Hingst, Diemitz, Mittelstraße 2, Leis, Mansfelder Straße 54.

Bezirk Eisleben, Handballsparte

Börsenspiele für Bußtag, 18. November

13 Uhr	Auerfurt 1—Schraplau alte Sportler	U. Röblingen
13 „	Schraplau Schüler—Oberröblingen Schüler	Schraplau
14 „	Schraplau 2—Oberröblingen 2	Eisleben
15 „	Schraplau 1—Oberröblingen 1	Eisleben

Agitationsbezirk Bitterfeld

Wir weisen nochmals auf den am 22. November 1931 im Volkshaus Bitterfeld stattfindenden Bezirkstag hin. Jede Sparte (Abteilung) hat einen Delegierten zu entsenden. Besonders wo Turnvereinen und Sportvereinen sind, muß eine Genossin delegiert werden, ebenfalls Jugendgruppen müssen delegieren. Die Regierparte tagt im Bürgergarten, alle andern im Volkshaus. Beginn 9 Uhr vormittags.

Am 21. September Sitzung der Bezirksleitung.

Anträge betr. Genehmigung von Turn- und Sportfesten müssen bis 17. November an den Unparteiischen eingesandt werden. Siehe Nr. 43 des „MTSV".

Willy Petermann, Bitterfeld, Gartenstr. 17.

Theater, Konzerte, Vorträge

Opern-Premiere im Stadttheater. Morgen, Mittwoch (Bußtag), geht zum ersten Male in dieser Spielzeit Giuseppe Verdis Oper „Aida" unter der musikalischen Leitung von Generalmusikdirektor Erich Band und der Spielleitung von August Roessler, der an diesem Tage sein fünfundzwanzigjähriges Bühnenjubiläum feiern kann, in Szene. Es werden mit Elisabeth Grunewald, Martha Haupt und Fanny Kilbin, sowie die Herren: Erich Weisbartt, Alfred Grüninger, Walter Rothammer, August Roessler und Walter Streffuß. Die Bühnenbilder entwarf Peter Krausen.

Arthur Schnitzer-Premiere im Thalia-Theater. Morgen, Mittwoch (Bußtag), findet im Thalia-Theater die Premiere von Arthur Schnitzers Schauspiel „Liebelei" statt. Es wirken mit die Damen: Anni Collin-Serden, Gabriele Schneider und Ilse Pfeiffer, die Herren: Hans Alva, Albrecht Petzo, Günther Buchner und Robert Jungk. Regie: Hans Alva. Bühnenbilder: Heinz Behrens.

Walhalla-Theater. Kommenden Mittwoch (Bußtag) findet abends 8 Uhr wohl der interessanteste Theaterabend der Saison statt. Zur Aufführung gelangt im Rahmen eines einmaligen Gastspiels des Komödienhauses, Leipzig, das bekanntlich durch seine literarischen wertvollen Erstaufführungen zur fortschrittlichsten Bühne Deutschlands gehört, das Schauspiel „Es" (Das Schwangerschaft unterbrochen werden) von Karl Schönherr zur Aufführung. Karl Schönherr, der weltberühmte Dichter von „Glaube und Heimat" und „Weibsteufel", wirft in seinem Schauspiel die Frage auf, ob ein mit Tuberkulose behafteter Mann berechtigt sein soll, Vater zu werden. Der Mann, in diesem Falle ein Arzt selbst, der durch mikroskopische Untersuchung feststellt, daß er mit Tuberkulose behaftet ist, verbietet seiner in anderen Umständen befindlichen Frau, das zu erwartende Kind zur Welt zu bringen. Das Schauspiel, das bis jetzt in allen großen Städten in Deutschland und Oesterreich aufgeführt wurde und als Aufklärungsstück für die breiteste Masse dient, wird auch hier größtes Interesse hervorrufen.

Verantwortlich: Gustav Doll, Halle, für den gesamten Inhalt; Arthur Buchert, Halle, für den Anzeigenteil.

Höchstes Lob!
Kann es für unsere neue
Matos m. Gold
Dick Oval
Matos
eine bessere Empfehlung geben, als daß jeder, der sie einmal probiert, in ihr die vollwertige Schwester der berühmten
3 1/3 Pfg.

KÖNIGIN VON SABA ohne
GARBATY
Dick Rund
KÖNIGIN VON SABA
erkennt und begeistert raucht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311117-13/fragment/page=0009

Paul Kauert Brot- und Feinbäckerei
Goethestraße 2 33888

Brot- und Feinbäckerei
Otto Püschel Bitterfeld 33859 Weidenstraße 2

Empfehle als Haustrunk
Braunbier täglich frisch Otto Kubain 33860

Kolonialwaren Erich Ebert
Güterbahnhofstraße 2a 33861

Sämtliche Milch- und Molkereiprodukte liefert frei Haus **Ewald Opitz**
Brehnaer Straße 31 33862

Kaffee-Pötzsch
Mühlstraße 7 33863
5 Prozent Rabatt

Limonaden, Selters, Sauerbrunnen sowie Köthener und Pilsener Bier in Fuß und in Flaschen empfiehlt
Willy Pallwig, Niemegk
Bitterfelder Straße 36 [33887

Sehan Aigner
Heilkundiger
W.-Rathenau-Straße 19 [33962

Das Inserat ist der Wegweiser zum Erfolg!

Walter Schmidt
Dessauer Str. (Ecke Nordstr.)
Konditorei — Bäckerei 33870

Milch u. Molkereiprodukte frei Haus
Otto Kresse, 34159 Holzweißig Weststr. 6

Elsterwerda

Fahrräder — Nähmaschinen sowie Reparatur 34028
Richard Gentsch, Berliner Str.

MODEHAUS GELLE 34029
Rosstraße 5 — Kleiderstoffe, Wollwaren, Konfektion Hauptstraße 16 — Spezialgeschäft für Wäsche und Strümpfe Hauptstr. 45 Garnin.-Spezialb. — Mitgl. d. Rab.-Sparver.

Max Petters 34030
Berliner Straße 39 empfiehlt seine Fleisch- u. Wurstwaren in bekannter Güte
Das Inserat ist der Wegweiser zum Erfolg!

Roßschlächterei
Krümpler Nachfolger, Martin Böttcher empfiehlt prima Fleisch- und Wurstwaren Kalte und warme Speisen — Berliner Straße, Ecke Alterstraße [34032

Reserviert 10 [34057

Besucht die
EDISON-LICHTSPIELE 34058

August Lammert
Blumenhaus: Bahnhofstraße 1
[34059] Gärtnerei: Bismarckstraße 16

Wilhelm Müller, Hauptstr. 14
Eisenwaren — Werkzeuge
34045 Haus- und Küchengeräte

Käse kauft man bei [34056
Julius Müller Hauptstraße 32

Roßlau

Grüne Tanne Verkehrslokal aller Arbeitervereine
34156 Kirchstr. 21

Hausschl. Wurst A. Kratzschmann
34157 Bahnhofstr. 9

Holzweißig

Kolonialwaren, Milch und Molkereiprodukte frei Haus
O. Kranz, 34158 Straße 7

Milch u. Molkereiprodukte frei Haus
Fr. Ziegelmeier, Luisenstr. 20 34160

Milch- u. Molkereiprodukte
liefert frei Haus 33866
Kurt Kasper, Deutsch, Ritterstraße 23

Arbeiter, kauft eure Kolonial- und Backwaren bei 33665
Otto Schräpler, Martinstr. 6

R. ch. Thärichen
Fransstraße 1
33666 ff. Fleisch- u. Wurstwaren

Herm. Michaelis
Optiker-Meister — Hauptstr. 65
Lieferant sämtl. Krankenk. 33668

Löwen-Drogerie
Peterstraße Str. 23
Drogen, Farben, Photo 33667

Landsberg

Louis Hinsche Nachf. 33666
Bahnspedition u. Kohlenhandel

Erich Steining 33884
Lebensmittel, Obst und Gemüse

Seidendorfer Molkereiprodukte
liefert frei Haus **W. Lehmert** [33885

Wscheck
Haus- und Küchengeräte
Seifen, Waschmittel 33965
Hallesche Str. 22

Reformhaus Jungbrunnen
Dessauer Straße 79, neben Brauns
Neuzeitliche Nährmittel 33892

Hermann Henze
Billige Bezugsquelle für
Konfektion, Herrenartikel, Schuhwaren
Walter-Rathenau-Straße 1 33852

Für Rundfunkhörer von Bitterfeld u. Umgegend empfiehlt sich die Störungsstelle
Bismarckstraße 57 33864
C. G. Jürgens

Bitterfelder Möbelhallen
Bismarckstraße 64 33853
Billigste Einkaufsquelle der Arbeiterschaft

Paul Saalmann Brot- und Feinbäckerei
Greppiner Straße 12 33857

Fahrräder, Nähmaschinen, Kinderwag.
33432 H. Schneider, Hallesche Str 27
Einkaufsquelle d. org. Arbeiterschaft

Th. Pötzsch, Gartenbaubetrieb — Kranzbinderei. Frische Blumen u. Gemüse. 33430
Dessauer Straße 24

Prösen

Kaufhaus Lehmann
Hauptstraße 279 34031
Sämtliche Herren-, Damen- u. Kinderkonfektion in größter Auswahl, Wäsche, Kleiderstoffe, Wollwaren, Gardinen, Bettfedern sowie sämtliche Schuhwaren

Großtreben

Konsum-Verein Großtreben
Einkaufsquelle der org. Arbeiterschaft
33704 Tel. 253

Wittenberg

Prima Fleisch- u. Wurstwaren
Albert Nörnberg, Bahnstraße 1
Lieferant des Konsum-Vereins 33398

Kauft Kohlen im Konsumverein
bei 5% Rückvergütung 33370

Besuchen Sie **Koppes Speiserestaur.**
33374 Schloßstraße 17

Helft unseren 33396
politischen Gefangenen!

Brauerei Donhausen 33378
liefert **Jungbier** frei Haus à Ltr. 22 Pf.

Möbelhaus Lühr
Coswiger Straße 27 33376
Einzelmöbel, Brautausstattungen

Hans Schöne Haus- und Küchengeräte
Eisenwaren — Oefen — Herde 33377
Schloßstraße 20

„Ago"-Betrieb Inh. E. Reitter 33373
Schuh-Rep.-Werkst. Pfaffenstr. 30 u. Gr. Friedrichstr. 3

Fritz Triebel, Jüdenstr. 16
ff. Fleisch- und Wurstwaren 33215

Der organisierte Arbeiter kauft nur im
Stuttgarter Schuhhaus
Markt 25 33216

Besucht die 33217
Filmburg
Mittelstraße 30
bei furiernde Zweiklittheater des Kreises

Auto-Fahrschule 33218
aller Klassen Willy Rühlicke
Moderne Lehrmittel — Schülerstraße 19

Falk-Drogerie 33219
W. Posern — Falkstr. 6
Filiale: Kurfürstenstraße 16

Milchhandlung 33379
F. Thode
Collegienstr. 62, II Hof

Luther-Apotheke
Richard Koepping
Juristenstraße 17 33378
Werbt für Partei und Presse!

Hausfrauen! Kauft das gute 33220
Land- u. Roggenbrot
bei Fa. G. Haubenschild, Pratau. Verkauf bei B. Klug, Schloßstraße 32

Klein-Wittenberg

Schuh-Reparatur-Werkstatt
mit mech. Betrieb **Hermann Krömer,** Dessauer Str. 45
Wittenberg, Schloßstr. 1 u. Kemberg 3371

Treff ● aller Arbeiter
Schützenhaus Inh.: A. Betzler 33372
Coswiger Str. 6

Bitterfeld

Lippinghäuser Margarine 33433

Arbeitshemden u. Wäsche
nur von **Freundner**
33661 Laden und Fabrik Kirchstr. 17

E. F. Grimm
früher Herm. Kühle
33656 Die billige Einkaufsquelle für jedermann!

Lebensmittel
Pa. hausschlacht. [33968
Wurstwaren, Delikatessen
O. Uetter, Weinbergstr. 4

Brauer & Steinbock
Linoleum — Tapeten — Balatum
33879 Weinbergstraße

Otto Merker, Brehnaer Straße 37
Kürschner 33878 Hüte, Mützen

Reserviert Nr. 506 33881

Lebensmittel, hausschl. Fleisch- u. Wurstwaren **Otto Bornmann,** Grünstr. 4 33980

Zigarren-Spezialgeschäft 33882
Paproth, Feldstr. 5

Zuerst zu
Hart
33483 Hallesche Str. 13
Billigstes Textilhaus am Platze

Schuhwarenhaus Ww. M. Henze 33963
Dessauer Str. 82

Otto Ludwig
Röhrenstraße 47
Holzschuh- und Pantinenverkauf

Beerdigungsanstalt u. Sarglager
Paul Kautsch, nur Binngärtenstr. 5 33132

Mühlberg

Konsum-Verein Mühlberg
Lindenstraße 6 / Einkaufsquelle der organisierten Arbeiterschaft
33395

Kauft Lebensmittel bei
Thams & Garfs
Kirchstraße 19 33386

Zahna

Bau- u. Möbeltischlerei, Sarglager
Gebr. Heidel, Jüterboger Str. 55 34181

Feinkosthaus Jerwin
34152 Am Markt — Am Bahnhof

Kauft das gute Land- u. Roggenbrot der 34183 Bäckerei **Thiele, Zalmsdorf**

Delitzsch

Bekleidung kaufst du gut bei Gebrüder Jakubeit! 33901

Walter Seidel, Lebensmittel Delitzsch u. Sandersdorf 33625

Mehl- u. Futtermittel
P. NITZ 33631
Kohlstraße 13

Elektro-Radio-Fachgeschäft
W. Vogel 33628
Bitterfelder Straße 1

Radio-Fachgeschäft P. Schiller
Eilenburger Str. 4 / I. Modernste Apparate, alle Ersatzteile, günstige Zahlungsweise 33624

Kauft und 33637
trinkt die gute
Milch
der Dampfmolkerei Delitzsch

Kauft Mehl und Futtermittel bei
Karl Hitzschke
Bismarck- Ecke Kohlstr., Hof [33626

Gebr. Krulich, Schuhreparaturen 33627
Eilenburgerstr. 5 / Gute Arbeit, solide Preise

Optiker Lange, Markt 15 33629
Kassen-Brillenlieferant

Land- und Roggenbrot
liefert frei Haus Bäcker [33892
Wilh. Zwanzig, Beerendorf

E. Müller liefert frei Haus Beerendorfer Milch und Molkerei-Produkte 33893

P. Küster, Milchgeschäft 33630
Ritterstr. 3, Lieferung frei Haus

Brot- und Feinbäckerei 33632
Hoffmann, Sekuriusstr. 33

Jungbier-Vertrieb 33635
der Brauerei Wittschig, Dessau, gut und schmackhaft! F. Koppehel, Fuststr. 23

Frieda Krebs, Lebensmittel
Beerendorfer Straße 11 33633

Beerdigungsanstalt „Heimkehr"
K. Körsten, Schulstr. 5, Ruf 385 33636

Bäckerei und Kolonialwaren
K. Berge, Körnerstr. 12 33634

Belgern

Konsum- u. Spargenossenschaft für Belgern, Torgau - Dommitzsch - Zeckritz
Einkaufsquelle der organisierten Arbeiterschaft / Fernsprecher 32
33-89

Jüchornewitz

Otto Penzel 33210
Sandweg und Uebergang

Paul Aßmann
Fleischermeister, empfiehlt seine Fleisch- und Wurstwaren bei den Konsumlägern 33702

Billige Lebensmittel bei 33211
Georg Liebau, Schulstraße 129

Kauft die beliebten 33393
MOOKA-Backwaren

E. Frenzel, Hauptstraße 12 33212
Küchengeräte, Eisenwaren

Brehna

Kurt Trümpler, Dorfstraße 33 33213
Brot- und Feinbäckerei

Brot- u. Weißbäckerei 33886
Kurt Grabe Bahnhofstraße 5

Gräfenhainichen

Gebt für die „Rote Hilfe" 33214

Greppin

Willi Schmidt Dübener Str. 15 33218
Farben, Lacke, Tapeten, Linoleum

Karl Obitz
Bäckerei, Kolonialwaren
Neue Straße 25 [33884

Pa. Fleisch- und Wurstwaren
33204 **Oskar Wolf,** Jeßnitzer Str. 2

Hausfrauen! Kauft sämtliche Molkereiprodukte bei
M. Kolofski Wolfener Str. 29 [33865

Biella-Elsterwerda

Losc's Gasthof 34062
Arbeiterverkehrslokal, Hauptstr. 60

Kraupa b. Elsterwerda

Feine Fleisch- u. Wurstwaren
empfiehlt **Otto Conrad,** Bergstraße 177
34063

Mühle Kraupa 34047
liefert ein gutes
schmackhaftes **Landbrot**

Bernhard Lehmann
Bäckerei u. Konditorei
Hauptstraße 114 34046

Döllingen

Alte Lebensmittel
bei **Helene Peiffer**
34061 Gärtnerstraße 21

Petersroda

Prima Fleisch- u. Wurstwaren
K. Nicklisch Wochenmarkt
34154 Bitterfeld

Hettstedt

Reserviert 34085

Lebensmittel **W. Frenzel** 34155
Chausseestraße 6

Küchen, Schlafzimmer, Einzelmöbel billigst bei **BUDE, Tischlerei**
33888 Bitterfelder Straße 44

A. Andrae, Roßschlächterei
Bitterfeld — Greppin 34133

Trinkt das Braunbier der Brauerei Kersten
Zehnitz 34145

Brot- u. Feinbäckerei
Paul Krebs, Kirchplatz 6 33969

„Gumpertus" der Kaminabschluß
Alleiniger Hersteller für Kr. Bitterfeld und Delitzsch 33970
A. Loxa, Brehnaer Str. 23

MAX HENDEL, D. Grube 6
33971 Fahrräder — Reparaturen

Kauft **Leder** 33972
bei Schönbrodt, Mühlstr. 16

PAUL REISSNER, Mühlstr. 21
33973 Gardinen — Wäsche

PAUL ZAPF, Töpferwall 27
Schuhmacherei 33974

Damensalon Gelbke
Ratswall 1 33966

Goldscheider
Kirchstr. 16 33662
Hüte, Mützen, Herrenartikel

R. Rast ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Dessauer Str. 17 — 18
33431

Eilenburg

J. Becker 33351 Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffe u. Baumwollwaren / Kormarkt

Kaufe im **Schuhwarenhaus Franz Werner**
33969 Markt 12

A. Engel Woll- und Baumwollwaren 33380
Bergstr. 83

Licht - Kraft - Radio
33382 Albert Ludwig, Bergstr. 7

Schildau

Kohlen u. Futtermittel 34156
Oswald Wiedemann Wilhelmstr. 9 Tel. Nr. 40

Mohren-Apotheke 33157
und Drogenhandlung — Allopathie und Homöopathie — Markt 9 — Fernspr. 70

Düben (Mulde)

Besucht den **Bürgergarten**
Angenehmer Aufenthaltsort 33180

Torgau

Ernst Rost Wittenberger Straße
Kleiderstoffe, Leib-, Bettwäsche, Schürzen, Damen- und Kinderkonfektion zu auffallend niedrigen Preisen in anerkannt guten Qualitäten 33178 Mitglied des Allgem. Rabattsparvereins

Spare bei der **Kreissparkasse Torgau**
Torgau, im Kreishaus 33390
Dommitzsch im Rathaus
Mockrehna, im Kleinbahnhof

Gut Deine Wahl fällt,
Kaufst Du bei **Ahlfeld**
Torgau, Breite Straße 33391

Kleidung nur bei 33185
Schulze, Kurstr. 9

Obst und Südfrüchte, Gemüse, Fischwaren 33184
Paul Rückert Königstr. 17 Ecke Wallstr.

Besucht das **Elbe-Restaurant**
33183 Fürstenweg 2

Besucht die 33182 **Schuh-Reparatur Werkstatt**
P. Uhlig, Schulzenstraße 11

Leuchhammer

Gebr. Thor Motorfahrzeuge Fahrräder 34051 Nähmaschinen
Reparaturen aller Art

Mückenberg

Kauft bei
Albert Klockow
34034 Bahnhofstraße 170

Dölau b. Halle

Lohnfuhren, Möbeltransporte und Bereinsfahrten übernimmt **A. S oye,** Dölau, Bradwiger Str. 18. Tel. 29
33819

Besucht das Gasthaus
33818 **„Dölauer Heide"**

Photohaus Linke
Dölau, Dorfstr. 11
Photogr. Aufnahmen jeder Art, sowie sämtl. Amateurarb. 44112

Autovermietung bei Tag u. Nacht
Anruf Dölau 20 33176
Otto Reinhardt

Besucht den **Frisier-Salon**
der Dame. Sämtliche Spezial-Artikel 33916
Ingeborg Baß

Dömner Einkaufsquelle
Eigene Dampfbäckerei
Wurth- u. Kolonialwaren 33915
Walter Dietze
Ottomüle, Telef. 27

33910
Reserviert 6

Fr. Friedrich Peuleke
empfiehlt Fleisch- u. Wurstwaren in bekannter Güte. Oststraße 21a 33919

Otto Frenkel 33434 Brot- u. Feinbäckerei, Gr.

Grabdenkmäler
E. Sommer, Dessauer S.

Gambrinus-Bierhalle
33457 Innere Zeitzerstr. 3
Billigste Bierhalle

E. Fickler, Walter-Rathenau-Str. 7. Fabrikerste für Bettzeug / Bettfedern / Daunendecken / Steppdecken / Bettwäsche / Herren- u. Damenhemden

Kauft Salamander-Schuhe
von **August H.**
33659 Walter-Rathenau-Str.

Carl Molt, Bismarckstr.
Fahrräder, Nähmaschinen, Kinderwagen Neu aufgenommen: Radio, Zubehörteile u. Reparatur

A. Berger, Feldstraße
Milch- u. Molkereiprodukte (frei Haus)

Hausfrauen! Kolonialwaren, hausschl. Wurst bei
M. Neumann, Dessauer Str.

Albert Goschikowski
Burgstr. 50
Zigarren, Zigaretten, Tabak

Kauft Herrenbekleidung
Glaser, Torgauer Str. 17

Kaufe bei Freiman
Torgauer Straße 19

Kaufe bei Fitze
Torgauer Straße 47

Immer daran denken:
Nur bei unseren
Inserenten kaufen

Bad Schmiedeberg

Reserviert Nr. 100

Gebt für die Rote Hilfe

J. Altmann Herren- und Knabenbekleidung Scheffelstraße

Reserviert

Herrensalon Seifert
33177 Spitalstraße 30

Reserviert Nr. 10

Paul Schuldt, Fleischermeister empfiehlt seine Fleisch- u. Wurstwaren beim Wochenmarkt. Torgau — Eilenburg

Zschackau

Vereinigte Tischler e.G.m.b.H.
Zschackau, Bez. Halle

Zschackau-Zeckritz

Otto Kötteritzsch
Auto-Reparatur, Motorräder u. Fahrräder, Radio usw.

Zeckritz

Kranzbinderei u. Gärtnerei
sowie sämtliche Gemüse- u. Pflanzen bei Erich Zahn
33703

Damen- u. Herren-Sa
sowie Zigarren- u. Tabakwaren
Bartolomäus, Hauptstraße

Max Sommerfeld, Fleischermeister
Hauptstr. 64, empfiehlt seine
Fleisch- u. Wurstwaren
bekannter Güte

Pratau

Brauerei Irmer
Jungbier frei Haus!

Herm. Dörfel
Landbrot — Bäckerei

Marie Liedtke
Wochenmarkt und Neubau

Langendorf

Paul Pech empfiehlt pa. hausgeschlachtete Fleisch- und Wurstwaren, sowie dem Wochenmarkt in Weißenfels

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311117-13/fragment/page=0010

Unsere Arbeiterkorrespondenten mobilisieren

Ihre Hauptaufgabe: Unterstützung des Kampfes und Werbearbeit in den Betrieben — Ausstellung in Halle: „Wir Arbeiterkorrespondenten unterstützen die Werbearbeit" — Schafft in allen Unterbezirken Arbeiterkorrespondenten-Kommissionen!

Am Sonntag fand in Halle eine Konferenz der Arbeiterkorrespondenten und Redakteure der Betriebs- und Dorfzeitungen des Unterbezirk Halle—Saalkreis statt. Die Bedeutung dieser Konferenz wird schon durch die Tatsache unterstrichen, daß die Arbeiterkorrespondenten des Ruhrbezirkes an die Arbeiterkorrespondenten Mitteldeutschlands ein kurzes Begrüßungsschreiben geschickt haben. Dieses Schreiben lautet:

Werte Genossen.

Zu Eurer, am Sonntag, dem 15. November tagenden Arbeiterkorrespondenten-Konferenz von Halle—Saalkreis entbieten wir Euch unsere brüderlichen Kampfesgrüße. Wir wünschen Euch, daß die Arbeiten Eurer Konferenz reiche Erfolge für die Lösung der kommenden praktischen Aufgaben zeitigt.

Die bevorstehenden großen Wirtschaftskämpfe erfordern die Anspannung aller Kräfte und müssen uns Arbeiterkorrespondenten besonders auf dem Posten finden, da gerade uns die Erfüllung dieser und wichtiger Arbeiten zufällt.

Deshalb betrachten wir es als notwendig, eine engere Verbindung als bisher der Arbeiterkorrespondenten aller Bezirke zu einander herzustellen.

Eure ganze Betätigung muß dem großen Ziel: Schaffung der Einheitsfront aller Werktätigen in Stadt und Land im Kampfe für Freiheit und Brot, gewidmet sein.

Mit kommunistischem Gruß

Arbeiterkorrespondenten-Komitee und Redaktionskollegium der kommunistischen Ruhrpresse.

Das einleitende Referat hielt der Genosse Rieger. Ausgehend von der Kennzeichnung der wirtschaftlichen und politischen Situation wurden im Referat die konkreten Aufgaben der Arbeiterkorrespondenten behandelt. Die Arbeiterkorrespondenten, fest mit den Arbeitermassen im Betrieb, Stempelstelle und Wohngemeinschaft verbunden, sind das Bindeglied zwischen dem werktätigen Volke und den Redaktionen. Sie müssen alles sehen, hören und darüber wahrheitsgetreu der Redaktion berichten. Eine wichtigste Aufgabe besteht darin, durch geeignete Zuschriften, durch Schilderungen der Verhältnisse in den Betrieben, Wohngemeinschaften der Betriebsarbeiter und ihrer Frauen und Kinder mit zur Mobilisierung der Betriebsarbeiter beizutragen. Das ist auch der beste Kampf gegen den Faschismus. Insbesondere ist es Aufgabe der Arbeiterkorrespondenten, beharrlich und immer wieder den Nachweis zu führen, daß Faschismus die einzig mögliche Rettung ist. Doch praktisch muß die Arbeit der revolutionären Arbeiterkorrespondenten werden. Durch Veröffentlichung konkreter Artikel muß die Arbeit der revolutionären Organisationen und ihrer Funktionäre und Mitgliedschaft unter die Kontrolle der Massen gestellt werden. Der Arbeiterkorrespondent, der Betriebszeitungsredakteur müssen Führer und Organisatoren sein. Je mehr und je besser sie das sind, desto mehr wird der „Klassenkampf" und die Betriebs- und Ortszeitungen zum wirklichen Führer, desto besser werden ihre Auflagen sein.

An das Referat schloß sich eine Aussprache an, in der die Erfahrungen ausgetauscht und eine Reihe von Anregungen, wie sie zur Durchführung des „Klassenkampf" so auch für die Betriebs- und Ortszeitungen gegeben wurden. Es wurden folgende konkrete Beschlüsse gefaßt:

1. Es wird ein Pressedienst für die Betriebszeitungsredakteure und Arbeiterkorrespondenten eingerichtet. Der Pressedienst erscheint zweimal erscheinen.

2. Es wird eine Arbeiter-Korrespondentenkommission gewählt, die zur Aufgabe hat, die Arbeiterkorrespondentenbewegung im Bezirksmaßstabe zu organisieren und politisch zu leiten. Die Arbeiterkorrespondentenkommission von Halle-Merseburg wählt auch die Bezirkskommission. Die Arbeiterkorrespondenten aller anderen Unterbezirke werden aufgefordert, Unterbezirks-Arbeiterkorrespondenten-Kommissionen zu wählen.

3. Um einmal zu überprüfen, wie und mit welchem Erfolg die Arbeiterkorrespondenten und Betriebszeitungsredakteure des Unterbezirks Halle-Saalkreis die Werbekampagne der Partei unterstützen haben, wird anläßlich der in 14 Tagen stattfindenden Kontrollsitzung eine Ausstellung organisiert. Diese Ausstellung wird aus Betriebs-, Orts- und Dorfzeitungen und Artikeln und Artikeln aus dem „Klassenkampf" zusammensetzen. Alle in Frage kommenden Genossen werden aufgefordert, einschlägiges Material direkt an die Redaktion des „Klassenkampf" einzusenden.

4. Zur besonderen Unterstützung der Werbearbeit für den „Klassenkampf" verbunden mit gleichzeitiger Mobilisierung der breiten Volksschichten gegen Lohn- und Unterstützungsabbau sollen in den nächsten 14 Tagen folgende Sonderseiten im „Klassenkampf" erscheinen:

„Der Kampf der Ammendorfer Mieter". Manuskript bis bis zum 23. November in den Händen der Redaktion sein.

„Wie wirtschaften die Frauen der Leuna-Proleten?" Manuskript bis bis zum 30. November in den Händen der Redaktion sein.

„Lohnbeutel der Arbeiter und Angestellten aus Halle."

„Aktionsprogramm der KPD Halle — Haushalt der werktätigen Bevölkerung in Halle."

„Jugendnot in der Großstadt Halle."

„Elend und Elend im Saalkreis."

Ein Teil der Arbeiten wurde bereits während der Sitzung verteilt. Am übrigen wird sich die AK-Kommission, die am Dienstag zur ersten Sitzung zusammentritt, mit der Durchführung der gefaßten Beschlüsse beschäftigen.

*

Die Konferenz der Arbeiterkorrespondenten in Bitterfeld war leider nur mäßig besucht, was auf einen organisatorischen Fehler zurückzuführen war. Die Konferenzteilnehmer tauschten lebhaft ihre Erfahrungen aus und beschlossen, am Sonnabend, den 28. November, 20 Uhr, im „Volkshaus", erneut eine Sitzung abzuhalten.

Am schwarzen Brett

Nachstehend veröffentlichen wir die Namen der Ortsgruppen, die im Monat Oktober kein einziges Mitglied für die Partei und keine Abonnenten für den „Klassenkampf" geworben haben:

Merseburg, Heldrungen, Beesenstedt, Radefeld-Freiroda, Strelln, Burgkemnitz, Biehla, Webau, Trebnitz, Stedten.

Gemeinschaft ist dieses beschämende Resultat der Werbearbeit im Monat Oktober nicht etwa auf eine ungünstige Situation zurückzuführen. Nein, die Ursache ist zweifelsohne in unseren Genossen selbst zu suchen. So hat z. B. die Ortsgruppe Heldrungen eine überfüllte Revolutionskundgebung durchgeführt, ein Zeichen dafür, daß auch in Heldrungen die Werktätigen zur Kommunistischen Partei stehen.

Für den Monat November haben sich die genannten Ortsgruppen bestimmte Werbeziele gesetzt. Diese lauten:

Altenburg: 3 Parteiaufnahmen (davon 1 Betriebsarbeiter und 1 Frau) und 2 Abonnenten.

Heldrungen: 10 Parteiaufnahmen (davon 2 Betriebsarbeiter und 2 Frauen) und 3 Abonnenten.

Beesenstedt: 7 Parteiaufnahmen (davon 2 Betriebsarbeiter und 2 Frauen) und 2 Abonnenten.

Radefeld-Freiroda: 4 Parteiaufnahmen (davon 2 Betriebsarbeiter und 2 Frauen) und 2 Abonnenten.

Strelln?

Burgkemnitz: 5 Parteiaufnahmen (davon 2 Betriebsarbeiter und 1 Frau) und 2 Abonnenten.

Biehla: 10 Parteiaufnahmen (davon 3 Betriebsarbeiter und 3 Frauen).

Webau: 3 Parteiaufnahmen (davon 1 Betriebsarbeiter und 1 Frau) und 2 Abonnenten.

Trebnitz: 3 Parteiaufnahmen und 3 Abonnenten.

Stedten: 5 Abonnenten.

Wir werden über das erreichte Resultat berichten.

Halle-Norden ist den Krebs los!

Der Stadtteil hat bereits 54,1 Prozent seines Pressewerbesolls erreicht

Wie wir bereits am Sonnabend mitgeteilt haben, haben die Genossen des Stadtteils Norden auf den an sie durch die Redaktion gerichteten Brief geantwortet. Das Antwortschreiben des Stadtteils Norden lautet:

Halle, 13. November.

An die Redaktion des „Klassenkampf".

Werte Genossen! Auf Grund der öffentlichen Anfrage im „Klassenkampf", betreffend die Pressewerbung, geben wir folgende Erklärung. Die Rechnung mit 34 Prozent stimmt insofern nicht ganz:

1. Bei der drittletzten Kontrollsitzung hatten wir 31 Aufnahmen,

2. bei der zweitletzten Kontrollsitzung hatten wir 34 Aufnahmen,

3. bei der letzten, nach dem Verbot stattgefundenen Kontrollsitzung hatten wir 7 Aufnahmen, zusammen also 41. Dies kann alles von den einzelnen Zellen nachgewiesen werden. Hinzu kommen beiliegende 4 Aufnahmen im November und ein Selbstabholer bei Prinz, Gosenstraße, welcher bis jetzt ebenfalls nicht gemeldet war. So wären es insgesamt 46 Aufnahmen. Das Soll sind 85 Abonnenten, geworben sind 46, ist 54,1 Prozent. Der Stand ist nach Ansicht und Aufstellung der Genossen der Zellen und der Leitung nicht mehr mit Berechtigung im Stadtteil Norden.

Mit kommunistischem Gruß Stadtteil Norden.

Wer wird den Krebs erhalten?

Der Stadtteil Norden ist den Krebs losgeworden. Der Krebs bleibt aber in Halle, und zwar solange, bis das Gesamtwerbesoll für den „Klassenkampf" in der Stadt Halle erreicht ist. Der letzte im „Klassenkampf" veröffentlichte Stand der Werbung für den „Klassenkampf" sah wie folgt aus:

Stadtteil	Soll	Haben	Proz. des Solls
Westen	80	55	68,7
Südwesten	65	43	66,2
Süden	85	47	55,6
Osten	100	46	46
Zentrum	85	38	44,7
Norden	85	29	34,1

Wie bereits oben mitgeteilt, hat der Stadtteil Norden kein Haben auf 54,1 Prozent erhöht. Auch die anderen Stadtteile haben seit der Veröffentlichung des letzten Standes neue Abonnenten geworben. Wir bitten die Stadtteilleitungen, dafür Sorge zu tragen, daß der neue Werbestand auf dem schnellsten Wege der Redaktion mitgeteilt wird. Wir werden am Donnerstag bei der Berichterstattung über die Erfolge der Werbearbeit im gesamten Bezirk die Pressewerbung der Stadtteile von Halle besonders hervorheben und dabei feststellen, welcher der Stadtteile nunmehr im Besitze des Krebses ist.

Die brennendste Aufgabe

Wir stellen zur Diskussion: Die Eroberung der Betriebe in Halle und die Beseitigung der Hauptmängel der Betriebsarbeit

Um es gleich vorweg zu bemerken: die Parteiorganisation befindet sich inmitten der intensivsten Durchführung der letzten Beschlüsse des ZK auf dem Gebiete der Betriebsarbeit. Die Frage der brennendsten Aufgabe der Partei, nämlich die Organisierung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Offensive des Kapitals unter der Losung:

Von der Streikpropaganda zur Führung des Streiks in der Tat!

ist keine Frage der Diskussion. In den Beschlüssen des ZK zur brennendsten Aufgabe der Partei, die gegenwärtig mit allen Kräften in der Praxis durchgeführt wird, heißt es:

„Indem die Partei ihre Hauptkraft auf die Betriebe konzentriert, und ihre eigene soziale Struktur ändert, die Betriebsarbeiter zum Kampf mobilisiert und organisiert, indem sie überall den Kampf um die nackten Lebensinteressen des Proletariats organisiert, schafft sie die Voraussetzungen des Massenstreiks, hebt sie den ganzen Kampf des Proletariats auf eine höhere Stufe, wird sie der entscheidende Faktor in der heranreifenden revolutionären Krise, der unbestrittene Führer aller anderen ausgebeuteten Schichten."

Wenn wir heute die Betriebsarbeit der Hallischen Parteiorganisation die Mängel und Schwächen erscheinen zur Diskussion stellen, so heißt das selbstverständlich nicht, daß wir vor lauter Diskussion die praktische Arbeit vergessen. Jede Diskussion über die Aufgaben der Partei, über die Ursachen unserer Fehler, jede Selbstkritik der Parteiorganisationen an sich selbst kann nur durch die revolutionäre Praxis und deren Erfahrungen erfolgen. Aus diesem Grunde soll dieser Diskussionsartikel auch an ein praktisches Beispiel anknüpfen.

Am Tage vor dem 7. November sollte im Stadtteil Norden nach Arbeitsschluß ein Betriebsmeeting stattfinden. Zur festgesetzten Zeit aber waren vor dem Lokal nur wenige Genossen versammelt, so daß das Betriebsmeeting nicht stattfinden konnte. Ein seitender Genosse erklärte, daß alle erforderlichen organisatorischen Vorbereitungen durch die Stadtteilleitung vorgenommen worden seien. Es waren am fraglichen Tage frühmorgens vor dem Betrieb Handzettel an die Arbeiter verteilt worden, außerdem war eine Notiz in der Presse erschienen. Was soll man jetzt tun? fragte der Genosse. Er verwies dann noch auf die Tatsache, daß viele Parteimitglieder, auch die Mitglieder des KPD, trotz ihres Versprechens, am Betriebsmeeting teilzunehmen, nicht erschienen waren.

Hier stoßen wir also auf einen Kernpunkt der Betriebsarbeit: Ist die Gesamtpartei auf die Mobilisierung der Betriebsbelegschaften eingestellt? Betrachten es alle Parteigenossen als ihre Hauptaufgabe, anläßlich bestimmter Kampagnen (Notverordnungen, Lohnabbau, 7. November — siegreiche Durchführung des Fünfjahrplans) die Betriebsarbeiter aufzurütteln und mit allen Kräften ihre Einbeziehung in die Massenkampagnen der Partei vorzunehmen? Das angeführte Beispiel beweist klar und deutlich: Die Parteimitgliedschaft ist auf diese Hauptaufgabe nicht eingestellt. Mit der schematischen Erledigung von organisatorischen Dingen (Herstellung und Verbreitung von Handzetteln, Pressenotizen usw.) ist allein nichts getan. Hier liegt eine entscheidende Schwäche unserer Betriebsarbeit.

Vier Fragen

Welche Mittel müssen angewandt werden, um diese Schwäche zu überwinden, um zu erreichen, daß die gesamte Parteimitgliedschaft die Betriebsarbeit als brennendste Aufgabe der Partei erkennt?

Welche Methoden müssen angewandt werden, um den letzten Parteigenossen auf diese Hauptaufgabe einzustellen und ihn zur aktiven Mitarbeit bei der Durchführung derselben zu bewegen? Die Frage bezieht sich auch auf Genossen, und Genossinnen, die nicht in den Betrieben stehen.

Welche konkreten Schritte muß eine Parteileitung unternehmen, um irgendein betriebliches oder außerbetriebliches Ereignis zum Anlaß einer Kampagne innerhalb des Betriebes zu machen? (Beispiele: Terrorfeldzug der Bourgeoisie gegen die Organisationen der Arbeiterklasse, Verbotswelle gegen die revolutionäre Presse, neue Massenstreuern durch Notverordnungen, Abbau der Löhne im Betrieb, Entlassungen von Arbeitern usw.)

Was ist zu tun, um die Verbindung der Parteileitungen zu den Betriebszellen zu verbessern oder dort, wo eine solche Verbindung überhaupt noch nicht besteht, dieselbe schnellstens herzustellen.

*

Wir fordern alle Parteigenossen, insbesondere die Leitungsmitglieder, Instrukteure und Betriebsarbeiter auf, sich zu diesen Fragen zu äußern und ihre Antworten der Redaktion des „Klassenkampf" zu übermitteln. Dabei bemerken wir besonders, daß es nicht nur darauf ankommt, unsere Schwächen und Mängel festzustellen und offen auszusprechen. Es kommt in erster Linie darauf an, Vorschläge zu machen, Methoden herauszuarbeiten, Mittel und Wege zu finden, um all diese Schwächen und Mängel zu beseitigen und die Gesamtkraft der Partei gemäß den Beschlüssen des ZK auf die Betriebe zu konzentrieren.

Allen Genossen empfehlen wir zum Studium der Probleme der Betriebsarbeit folgendes Material:

Rundbrief des ZK an alle Parteimitglieder über die brennendste Aufgabe der Partei.

„Parteiarbeiter", Heft 9 und 11.

„Die Internationale", Heft 10 (Artikel von Samatzky: Die Rolle der Betriebe und die Ueberwindung der Haupthindernisse in der Betriebsarbeit.)

Bericht der SPD-Rußlanddelegierten

Sonntag, 22. November, früh 9 Uhr im „Dianasaal" Zeitz

Belegschaften, Organisationen, wählt Delegierte, die sich die Berichte anhören und euch erzählen sollen, was die sozialdemokratischen Kollegen in Sowjetrußland gesehen haben. Nehmt auch selbst als Gäste an der Konferenz teil!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311117-13/fragment/page=0011

AUS DEM BEZIRK

Dienstag, den 17. November 1931.

Internationale Solidarität

A.-K. Belgern. In einer glänzend besuchten öffentlichen Versammlung, in der auch das Bürgertum stark vertreten war, wurde nach einem zweistündigen Referat des Genossen Martins folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am heutigen Tage versammelten Einwohner von Belgern erheben schärfsten Protest gegen die japanischen Imperialisten, die versuchen, das Vaterland aller Werktätigen zu überfallen. Wir geloben, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die Sowjetunion zu schützen und zu verteidigen. Nieder mit dem imperialistischen Krieg! Schützt die Sowjetunion!

Löbnitz (Kr. Delitzsch). Todbringender Hufschlag. Beim Füttern eines fremden Pferdes wurde der Kirchendiener Noack von dem Tiere derart vor die Brust geschlagen, daß der Tod sofort eintrat. Das Pferd gehörte einem Kirmesgaste, der bei den

Sangerhäuser Wohlfahrtsskandal

A.-K. Sangerhausen. Am Dienstag, dem 10. November, fand vor dem Schöffengericht in Sangerhausen die Hauptverhandlung gegen unsere Genossen Karl Wiebach, Marta Wiebach, Paul Dauer und Wilhelm Rumpf statt, wegen den Vorgängen auf dem hiesigen Wohlfahrtsamt im Mai dieses Jahres, über die wir bereits im „Klassenkampf" schrieben. Der Wohlfahrtsdezernent, Stadt„rat" Lademann (Deutschnational), hatte seinerzeit der Erwerbslosenfamilie Wiebach die Wohlfahrtsunterstützung entzogen, da man „annahm", der Genosse K. Wiebach habe bei der Herausgabe der KPD-Ortszeitung „Alarm" einen persönlichen Verdienst. Die Leitung der Partei wies aber das Gegenteil nach, so daß das Wohlfahrtsamt die Unterstützung wieder auszahlen mußte.

Auf Grund der entzogenen Wohlfahrtsunterstützung kam es auf dem Wohlfahrtsamt zwischen dem Stadt„rat" Lademann und dem Wohlfahrtserwerbslosen Wiebach usw. zu scharfen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der „Wohlfahrts"dezernent Lademann den kürzeren zog, indem er eine proletarische Abtreibung erhielt.

Im Verlauf der Gerichtsverhandlung spielte Lademann eine traurige Rolle, und der Staatsanwalt mußte selbst erkennen, daß Lademann vollkommen unfähig ist, einen derartigen Posten als Wohlfahrtsdezernent zu bekleiden.

Der Staatsanwalt bezeichnete den Herrn Stadt„rat" Lademann als Puppe. Wiebach und Genossen fühlten sich nicht als Angeklagte, sondern traten als Ankläger auf und rechneten vor [illegible] scharf mit dem fetten Lademann ab.

Genossin M. Wiebach führte unter anderem aus: „[illegible]mann, der fette Gänse und pfundweise Karpfen und so [illegible] zehren kann, weiß nichts von Not und Elend der Erwerbslosen, [illegible] keinen Hunger. Weiß also nicht, wie es den Wohlfahrtsempf[illegible] zumute ist.

Wenn sich jemand gegen das keimende Leben vergeht, [illegible] wird vom Gericht schwer bestraft — Lademann [illegible] „Wohlfahrts"dezernent vergeht sich gegen das lebend[illegible] blühende Leben, indem er den Kindern das letzte Stück Brot vom Tisch nimmt, einer Familie einfach die Unterstützung wegnimmt.

Dann spielte er sich in einer „Kind in Not"-Aktion in der [illegible] häuser Oeffentlichkeit noch als sozialdenkenden Menschen auf.

Nicht wir gehören auf die Anklagebank, sondern Lademann.

Es kam auch zur Sprache, daß der Polizeimeister Lehm[illegible] Tage des „Kampfes" auf dem Wohlfahrtsamt damals bei[illegible] nach Fusel roch, daß die Genossin Wiebach, die er [illegible] förmlich zurückprallte. Als der Staatsanwalt Herrn Leh[illegible] fragte, ob dies wahr sei, sagte Lehner: „Ich hatte den [illegible] Morgen große Magenschmerzen, und da habe ich mir aus der [illegible]thek etwas zum Einnehmen geholt." Der Staatsanwalt [illegible] darauf:

„Aha, also ein „Apothekerschnaps"."

Allgemeines Gelächter im Zuhörerraum.

Es stellte sich weiter heraus, daß auch der Vorsteher des [illegible]fahrtsamtes, Herr Alfred Gebauer, seine Hand mit [illegible] Wohlfahrtsskandal gehabt hat. Es war eben nur ein Rach[illegible] Herren Lademann und Gebauer gegen den Gen. Wi[illegible] der damals die Ortszeitung „Alarm" verantwortlich gezeichnet, welchem die skandalösen Vorgänge auf dem Wohlfahrtsamte [illegible] zu veröffentlicht wurden. Das lag den beiden Reaktionären [illegible] im Magen und sie wollten dem Gen. Wiebach eben eins [illegible]wischen.

Unser Genosse K. Wiebach führte noch aus, daß, wenn [illegible] Lademann weiter „Wohlfahrts"dezernent bleibt, wird [illegible] Gericht in Zukunft noch des öfteren mit derartigen Fällen [illegible]schäftigen haben, denn der Stadt„rat" Lademann treib[illegible] Wohlfahrtsempfänger durch sein skandalöses Betragen direkt [illegible] Verzweiflung.

Karl Wiebach wurde verurteilt zu 2 Wochen Haft [illegible] Bewährungsfrist von 3 Jahren. Seine Frau, Marta Wiebach, erhielt 1 Tag Haft oder 5 M. Geldstrafe. [illegible] Dauer bekam 3 Tage Gefängnis oder 15 M. Geldstrafe. Wilhelm Rumpf wurde freigesprochen.

Nach der Urteilsverkündung rief die Genossin Marta Wie[illegible] „Wenn man mich auch in diesem Zimmer verurteilt hat, so [illegible] Wahlspruch von heute gelten: Nicht betteln, nicht bitten, nur [illegible] gestritten, nie kämpft es sich schlecht, für Freiheit und Recht."

Nach Schluß der Verhandlung überreichte die Genossin Marta Wiebach dem Staatsanwalt die neueste Nummer unseres „Alarm". Natürlich gegen Bezahlung von 5 Pf.

Die gesamte Arbeiterschaft von Sangerhausen muß nunmehr [illegible] dern, daß der Reaktionär Lademann vom Rathaus verschwi[illegible] Darüber hinaus muß der Kampf aufgenommen werden gegen [illegible] kapitalistische Hungersystem, das nicht einmal mehr seine Sta[illegible] ernähren kann.

Schmiedet die Einheitsfront aller Ausgebeuteten und Unterdrückten! Kämpft geschlossen für Arbeit, Freiheit und Brot!

Mit dem Kinderwagen beim Kreisausschußobersekretär

Kürzung der Unterstützung verhindert

A.-K. Dobien. Als man vor drei Wochen dazu überging, den Wohlfahrtsempfängern ihre Unterstützung zu kürzen, zogen die Erwerbslosen zum Kreisausschuß Wittenberg und meldeten sich alle beim Direktor Martini. Es wurde aber nur einer von den Erwerbslosen zur Verhandlung vorgelassen. Als unser Genosse dem Direktor die verlogene Politik des kapitalistischen Staates vorwarf und auf die hohen Gehälter der Minister, Generale und Direktoren hinwies, antwortete der gute Direktor: „Hier werden keine politischen Referate gehalten!" Der Erwerbslose gab ihm die richtige Antwort:

„Ist es denn nicht Politik, wenn man vor wenigen Tagen bei den Werktätigen in Dobien für die Erwerbslosen gebettelt hat und heute wird uns die Unterstützung um 12 Prozent gekürzt."

Der Direktor stellte sich unschuldig und berief sich auf die Notverordnungen. Durch den energischen Protest der Erwerbslosen wurde die Unterstützung nach dem alten Satz weitergezahlt.

Am Sonnabend, dem 7. November, versuchten diese Herren wieder die Kürzung vorzunehmen. Als am Freitag ein ausgesteuerter Erwerbsloser in der Gemeinde Dobien seine Unterstützung holen wollte, wurde ihm mitgeteilt, daß sie um 12 Prozent abgebaut sei. Er verweigerte die Annahme der gekürzten Unterstützung und ging am nächsten Tag ins Kreishaus Wittenberg. Dort forderte er seine volle Unterstützung mit der Begründung, daß sein fünf Monate altes Kind von der Geburt an an Unterernährung leide. Die vom Arzt verordnete Butternahrung sei bei 13 Mark Unterstützung nicht möglich. Der Regierungsassessor schickte ihn darauf zum Obersekretär Müller, er solle die Sache prüfen; schließlich könnte er das Geld gleich bekommen. Der Obersekretär Müller erklärte nach Darlegung des Sachverhaltes „Das Kind muß erst vom Kreisarzt untersucht werden. Da könne jeder kommen und sagen, er sei unterernährt." Weiter sagte dieser rundliche Herr: „Ich bin auch unterernährt."

Der Erwerbslose entfernte sich, ohne viel zu sagen. Nach einer Stunde kam er wieder und brachte seine Frau und im Kindermagen sein fünf Monate altes Kind mit. Den Kindermagen rollte er in das Dienstzimmer des Obersekretärs Müller mit den Worten: „Der Kreisausschuß ist fähig, Unterstützungen abzubauen, er muß auch fähig sein, meine Frau und mein Kind zu ernähren und ich werde schon zusehen, wo ich bleibe. Auf Wiedersehen!" und er verschwand. Die Frau fing an zu schimpfen, daß sie mit den 13 Mark nicht auskommen könne und noch viel weniger mit 12 Prozent Kürzung. Der Obersekretär befahl seinem Assistenten, den Kindermagen aus seinem Dienstzimmer hinaus auf den Flur zu schieben, was auch geschah. Nun verschwand auch die Frau und stieß den Kindermagen vor dem Dienstzimmer stehen.

Die Erwerbslosen waren noch nicht zu Hause, als schon durch den Gemeindevorsteher bekanntgegeben wurde, das Kind solle binnen zwei Stunden abgeholt werden. Aber daß die volle Unterstützung gezahlt werde, wurde nicht gesagt. Als die Krankenschwester am späten Nachmittag den Erwerbslosen antraf, um ihn zu fragen, ob er sein Kind nicht wiederholen wolle, antwortete er: „Jawohl, sofort, wenn ich meine volle Unterstützung bekomme", und ich will es nie wieder erleben, daß mir von den 13 Mark etwas gekürzt werden soll."

Die Unterstützung wurde daraufhin für die Wohlfahrtsempfänger von Dobien nach dem alten Satz ausgezahlt.

WALHALLA
Täglich 8 Uhr
Der Zigeunerbaron
Meister Operette von Joh. Strauß
Bußtag 4 Uhr zum ersten Mal das schönste Märchen
Dornröschen
mit den Hall. Lieblingen Swoboda — Bergmann
Eintritt 0.30—1.25 für Jung und Alt
Bußtag 8 Uhr Gastspiel des Komödienhauses Leipzig
„Es"
(Darf Schwangerschaft unterbrochen werden?
Drama von Karl Schönherr
Jugendl. unter 16 Jahren verboten
Kleine Preise: 0.50—2.00 M.
Vorverkauf hierzu erfolgt.

Zum Bezirk Halle-Land der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Saalkreises zugelassen
Dr. med. H. Piper
prakt. Arzt und Geburtshelfer
Läufer weg 9
8—10 und 4—6, Telefon 882 29

Stadt-Theater
Heute, Dienstag 20—22.30 Uhr
Der rasende Sperling
Komödie von P. Schurek
Mittwoch (Bußtag) 19.30 bis geg. 22.45
Aida
Oper von G. Verdi

Thalia-Theater
Mittwoch (Bußtag) 20—22 Uhr
Liebelei
Schauspiel von A. Schnitzler

Astoria
Täglich
5-Uhr-Tee
Nachm. u. Abends
Kapelle Angerer
3 Orloffs
Tanz-Trio
Buß- u. Bettag sowie Totensonntag geschlossen

Besonders preiswerte
Küchen
weißlackiert, farbig und naturlasiert, formschön, gediegen
285.- 230.- 185.- 125.- 102.-
95.- 79.- RM.
Große Auswahl
Gebr. Jungblut
Halle (Saale)
Albrechtstr. 37

FAMILIENNACHRICHTEN

Statt besonderer Anzeige!
Sonntag früh 4 Uhr entschlief im 36. Lebensjahre nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden unser lieber, treuer Sohn und Bruder, Neffe und Cousin, der Krankenkassen-Angestellte Herr
Willi Müller
Dies zeigen allen Freunden und Bekannten schmerzerfüllt an
Die trauernden Eltern Ernst Müller und Frau
Minna geb. Hensen
Ernst Müller, als Bruder
Halle a. S., Zeppelinstr. 5, 16. Nov. 1931
Trauerfeier zur Einäscherung am Donnerstag, dem 19. November 1931, nachmittags 2.30 Uhr, in der kleinen Kapelle des Gertraudenfriedhofes.

In den Morgenstunden des Sonntag verschied nach langem und schweren Leiden unser lieber Parteigenosse, der Krankenkassenangestellte
WILLI MÜLLER
Proletarische Pflichterfüllung und jederzeit tigellillabereitschaft sichern ihm ein dauerndes Andenken.
Betriebszelle der AOK Halle

Nach langem schweren Leiden verschied am 15. Nov. 1931 unser lieber Kollege, der Krankenkassen-Angestellte
Willi Müller
In der Blüte der Jahre vom unerbittlichen Schicksal dahingerafft, war er uns in jahrzehntelanger Tätigkeit ein Mitarbeiter, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.
Halle a. S., den 17. Nov. 1931
Die Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle a. S.
Im Auftrag: Ebeling.

Fensterscheiben
Moritzbastei, Deff. Str. 5

Möbel
gebr. — neue größte Auswahl spottbillig
Stoye
Leipziger Str. 34
Hof links neben Café Zorn

Merseburg und Umgebung merkt auf
Brandt
veranstaltet einen
Total-Ausverkauf
wegen vollständiger Geschäftsaufgabe
Donnerstag und Freitag
wegen umfangreicher
Vorarbeiten geschlossen
Warten Sie ab!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311117-13/fragment/page=0012